

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich, Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 13. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Menschenopfer.

Wie elend langsam die Arbeiter auch nur vor den aller-
 schlimmsten Gefährdungen ihrer Gesundheit geschützt werden,
 zeigt eine neue Großthat des Bundesrats, der offenbar dem
 dringenden Ersuchen der armen Zinkhütten-Besitzer
 — die zu den reichsten Leuten gehören — nachgab und
 seine Verordnung vom 6. Februar 1900 ganz wesentlich ver-
 schlechterte. Im „Reichs-Anzeiger“ war kürzlich folgende
 Bekanntmachung des Bundesrats publiziert:

„Auf Beschluß des Bundesrats werden im § 19 Abs. 2 der
 Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der
 Zinkhütten, vom 6. Februar 1900 (Reichs-Gesetzblatt S. 32) die
 Worte: „bis höchstens zum 1. Juli 1901“ durch die Worte:
 „bis höchstens zum 1. Oktober 1903“ ersetzt.“

Diese Bekanntmachung kann man füglich als eine Todes-
 und Erkrankungsanzeige für Tausende von
 Industrie-Arbeitern betrachten!

Nachdem nämlich seit Jahren in der Presse wie im
 Reichstage und in den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten,
 speziell des Bezirks Oppereln, in dem die Zinkhütten-
 industrie hauptsächlich ihren Sitz hat, darauf hingewiesen
 wurde, wie gesundheitschädlich und verwüstend die erbärmliche
 Beschaffenheit der Arbeitsstätten auf die Zinkhüttenarbeiter
 wirkt, hatte der Bundesrat endlich am 6. Februar 1900 eine
 Verordnung erlassen, die zwar keineswegs genügende Schutz-
 vorrichtungen enthält, aber doch einige der schlimmsten Uebel-
 stände beseitigen konnte. Bis hierher waren und sind die Arbeiter
 den Zinkdämpfen, die stets mit den schwer giftigen Blei-
 dämpfen gemischt sind, schonungslos ausgesetzt, auch
 mußten sie durch den reichlich vorhandenen blei-
 haltigen und daher giftigen Zinkstaub schwer leiden.
 Nichtswürdige Rücksichtslosigkeit der Zinkhüttenbesitzer hatte
 und hat die Anlagen derart gebaut, daß so gut wie
 gar keine Fürsorge getroffen war, um die Arbeiter vor den
 Gefahren der Arbeit zu schützen. Weder sind genügende Abzugs-
 vorrichtungen für die beim Rosten der Finkerge entwickelnden
 Gase vorhanden, noch Absaugungsvorrichtungen für Staub,
 Gase und Dämpfe, die den Destillationsöfen entweichen. Das
 Sieben und Verpacken des bei der Zinkdestillation gewonnenen
 feinen Flugstaubes, der außer Vergiftungen durch seinen Blei-
 gehalt auch schwere Entzündungen der Augen hervorruft, findet
 in denselben Arbeitsräumen statt, in denen sich auch die mit
 andern Arbeiten beschäftigten Personen aufhalten, so daß die
 Betriebsräume überall mit diesem sich leicht verbreitenden
 Staube erfüllt sind. Dabei sind die Arbeitsstätten meist nicht
 genügend hoch und unfauber, vor allem aber ohne zureichende
 Ventilationseinrichtung und die Siebapparate lassen beträchtliche
 Mengen Flugstaub in die Arbeitsstätten dringen. Wasch- und
 Ankleide- sowie Speiseräume, in denen der Ar-
 beiter sich reinigen und seine Mahlzeiten einnehmen kann,
 giebt es nicht; Bade-Einrichtungen sind nur wenig und oft
 nicht in bestem Zustande, sowie in nicht ausreichender Zahl
 vorhanden; die Gelegenheit zum Baden war und ist den Ar-
 beitern erspart.

Die Bundesratsverordnung vom 6. Februar 1900 hatte
 bereits verabsäumt, eine der wichtigsten Vorschriften zum Schutz
 der Gesundheit der Arbeiter zu bringen, nämlich die Festlegung
 eines Höchstarbeitstages. Auf die oben angeführten
 Gesundheitschädigungen, die durch mangelhafte Betriebs-
 anlagen hervorgerufen werden, hatte die Verordnung jedoch das
 Augenmerk gerichtet und in den §§ 1, 4, 6, 8 und 13 ent-
 sprechende Einrichtungen verlangt: Genügend geräumige, hohe
 und saubere Arbeitsräume, Abzugsvorrichtungen für die bei
 den Destillations- und Kalzinieröfen entweichenden Gase, Dünste
 und Staub, getrennte Arbeitsräume für das Sieben und Ver-
 packen des Flugstaubes und Verhütung des Verstaubens
 derselben, ferner Wasch-, Ankleide- und Speiseräume
 in staubfreien Teilen des Betriebes. Auch wurde vor-
 geschrieben, daß der Arbeitgeber seinen Arbeitern
 wenigstens zweimal wöchentlich Gelegenheit zu geben
 habe ein warmes Bad innerhalb der Betriebs-
 anlage zu nehmen und, sofern nicht nach dem Urteil des
 Gewerbe-Aufsichtsbeamten dringende Rücksichten
 auf den Betrieb dies ausgeschlossen erscheinen lassen, auch
 innerhalb der Arbeitszeit.

Durch § 19 der Verordnung war nun bestimmt, daß
 soweit zur Durchführung der Vorschriften der §§ 1 bis 4,
 6 bis 8 und des § 13 bauliche Veränderungen
 erforderlich sind — und dies ist fast überall der Fall —
 hierzu von der höheren Verwaltungsbehörde Fristen bis
 höchstens zum 1. Juli 1901 gewährt werden können.

Höchstens! Der Bundesrat hatte also erkannt, wie
 gesundheitschädlich die Arbeiten und in wie verwerflichem
 Zustande die Arbeitsstätten sind!

Und nun ist kurz vor Ablauf jenes Termins die Ver-
 längerung der Frist um 2 Jahre angeordnet worden. Mit
 einem Federstrich sind wieder Tausende von Arbeitern der
 schlimmsten Gefahr preisgegeben. Im Jahre 1900 bestanden
 in Preußen 40 Zinkhütten, in denen 11 893 Arbeiter be-
 schäftigt waren, darunter 1441 Arbeiterinnen und 585 junge
 Leute von 14—16 Jahren!

Wie dringend notwendig jene baulichen Veränderungen
 und der erst durch sie ermöglichte Schutz der Zinkhütten-
 arbeiter ist, zeigt der letzte Bericht des Gewerbe-Aufsichts-
 beamten zu Rattowitz. Es heißt da:

„Wie sehr die Zinkhüttenarbeit die Arbeiter einer früheren
 Invalidität entgegenführt, als dies in den meisten andern
 Verufen der Fall ist, ergibt sich aus folgender zu Anfang 1900
 von dem Gewerbe-Inspektor zu Rattowitz aufgestellten Uebersicht.
 Von den damals in den Zinkhütten des genannten Aufsichtsbezirks
 beschäftigten 1890 Schmelzern, Gießern und Spürern
 waren nur etwa 5 Prozent mehr als 45 Jahre alt,
 nur etwa 1/3 Prozent über 50 Jahre!“

Der Beamte weist ferner darauf hin, daß häufiges
 Baden sehr gesundheitsfördernd für die Zink-
 hütten-Arbeiter ist, daß aber die Zinkhütten-Besitzer „nur
 sehr widerwillig an die Beschaffung der
 Bade-Einrichtung herangehen“. Der Beamte freut
 sich, daß durch die Zinkhütten-Verordnung des Bundesrats
 diese Schwierigkeit beseitigt sei! Er hat sich zu früh
 geireut — nicht bis zum 1. Juli dieses Jahres,
 sondern erst 27 Monate später wird das Ge-
 setz den „Widerwillen“ der so schwer reichen Zinkhütten-Besitzer
 gegen die Geldausgabe für Bade-Einrichtungen besiegen —
 vorausgesetzt, daß nicht bis dahin der Bundesrat abermals
 Mißleid mit den Zinkhütten-Besitzern fühlte und ihnen die
 letzte Frist auf den Sankt Nimmerleinstag verschob.

Ein Teil der Zinkhütten gehört dem millionenreichen
 Grafen Hensel von Donnersmarck! Auch die andern Hütten-
 besitzer sind sehr reiche Leute! Trotzdem entsprechen die
 Löhne durchaus nicht der schweren gesundheitschädigenden
 Arbeit, sondern sind zum Teil sehr niedrig. Geradezu empörend
 aber ist es, daß diese reicheren Hüttenbesitzer diejenigen Arbeiter,
 welche sich infolge ihrer Rücksichtslosigkeit krank gemacht
 haben, auch noch im Lohn kürzen! Der § 14
 der Bundesrats-Verordnung schreibt nämlich eine Ueber-
 wachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter durch einen
 Arzt vor. Auf Anordnung desselben sind Arbeiter, welche
 Krankheitserscheinungen infolge der Ein-
 wirkung des Betriebes, namentlich Zeichen von
 Bleibergiftung aufweisen, bis zur völligen Genesung
 von der Beschäftigung beim Destillieren, Sieben und Ver-
 packen sowie der Beseitigung der sogenannten Räumaufgabe fern-
 zuhalten.

Wie handhaben nun die reichen Fabrikbesitzer diese Vorschrift?
 Der Rattowitzer Gewerbe-Inspektor teilt mit, daß die seitens
 des Arztes von der Ofenarbeit auf Grund des § 14 vorüber-
 gehend ausgeschlossenen Arbeiter nur widerwillig andre Ar-
 beiten, z. B. Plagarbeit in der Hütte übernehmen. „Der
 Widerwille ist wohl oft auf die niedrige Bezah-
 lung für die Plagarbeit zurückzuführen. Dort, wo für solche
 Plagarbeiter ein Lohn von 3 M. ausgeworfen wird, kann
 die Schwierigkeit in der Durchführung der Verordnung
 als überwunden angesehen werden.“

Also — wer sich krank gemacht hat, weil die Besitzer des
 Werks nicht die genügenden Schutzvorrichtungen anlegten, der
 wird mit niedrigerem Lohn abgepeist oder weggejagt!

Und solcher rücksichtslosen Profitmacherei kommt der
 Bundesrat so nachsichtsvoll entgegen und verlängert die Frist
 zur Beschaffung gesunderer Arbeitsräume um 27 Monate!
 Welche Gründe ihn dazu veranlassen, diese Frage zu beant-
 worten, dazu wird dem verantwortlichen Staats-
 sekretär des Innern im Reichstage Gelegenheit ge-
 geben werden. Da der Centralverband ihm ein klein
 wenig grollte, macht es den Eindruck, als ob dieses
 Gesicht die Freundschaft wieder herstellen soll! Vielleicht ist
 es aber auch die neue Kraft, Herr Müller, gewesen, der
 seine im Reichstag so oft dokumentierte Angst vor dem „raschen
 Fortschreiten der Socialreform“ auf den Bundesrat über-
 trug und ihn zu einem solchen Rückschritt veranlaßte!

Auf jeden Fall zeigt dieses Verfahren des Bundes-
 rates wieder einmal deutlich, auf welchem Tief-
 stand die Socialreform angelangt ist. Die Geldinteressen
 der 40 Zinkhütten-Besitzer finden durch den Ausschub der
 Bauten sorgliche Berücksichtigung. Die Gesundheit der mehr
 als 11 000 Arbeiter aber wird schonungslos nach wie vor
 den giftigen Gasen, Staub und Dämpfen preisgegeben!
 Was schadet es auch, wenn in den 27 Monaten sich die
 vergifteten Arbeiter vor Schmerz krümmen, Frauen und
 Kinder der Erkrankten und Getöteten Seelenpein leiden
 und der Not preisgegeben werden! Ihre Schmerzensrufe
 dringen ja nicht bis in die höchsten Regionen! Dagegen
 kann ein Stimmzettel der Millionäre und Grafen, denen die
 Zinkhütten gehören, bei hohen Herren Kergernis hervorrufen
 und darum — rückwärts, rückwärts mit der Socialreform,
 ehe der Centralverband oder gar noch mächtigere Herren
 ihren Groll laut werden lassen! — Welch jammervolle Zu-
 stände!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

Die Wahl zum „Roten Haus“.

Am 6. November finden in Berlin die Ergänzungswahlen zur
 Stadtverordneten-Versammlung für die dritte Abteilung statt. Der
 Klassenstaat hat dafür gesorgt, daß die Arbeiterklasse — auch in der
 Gemeinde entrechtet ist, während die Bürger von „Besitz und
 Bildung“ ihren Interessen entsprechend Sonnenchein und Regen
 über die verschiedenen Bevölkerungsklassen verteilen dürfen. Ihr
 Sinn für Recht und Gerechtigkeit sorgt dafür, daß das eigene Haupt
 immer von der Sonne beschiene wird, während die berechtigten
 und bescheidensten Ansprüche der Arbeiterklasse hartnäckig unterdrückt
 werden.

Die im Jahre 1808 begründete und später wiederholt in den
 Zeiten der schwächlichen Reaktion revidierte Städteordnung sichert der
 besitzenden Klasse fast ausschließlich die Alleinherrschaft in der Gemeinde.
 In Berlin haben 691 Wähler der ersten Abteilung 48 Vertreter
 zu wählen, während die 308 517 Wähler umfassende dritte Ab-
 teilung nur gleichfalls 48 Stadtverordnete zu wählen hat.
 Aber dieser plutokratische Charakter des Dreiklassen-Wahlrechts bot
 den herrschenden Klassen noch nicht die genügende Gewähr für die
 Fernhaltung der unteren Volksklassen von den städtischen
 Vertretungen, deshalb die für jede gesunde Entwicklung
 städtischen Gemeinwesens geradezu unheilvolle Bestimmung,
 daß die Hälfte der Stadtverordneten-Versammlung aus
 Hausbesitzern bestehen muß, eine Bestimmung, die selbst
 im Jahre 1876 die preussische Regierung bei der Reform der Städte-
 Ordnung fallen lassen wollte.

Die Hausagrarier stellen neben den preussischen Junkern die
 interessensmäßigste Klasse der Bevölkerung. Weiden gemeinsam ist die
 rücksichtslose Dreistigkeit, mit der sie sich auf Kosten der Allgemei-
 heit zu bereichern trachten. Jede Verkehrserschwerung, die An-
 legung von Schmutzplätzen, bessere Beleuchtung, Kanalisation,
 Wasserversorgung, das sind alles Einrichtungen, die gewiß
 allen Bürgern zu gute kommen. Für den Grundbesitzer
 setzt sich aber diese Annehmlichkeit zugleich in steigende
 Mäule um. Mit jeder derartigen Verbesserung städtischer Ein-
 richtungen, die auf Kosten der gesamten Steuerzahler geschaffen
 werden, steigt der Wert des Grund und Bodens, ohne daß der
 Besitzer auch nur den Finger rührt. Um aber seinem Besitztum
 den unverdienten Wertzuwachs zuzuführen, wird der Grund-
 besitzer auf Verbesserungen in seinem Bezirk drängen.
 In diesem Umstande ist die Ursache für die „Kirchurns-
 politik“ zu suchen, die jede uneigennütige städtische Politik
 auf das äußerste erschwert. Und darum verjagt auch die städtische
 Wohnungspolitik vollständig, solange die Initiative der Ge-
 meinde überlassen bleibt, in der die Nutznießer aller Wohnungsnot
 die Herrschaft üben.

Doch die Interessenvertretung des Grundbesitzes ist nicht die
 einzige Ursache der Entartung der städtischen Verwaltung. Mit
 tausend Fäden, nur dem Eingeweihten sichtbar, hält die Hoch-
 finanz die städtische Verwaltung unklammert und nur zu oft
 muß die Bürgerchaft ihren Tribut an diese Reichthümer der Reichen
 zahlen dank der Kürzsichtigkeit der städtischen Behörden und ihrer
 Unfähigkeit, sich den Einflüssen des Großkapitalismus zu entziehen.

Ein Gegengewicht gegen diese Interessenkillingel und die Vor-
 herrschaft des Geldes bietet die Socialdemokratie. Aller-
 dings sind durch eine ungerechte Gesetzgebung tausend Hindernisse
 aufgeworfen, die den Eintritt der Arbeitervertreter in die Gemein-
 deverwaltung hemmen. Dennoch ist unsere Partei auch dieser Schwierig-
 keiten Herr geworden und hat sich, trotz öffentlichen Wahlrechts,
 trotz Klassenwohl und allem, in stets wachsendem Maße Einfluß
 und Macht in der Riesenkomune Berlin erobert.

Die Aufgaben, die hier der Socialdemokratie gestellt sind, sind
 überaus wichtig und bedeutsam. Neben der Agitation für unsere
 Ideale und der Schulung und Organisation des Proletariats ist hier
 das Wirken auf allen Gebieten des Gemeindelebens von höchster
 Notwendigkeit für die unbemittelten und durch das herrschende Bürger-
 tum sämtlich vernachlässigten Volksschichten. Für die praktische
 Thätigkeit bietet die Gemeindeverwaltung ein außerordentlich weites
 und fruchtbringendes Feld. Was in Berlin unsere Partei nur in den
 letzten 2 Jahren geleistet hat, ersehen unsere Leser aus dem an anderer
 Stelle unserer heutigen Nummer gegebenen Rechenschaftsbericht der social-
 demokratischen Stadtverordneten-Fraktion. Aus ihm geht hervor,
 daß es der rührigen Thätigkeit der Parteigenossen im „Roten Hause“
 gelungen ist, so manche Verbesserung herauszuschlagen, Verbesserungen,
 die der Arbeiterklasse Erleichterung in ihrem Kampf um's Dasein
 geschaffen haben. Die Socialdemokratie bedeutet auch im Rathhaus
 das mahnende Gewissen, das die besitzende Klasse zu Reformen
 nötigt, die ohne diese Mahnungen und Nötigungen nicht erfüllt
 worden wären.

Wie in der Politik des Reiches und Staates, so hat es der
 Liberalismus auch in der Gemeindeverwaltung der Social-
 demokratie überlassen, das Recht und die Wohlfahrt der
 Arbeiterklasse zu vertreten. Seine Wohlfahrt dünkte dem liberalen
 Bürgerium die Wohlfahrt aller; mit den Interessen des Geldsacks
 glaubte es auch die Interessen der Arbeiter vertreten zu können.
 Wenn sich die Berliner Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren
 mehr um die wirtschaftlich Schwachen bekümmert, so ist dieser Um-
 schwingung einzig dem thätigen Eingreifen der Arbeiterklasse zu
 danken.

Aud nur wenn die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt ihre ganze
 Kraft einsetzt und unermüdet den zähen Kampf um den Einfluß
 in der Gemeindevertretung fortführt, kann es erreicht werden, daß
 daselbst nicht ausschließlich die Interessen des Kapitals Förderung
 finden, daß vielmehr mehr und mehr die sociale Politik,
 die Politik des Saugens und der Hebung
 der unteren Volksklassen triumphiert! Nur
 durch das machtvolle Eingreifen der Arbeiterschaft kann es erreicht
 werden, daß die große Kommune Berlin in den Kämpfen um ihre
 Selbstverwaltung widerstandsfähig wird und sich unberechtigter Ein-
 griffe zu erwehren vermag!

Es ist hohe Pflicht der Berliner Arbeiterschaft, auch in diesem
 Jahre den Kampf um die freigewordenen Stadtverordneten-Mandate
 begeistert und nachhaltig zu führen.

Der 6. November soll ein Siegestag der Berliner Arbeiterschaft
 werden! —

Einen Vorstoß gegen den Eisenbahnminister Thielen
unternimmt die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“. Das Blatt glaubt die Zeit gekommen, jetzt endlich an dem Minister Rache zu nehmen, weil er gelegentlich geäußert, daß die Landwirte nicht allein auf der Welt seien, und weil er der Kanalminister war.

Jetzt rechnet das Organ des Bundes der Landwirte Herrn v. Thielen zum Vorwurf an, daß er nicht genug Kleinbahnen baue und daß er die wirtschaftliche Uebermacht gegenüber den Eisenbahnen der kleineren Staaten in unschöner Weise ausübe. Von den schlimmeren Anlagen, die gegen die Thielenwirtschaft zu erheben sind, von seiner laienhaften Antisocialpolitik und dem rückständigen Tarifsystem weiß bezeichnenderweise die „D. T.“ nichts zu vermerken. Dagegen holt sie zum tödlichen Schläge durch die Aufnahme des folgenden Vorwurfs aus:

„daß der preussische Eisenbahnminister im Jahre 1892 bezüglich der Berliner Straßendahnfrage eine Erklärung abgegeben hat, die mit der Stellung des Kaisers schlechthin unvereinbar ist. Da der Kaiser in Hubertusstock ausgesprochen hat, daß er seine Meinung in der schwebenden Frage nicht geändert habe, bleibt mir die Annahme übrig, daß damals der Eisenbahnminister eine Anschauung ausgesprochen hat, die mit der des Kaisers in Widerspruch stand.“

Daran knüpft das Blatt die hoffnungsvolle Bemerkung:
„Es kann nicht ausbleiben, daß alle diese Dinge in den Parlamenten zur Sprache gebracht werden. Der Herr Eisenbahnminister dürfte dann einen schweren Stand haben, — vorausgesetzt, daß er noch in der Lage ist, sein Ressort zu vertreten.“

Die fettdruckte Stelle ist auch von der „Deutschen Tageszeitung“ durch den Druck hervorgehoben. Sie bedeutet eine Demagogie auf die Krone, den Minister schleunigst zu entlassen, weil seine Aeußerung über die Straßendahnfrage dem König mit sich selbst in Widerspruch gebracht hat.

Wir weinen gewiß dem Minister keine Thräne nach, aber dieser schäblich-byzantinische Versuch, Herrn v. Thielen ein Bein zu stellen, charakterisiert sowohl die Moral wie die Loyalität der Agrarier. Niemand, der sich nicht zum Dogma der monarchischen Unfehlbarkeit bekennet, hat auch nur eine Spur des Beweises dafür, daß der Eisenbahnminister sich geirrt hat, als er seiner Zeit das Einverständnis des Königs mit der Linden-Ueberführung der Straßendahn bekannt gab.

Am 10. November 1899 fragte der Berliner Magistrat beim Polizeipräsidenten an, ob eine Ueberführung der Straßendahn im Zuge der Charlottenstraße genehmigt werden könnte. Am 4. Dezember 1899 antwortete der Polizeipräsident:

„Vorurlich in Verfolg des gefälligen Schreibens vom 10. v. M. dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten Vortrag halte, ersuche ich die städtische Verkehrsdeputation um eine baldgefällige Aeußerung, ob beziehungsweise aus welchen Gründen die Stadtgemeinde das Projekt einer Verlängerung der Kanonierstraße in der Richtung nach der Reustädtischen Kirchstraße fallen gelassen hat. Auf dies Projekt ist von allerhöchster Stelle und — wie mein Herr Amtsvorgänger in dem Schreiben vom 18. März 1892 mitgeteilt hat — von dem genannten Herrn Minister ausdrücklich mit dem Bemerkten hingewiesen worden, daß dasselbe gegenüber dem Vorhaben einer Verdrückerung der Charlottenstraße zwischen der Schenkerstraße und der Straße „Unter den Linden“ den Vorzug verdiene.“

Daraus folgt unzweifelhaft, daß bei der Frage, wo der Zertum begangen ist, Herrn v. Thielen nicht die Schuld an dem Widerspruch zukommt.

Wenn trotzdem das Bündlerblatt den Widerspruch gegen den Eisenbahnminister ausübt, so ist diese agrarische Niedertracht kennzeichnend sowohl für die „Achtung“ vor der Autorität der Regierung, die den Leuten eigen ist, als auch für unsere politischen Zustände, in denen man sich von derlei Mitteln Erfolg verspricht.

Zollkampf.

Die Metallspielwaren-Industrie und der Spielwarenhandel von Nürnberg und Fürth ist der Titel eines eben erschienenen Buches von Dr. Otto

Rudolf Virchow.

(Zu seinem achtzigsten Geburtstag.)

Rudolf Virchow wurde am 13. Oktober 1821 zu Schivelbein in Hinterpommern geboren. Er besand Ostern 1839 auf dem Kösliner Gymnasium das Abiturientenexamen und trat dann in Berlin in die Vorbereitungsanstalt für Militärärzte, die sogenannte Pöpinère, ein.

Virchows Studienjahre fielen in eine für die Naturwissenschaften und die Medizin hochbedeutende Zeit. Kurz zuvor — 1838 — hatte der Berliner Botaniker Schleiden das Werk veröffentlicht, durch welches er die Lehre von den Pflanzengellen begründete, das heißt die Lehre, daß die Pflanzengellen zusammengefaßt sind aus kleinsten Formbestandteilen von übereinstimmendem Bau und einer gewissen Selbständigkeit des Lebens. Schleiden nannte diese „Zellen“ (lateinisch cellula), weil sie unter dem Mikroskop als Kästchen sich darstellen, welche, ähnlich den Zellen der Bienenwaben, mit ihren Wänden zusammenstoßen und mit Flüssigkeit oder einer weichen Masse gefüllt erscheinen. Dieser wichtigen Entdeckung folgte, zum Teil durch sie hervorgerufen, bald eine zweite, indem ebenfalls ein Berliner Forscher, Schwann, den Nachweis führte, daß die tierischen Gewebe in derselben Weise zusammengesetzt sind aus kleinsten Gebilden, für die man dann später — eben weil man sie als bis zu einem gewissen Grade selbständige, lebendige Wesen, als die Lebens-einheiten aufsahe — auch den Namen „Elementarorganismen“ schuf.

Die „Zellenlehre“, sie entsprang keineswegs dem Haupte ihrer Väter so, wie nach der griechischen Sage Athene dem Haupte des Zeus. Auch Schleiden und Schwanns Forschungen beruhten vielmehr teilweise auf älteren Untersuchungen. Aber trotzdem gaben ihre Arbeiten dem naturwissenschaftlichen und besonders auch dem medizinischen Denken und Forschen eine ganz neue Richtung und übten namentlich einen gewaltigen Einfluß aus auf die Jüngeren, die dadurch, um Virchows Ausdruck zu gebrauchen, „frühzeitig cellular denken lernten“. Auf Virchows wissenschaftliche Entwicklung gewann aber noch ein anderer Mann wesentlichen Einfluß: sein Lehrer, der damalige Professor der Anatomie, Johannes Müller, der namentlich auf ihn einwirkte durch das, was später Virchow als die „naturwissenschaftliche Methode“ zu bezeichnen pflegte, durch die stete Betonung dessen, daß die naturwissenschaftliche Forschung in erster und letzter Linie auf der Beobachtung, auf der Erfassung von Thatsachen beruhen müsse.

Im Oktober 1843 schloß Virchow seine Universitätsstudien durch das Doktorexamen ab. Er wurde bald darauf dem Professor der Chirurgie — d. h. dem zur Vornahme der Leichenöffnungen bestellten Arzte — als Assistent beigegeben, und rückte, als der damalige Professor Froberg 1846 sein Amt niederlegte, in dessen Stelle auf. Ein Jahr später trat er auch in den Lehrkörper der Universität als Dozent ein.

„Ich darf wohl sagen, daß kein Mediziner in Deutschland in einer gleichen Zeit mehr gearbeitet hat, als ich.“ so äußerte sich Virchow mit berechtigtem Stolz 1848 über seine damalige Thätigkeit. Seine wissenschaftlichen Arbeiten hatten ihm schon in dem Kreise der Fachgenossen einen angesehenen Namen verschafft, als das Jahr 1848 ihm gewissermaßen mit einem Schläge auch die Volkstümlichkeit verlieh, die ihm bis ins hohe Alter verblieb. Im Februar 1848 erkrankte die preussische Regierung — neben ihrem höchsten Medizinalbeamten Barez — auch den jungen Virchow nach Oberschlesien, damit er sich an Ort und Stelle über die dort seit 1847 herrschende Typhusepidemie unter-

richte. In dem auch die Frage der Handelspolitik für diese wichtige Exportindustrie erörtert wird. Wir entnehmen dieser Schrift die folgenden Ausführungen: „Mit Ausnahme des Jahres 1894, in welchem die Krüge in Amerika und der Abbruch der Handelsbeziehungen mit Spanien die Ausfuhr beeinträchtigten, hat der Export seit 1892 beständig zugenommen. Da der Beginn dieser Zunahme mit dem Abschluß der Handelsverträge zusammenfällt, liegt es nahe, neben dem wirtschaftlichen Aufschwung im allgemeinen auch den Handelsverträgen im besonderen einen Anteil an dieser Entwicklung zuzuschreiben.“

Die Zahlen für Oesterreich-Ungarn und Italien steigen von 1892/1893, die für Rußland von 1893/1894 ungefähr auf das Doppelte, ohne Zweifel haben also die Handelsverträge mit diesen Staaten günstig gewirkt. Ihre volle Wirkung entfalten die Verträge natürlich nicht sofort in dem Jahre des Inkrafttretens, sondern erst nach einigen Jahren, nachdem neue Verbindungen angeknüpft sind; daher das weitere Steigen seit 1896. Die aufsteigenden Tendenzen, welche die Zahlen für die Schweiz, Spanien und Rumänien zeigen, sprechen dafür, daß nicht nur eine Ermäßigung der Zollsätze, sondern auch schon eine Stabilisierung der gegenseitigen Beziehungen, wie sie durch Handels- und Weißbegünstigungsverträge erreicht wird, die Ausfuhr beleben kann.“

Die Interessenten behaupten übrigens, die Abnahme des Exports in der Bismarckschen Schutzzoll-Ära habe sich nicht nur in der Quantität, sondern noch mehr im Preise und damit in der Qualität geltend gemacht.“

Besonders wert legen die Nürnberg-Fürther Exporteure, wie der Verfasser im weiteren ausführt, darauf, daß England seiner „freihändlerischen Mission“ treu bleiben werde.

Diesem hohen Wert, den die Vertreter der Metallspielwaren-Industrie in Nürnberg und Fürth auf den Abschluß günstiger Handelsverträge legen müssen, entspricht auch die Auffassung der andern Gruppen im mittelfränkischen Industriegebiet. Die heutige Krise ist gerade dort durch die Unsicherheit der künftigen Handelsbeziehungen aufs äußerste verschärft worden. —

Professor Spahn und die Centrumpresse. Es ist interessant zu sehen, wie verschiedenartig die Stellung ist, die die Centrumpresse gegenüber dem Fall Spahn einnimmt. Während die großstädtische Centrumpresse vielerlei Entschuldigungen für die Handlungen des Professors ins Feld führt, geht die kleinere Presse schon etwas schärfer mit ihm ins Gericht. Aus allen diesen Urteilen klingt aber das Bedauern hindurch, daß die Verbindung Spahns mit dem Grafen Hoensbroech in die Öffentlichkeit gekommen ist. Es wird ihm angeraten vorsichtiger zu sein! Seine „Unvorsichtigkeit“ wird seiner großen Jugend zu gut gehalten. Ganz anders aber schreibt die ultramontane „Rheinische Volksstimme“, das Bauernorgan. Sie verurteilt ganz entschieden das Vertuschungssystem der Centrumpresse und auch das Verhalten des Dr. Spahn. Nachdem sie den Thatbestand klargestellt hat, fährt sie folgendermaßen fort:

„Es ist ein starkes Stück, die Leser glauben machen zu wollen, daß ein Professor nicht wisse, was ultramontan sei. Der liberal ist, soll sich auch liberal geben, und nicht zur Täuschung der Katholiken ein ultramontanes Mäntelchen umhängen. Das erstere können wir von unsrem katholischen Standpunkte aus bedauern, das letztere können wir aber nur verachten. Wenn sich aber gar katholische Zeitungen kramphast abmühen, dem Herrn Professor Spahn das ultramontane Mäntelchen anzulegen, so fehlt uns für ein solches Vorgehen der entsprechende Ausdruck. Für die katholische Sache vertritt es nicht viel, ob Herr Professor Spahn ultramontan oder antiultramontan ist. Welt schlummer ist das oben gekennzeichnete Vertuschungssystem der Presse, weil es das Mißtrauen wachrufen muß. Eine gute Sache hat nichts zu verheimlichen.“

Ein andres rheinisches Centrumsblatt wittert gar den argsten Unrat hinter der Ernennung des jugendlichen Centrumprofessors. Es vermutet, daß das Centrum, als es die Ernennung des jungen Spahn zum Professor in Strassburg als eine der Regierung abgerungene Konzession und einen Centrums Triumph empfand, von der Regierung schlechthin über Ohr geboren worden sei. Das Blatt, die „Niederrhein. Zeitung“, schreibt nämlich:

Als Dr. Spahn den unglücklichen Schritt zu Hoensbroech that (1898), war er erst 22 Jahre alt; mit 25 Jahren ist er Geschichtsprofessor geworden, und da liegt die Vermutung nahe, daß er das geworden ist, eben weil er im Jahre 1898 dem abgefallenen Jesuiten Paul Hoensbroech in einem Schreiben sein

richte. Am 20. Februar brach Virchow dorthin auf und schon am 8. März trat er die Rückreise an. „un angefaßt der neuen französischen Republik bei dem Sturz ihres alten Staatswesens zu helfen.“ Troz der Kürze der Beobachtungszeit enthält jedoch der Bericht Virchows in socialer wie in medizinischer Beziehung eine Fülle wertvollen Thatsachenmaterials. Daran schlossen sich aber weiter Abhilfevorschlüge, auf die allerdings die Regierung wohl kaum gefaßt war. Virchow begnügte sich nicht, unter den „Mitteln gegen die Krankheit“ die „Behandlung der einzelnen Fälle“ und die „Behandlung der Epidemie“ zu besprechen, sondern er fügte auch einen Abschnitt an: „Die Sorge für die Zukunft.“ Eine verheerende Epidemie und eine fürchterliche Hungersnot, so hieß es darin, wütheten gleichzeitig unter einer armen, unwissenden und stumpfsinnigen Bevölkerung. ... Niemand hätte dergleichen in einem Staate, der so großes Gewicht auf die Vortrefflichkeit seiner Einrichtungen legte, wie Preußen, für möglich gehalten. War es nun aber doch möglich, ... so darf man auch nicht mehr zögern, alle Konsequenzen aus so empfindlichen Erfahrungen zu ziehen, welche sie zulassen. Ich selbst war mit meinen Konsequenzen fertig, als ich von Oberschlesien nach Hause zurückkehrte. ... Dieselben fassen sich in drei Worten zusammen: volle und unumschränkte Demokratie.“

„Bildung mit ihren Töchtern Freiheit und Wohlstand“, fuhr Virchow dann weiter fort, gelte es in Oberschlesien zu verbreiten, wenn man der Wiederkehr ähnlicher Zustände vorbeugen wolle. Als Mittel dazu empfahl er: Volksschulunterricht auf der breitesten Grundlage, absolute Trennung der Schule von der Kirche, freisinnigen Unterricht, dessen Grundlage die positive Naturanschauung bildet, Selbstregierung in Staat und Gemeinde usw. Außer diesen üblichen Mitteln des landläufigen bürgerlichen Liberalismus forderte er aber weiter auch sociale Maßregeln, vor allem die Gründung von Associationen der Arbeiter, denen mit dem Kapital des Staates oder der Wohlthätigkeit oder der kleinen Besitzler die Möglichkeit zur selbständigen Production gegeben werden solle.

So war der Uebergang bewerkstelligt von der Medizin, die „eine sociale Wissenschaft“ ist, zur Politik, die „weiter nichts als Medizin im großen“ ist. Und den Zusammenhang mit der Medizin hielt Virchow auch sonst in den Jahren 1848/49 bei seiner politischen Thätigkeit aufrecht. In seinem Blatte, der „Medizinischen Reform“, trat er, immer ausgehend von der öffentlichen Gesundheitspflege, nicht allein für Reformen des Medizinalwesens, sondern auch für energische Maßregeln auf socialen Gebiete ein. Die aus dieser Zeit stammenden Aufsätze zeigen von glühender Begeisterung für den demokratischen Gedanken, von lebendigem Mitgefühl für die Armen und Elenden, und sie sind abgefaßt in einer dichterisch-schönen Sprache, wie sie keine der späteren Veröffentlichungen Virchows jemals wieder erreicht hat.

Natürlich war der preussischen Regierung diese Thätigkeit keineswegs genehm. Und so war denn Virchow eines der ersten Opfer der wieder erstarkten Reaction. Die Februarwahlen des Jahres 1849 gaben den Anlaß zur Einleitung eines Verfahrens gegen ihn. Die zuerst verfügte Enthebung Virchows von der Professorstelle wurde zwar nicht aufrecht erhalten, sondern ihm nur seine Dienstwohnung und ein Teil seines Gehalts entzogen. Doch veranlaßte aber diese Maßregelung Virchow im Herbst des Jahres 1849 die ihm angebotene Professur für pathologische Anatomie (die Lehre von den krankhaften Veränderungen des Körpers) an der Universität Würzburg anzunehmen.

Herz offenbart, das Vorgehen des Grafen gegen die „Ultramontanen“ gütigst und Hoensbroech seine Mitarbeiterschaft an der evangelisch-bündlerischen „Täglichen Rundschau“ gegebenenfalls in Aussicht gestellt hatte.

Herr Spahn wird sich heissen müssen, durch gestimmungsrichtige Arbeiten das Mißtrauen der Centrumpresse zu beschwichtigen. —

Sturz einer Freisinnssäule. Aus Coburg wird uns berichtet: Das hiesige Schöffengericht verurteilte heute den Landtagsabgeordneten Carl Heusinger wegen Uebersetzung des § 380* (unberechtigtes Führen des Dokortitels) zu 150 M. Geldstrafe. Herr Heusinger oder Dr. Heusinger war einer der ersten Erben der freisinnigen Volkspartei in Thüringen. Als Redacteur des hiesigen freisinnigen „Coburger Tageblatts“ hat er es seit Jahren verstanden, in demagogischer und rücksichtsloser Weise seine Gegner zu bekämpfen. Die Führung der nationalliberalen Partei hatte es sich nur angelegen sein lassen, den Parteigeächteten der freisinnigen Volkspartei, früheren Redaktor an verschiedenen Volksschulen, Dr. Heusinger, auf seine Eiskaltigkeit zu prüfen und hatte ermittelt, daß sein Titel zu Unrecht geführt wurde. Nachdem schon seit Monaten an den Stammtischen das Ungehörliche getuschelt worden war, erschien in der Nummer des „Cob. Tageblatts“ vom 10. Oktober, also einen Tag vor der öffentlichen Verhandlung, nachstehende Erklärung:

Nachdem sich ergeben, daß mir die Verechtigung zur Führung des vor langen Jahren in gutem Glauben angenommenen Dokortitels nicht zusteht, bitte ich dies zur Kenntnis nehmen und bis auf weiteres berücksichtigen zu wollen. Was verdammt worden, wird möglichst rasch nachgeholt werden. Redacteur C. Heusinger.

In der heutigen Verhandlung wurde nachgewiesen, daß Herr Heusinger nicht allein den Dokortitel seit 18 Jahren zu Unrecht trägt, sondern daß derselbe auch seine Lehrstellen mit Hilfe eines gefälschten Zeugnisses über das mit Auszeichnung bestandene Staatsexamen erlangt hatte. Herr Heusinger gab heute zu, daß er den Titel zu Unrecht geführt habe und erwirkte durch sein Geständnis, daß das Gericht, den Antrag des Anwalts, auf drei Wochen Haft zu erkennen anzuheben, auf obige Geldstrafe erkannte. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende als strafverschärfend hervor, daß der Angeklagte in der Voruntersuchung in der gemeinsten Weise geäußert, ja noch einen verstorbenen Professor der Unterschlagung seiner Doktorarbeit bezichtigt habe. Ein solch verlogenem, mit moralischen Defekten behafteter Mann verdiene die höchste zulässige Strafe.

Herr Heusinger wird wohl nun nicht darum hin können, sein Landtags- und Stadtverordneten-Mandat niederzulegen. —

Vergerichte aus Hamburg. Die „Hamburgische Vörsenhalle“ meldet: Die Gerichte über Verfälle in Cuxhaven, die in den letzten Tagen hier umliefen, haben sich als durchaus wahrheitswidrig herausgestellt. Mit einem in Cuxhaven eingetroffenen Schiffe wurde ein Kranker eingebracht, der der Pest verdächtig erschien. Die Beobachtung und die bakteriologische Untersuchung haben aber ergeben, daß von einem Verfall absolut keine Rede sein kann. Das betreffende Schiff ist sofort wieder in freien Verkehr gesetzt worden. —

Barmen, 11. Oktober. (Sig. Ver.) Im Rheinland wenden die Gelbhaarpatrioten der Großstädte alles auf, um ein Eindringen der Socialdemokraten in die städtischen Körperschaften zu verhindern. Um dies zu erreichen, ist ihnen kein Mittel zu feil. Ist das Dreiklassenwahlrecht an sich schon ein natürliches, nur schwer zu nehmendes Hindernis, so versucht man es doch noch, allerlei andre Mittel anzuwenden, wie Verbeugung eines für die Arbeiter im allgemeinen recht hohen Wahlsens; Anwendung des bei den Wahlen gesetzlich zulässigen schlechtesten Dreiklassenwahlrechts; rigoroöse Ausschreibung solcher Wähler, die in Rot geraten und in irgend einer Form in dem der Wahl vorangegangenen Jahre Armenunterstützung bezogen haben und dergleichen mehr. Hier in Barmen waren es namentlich die vor zwei Jahren in einer großen Anzahl konstruieren nicht wahlberechtigten Schlafburischen, die das socialistische Vordringen verhindern sollten. Doch das gelang nicht. Die Wahlbeteiligung unserer Genossen war eine äußerst starke. 1899 gelangten unsere Kandidaten mit den Bürgerlichen in Stichwahl und nur die Schlafburischenpolitik und Wahlrechtungspraxis verhinderte für diesmal den genauen Sieg. Das Mittel der socialdemokratischen Arbeiter an Thore des Stadtraisesales war demnach stark, daß beim nächsten Versuch das Thor gesprengt werden muß. Für die im nächsten

Auch die Würzburger Zeit, die im ganzen sieben Jahre umfaßte, bot Virchow die Gelegenheit zu einer größeren social-medizinischen Arbeit, einer „medizinisch-geographischen und historischen Skizze“ über „die Rot im Speßart“. Daneben aber arbeitete er auf seinem medizinischen Spezialgebiete mit solcher Schaffenskraft und solchem Erfolge, daß er 1866 auf einstimmigen Antrag der medizinischen Facultät nach Berlin als Professor zurückberufen wurde, wo man ihm eine eigene Anstalt, das pathologische Institut, zur Verfügung stellte. Hier in Berlin vollendete dann Virchow die Arbeit, welche man insofern als sein wissenschaftliches Hauptwerk bezeichnen kann, als sie die wichtigsten Ergebnisse aus seinen vorausgegangenen Einzelforschungen zum erstenmal zu einem geschlossenen Ganzen, einer pathologischen Theorie, zusammenfaßt. „Die Cellularpathologie“, so lautete der Name dieses Werkes, und er soll ausdrücklich, daß alle Krankheitsvorgänge in letzter Linie zu beziehen sind auf Veränderungen der „Lebens-einheiten“ des Körpers, der Zellen, aus welchen alle Körpergewebe zusammengesetzt sind.

Bis dahin hatten im wesentlichen zwei andre Theorien um die Vörsenherrschaft in der Medizin gekämpft: die Humoralpathologie (Humor = die Feuchtigkeit, der Saft) auf der einen Seite und die Ursachen der Krankheit in der Beschaffenheit der Körperfläche und besonders des Blutes. Die Solidopathologie (solidus = fest) wiederum suchte in den festen Körperbestandteilen „in dem strictum (der Straffheit) und laxum (der Schlaffheit) der Gewebe“ das Wesen der Krankheit; sie entwickelte sich aber gerade in der Zeit vor Virchows Anfretten immer mehr zur „Nervenpathologie“. Man sah allein die Nerven als „das eigentliche Lebende und Belebende im Organismus an und suchte deshalb auch die Ursache der „Schlaffheit“ oder „Straffheit“ der Gewebe in der Einwirkung der Nerven, der Innervation.

Demgegenüber sagte die „Cellularpathologie“ „neben Gefäßen und Nerven die große Zahl von kleinen Zellen ins Auge, welche thatsächlich die Hauptmasse der Körpersubstanz ausmachen“; sie brachte zugleich, wie es Virchow ein andermal ausdrückte, „die gesamte Medizin den natürlichen Vorgängen mindestens um 300mal näher“, „um so viel, als sich unsere Sehfähigkeit durch das Mikroskop erweitert hat.“ Aber das war nicht ihr einziger Vorzug. Das Studium der Krankheitserscheinungen an den Zellen führte auch die Aufklärung über das Wesen der Krankheit. Bis dahin war mehr oder weniger ausgesprochen die Anschauung herrschend, daß die krankhaften Produkte etwas durchaus Heterologes (anderartig), d. h. von den gewöhnlichen Körpergeweben oder Körperbestandteilen ganz abweichendes seien. Ja, es fand sogar die Ansicht Anhänger, daß die Krankheit gewissermaßen einen für sich bestehenden, in sich abgeschlossenen Organismus, ein in den Körper eingebrochenes Wesen darstelle. Demgegenüber lehrte Virchow, daß eine Heterologie in diesem Sinne nicht bestehe, sondern daß alle krankhaften Gebilde nur insofern andersartig sind, als sie am Ort oder zur Zeit ihres Auftretens oder in dem Umfange desselben ungewöhnlich sind. Die Pathologie sei nur die Physiologie mit Hindernissen, das Kranke Leben nichts, als das durch allerlei äußere und innere Einwirkungen gehemmte gesunde.

Das ist in Kürze nur das allerwesentlichste aus Virchows Lehren. Es genügt aber wohl um zu zeigen, wie dadurch die medizinischen Anschauungen umgeformt wurden. Die in der „Cellularpathologie“ niedergelegten Ansichten haben seitdem allgemeine Anerkennung gefunden und auf ihnen hat sich die moderne Medizin aufgebaut.

November stattfindenden Wahlen sind bereits bei den Parteien die Reihen geschlossen, sofern man noch von bürgerlichen Parteien sprechen kann. Wie bei den Reichstagswahlen gegenüber der socialdemokratischen Partei die bürgerlichen Parteien des Buppertales in einem undefinierbaren Drei zusammenlaufen, so ist es jetzt hier bei den Stadtratswahlen. Im Augenblick, wo die Socialdemokratie ernsthaft in Betracht kommt, da verschwindet sich der Freisinn mit dem Centrum, während eine neue Spielart sich bildet, eine sogenannte „Evangelische Volksvereinigung“, wie sie nur auf dem Boden des Minderthales gedeihen kann. In dieser Mindervereinigung finden sich liebevoll zusammen: Konservativen, der Christlichsocialen Verein und der Evangelische Arbeiterverein. Dieses Gemisch hat Kandidaten aufgestellt, die nur auf „christlichem Boden“ stehen und die Interessen „der Bürgerschaft und der Arbeiter“ vertreten wollen. Ein Arbeiter findet sich aber unter diesen Kandidaten nicht. Dieses neue Parteigemisch geberdet sich, als ob es den Sieg in der 3. Klasse schon in der Tasche hätte. Doch wie die Sachen liegen, wird die socialdemokratische Wählererschaft es hoffentlich der evangelischen Volksvereinigung sowie den Ultramontanen und Freisinnigen ersparen, die Kosten für eine Siegesfeier zu tragen.

Aus Sachsen-Weimar. Bei den bis jetzt stattgefundenen Bezirksauswahl-Wahlen haben sich nennenswerte Veränderungen in der Zusammenlegung des Ausschusses noch nicht ergeben. Im Altkadter Bezirk haben die Großgrundbesitzer einen Kleinbauern verdrängt, in Weimar haben die Freisinnigen den Nationalliberalen einen Sitz abgenommen. In Arnolda sind am 11. Oktober unsere Genossen Wandert und Petermann und als deren Stellvertreter Greifeld und Lacher einstimmig gewählt worden.

Ein Nachklang der Sühnekommission.

Nicht nur respektwidrige und nicht in jeder Beziehung „gerechte“ Gedanken auszusprechen, sondern auch Gedanken lesen und erforschen wollen ist in unserem Zeitalter der „Gedankenfreiheit“ verpönt. Das verbrecherische Streben unfreier österreichischer Bruderorgans „Wiener Arbeiterzeitung“, die Gedanken des Sühneprinzen beim Empfang durch den deutschen Kaiser zu ergründen, hat am Sonnabend im objektiven Verfahren vor der Strafkammer 8 des Berliner Landgerichts I seine Sühne gefunden. Die Majestät des deutschen Kaisers soll bei diesen von dieser Zeitung angestellten Betrachtungen nicht volle Würdigung und nicht die notwendige Rücksichtnahme gefunden haben. Das Urteil lautete auf Einziehung sämtlicher Exemplare der Nr. 244 des Organs und auf Unbrauchbarmachung der zu deren Herstellung benutzten Formen und Platten.

Die Verlesung des inkriminierten Artikels geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit, damit nicht, so fürchte der Staatsanwalt aus, die Ordnung und Sicherheit des Staates gefährdet werde. Aus einigen Neußerungen vor der Urteilsverkündung ist zu entnehmen, daß das Gericht wohl einig war in der Beurteilung, aber unentschieden von der Richtigkeit oder der nur sehr bedingten Ausführbarkeit seines Urteilspruches überzeugt war; nur der Hinweis des Staatsanwalts auf die Bestimmungen der einschlägigen Gesetzesparagrafen, wonach sämtliche Exemplare der aus diesem Grunde beanstandeten Schriften eingezogen werden müssen, ließ das Gericht so erkennen, wie geschehen.

Offenbar ist in unserer Gesetzgebung noch eine Lücke vorhanden, indem bis jetzt noch kein Mittel gefunden wurde, die Wirkungen solcher von Ausländern importierten Giftstoffen zu paralysieren. Es steht zu hoffen, daß diejenigen Väter, die ein Exemplar dieser verächtlichen Zeitschrift für sich haben, solches unaufgefordert und freiwillig auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die böhmischen Landtags-Wahlen in den Städten, die am Freitag stattfanden, hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden 35 Junggeizhaken, 11 Deutschfortschrittler, 7 Mitglieder der deutschen Volkspartei, 10 Altschlesier, ferner der Altgezeugte Erb, der Czedschradtske Waga und ein selbständiger radikaler Junggeizhaken, 6 Nachwahlen mit 6 Mandaten sind erforderlich. Wähler betragen die Junggeizhaken 89, die Fortschrittler 20, die Volkspartei 6 und die Altschlesier 6 Mandate.

In Rudweis, wo die Wahl auf den Sonnabend verlagert worden war, da man für den Freitag czedschradtske Erzeffe befürchtete, siegte der

deutschfortschrittliche Kandidat Wolgruber über den Czedschradtske mit 2138 gegen 2112 Stimmen. Der Fortschritt verlor vier Bezirke, Karlsbad, Haida, Saag und Eibogen, an die Altschlesier, außerdem noch die Bezirke Seipa und Tetschen, insgesamt sieben Mandate.

Norwegen.

Reaktionäre Strömungen. In Norwegen existieren bekanntlich manche socialpolitischen Einrichtungen, die anderen Ländern zum Vorbild dienen könnten. Dazu gehört auch das „Vädergesetz“, durch das die Nacharbeit und die Sonntagsarbeit in den Väderbetrieben verboten wird — selbst den Meistern ist die berufliche Thätigkeit, mit Ausnahme bestimmter notwendiger Verrichtungen in der Zeit vom Sonnabendabend 8 Uhr bis Sonntagmorgen 12 Uhr untersagt — und die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 12 Stunden festgelegt wird. Den Großmeistern im Vädergewerbe ist dieses Gesetz sehr zuwider, sie sehnen sich zurück nach dem Recht, ihre Arbeiter unbeschränkt ausbeuten zu können, und haben vor einiger Zeit der Regierung einen Antrag auf Wiedereinführung der Nacharbeit überreicht.

Rum kommt es diesen Herren gerade gelegen, daß bei den letzten Truppenübungen die staatliche Behörde sowie einige Kommunalverwaltungen die nachgeforderte Dispensation vom Nacharbeitsverbot bewweigert haben und daß eine Generalintendantur, die ihre Väder bis 10 Uhr abends arbeiten ließ, angeklagt wurde. Daraus, daß einige Behörden es hier für richtig gehalten haben, unter gewissen Umständen gesetzlich zulässige Dispensationen zu verweigern, wollen die Großväter beweisen, daß das Gesetz unhalbar sei. Es ist bezeichnend für den Einfluß dieser Leute, daß sich sogar das Hauptorgan der Liberalen, „Verdens Gang“, zum Sprachrohr ihrer Bestrebungen hergibt. Man darf aber wohl erwarten, daß die Liberalen zu klug sein werden, um auf die Wünsche der Reaktion einzugehen, andernfalls würde ihr Verhalten nur der unaufhaltsam vorwärts strebenden Socialdemokratie zu gute kommen.

Die Gratifizierung der bedürftigen Volksschüler in Christiania ist den Konservativen gründlich zuwider und, wie sie seinerzeit gegen die Einführung dieser außerordentlich legendreichen Einrichtung kämpften, so kämpfen sie jetzt für deren Beseitigung. Nun ist die Vorkerschenschaft der Gemeindevertretung Christianias ihren Wünschen entgegengekommen, indem sie eine Änderung der Bestimmungen in Vorschlag bringt, durch die der „Schulbesuch“ der Armenunterstützung aufgebüßt werden soll. Die Volksschul-Aufsichtskommissionen haben in einer gemeinsamen Versammlung gegen diese Vorschläge protestiert.

Sollten die Stadtverordneten wirklich diesem reaktionären Antrage zustimmen, so werden die arbeitenden Neuen Christianias jedenfalls wissen, wem sie bei den bevorstehenden Wahlen im Interesse ihrer Kinder ihre Stimme zu geben haben.

England.

Ein Pestsfall in Glasgow. Ein Londoner Telegramm aus Glasgow besagt, an Bord des dort Donnerstagsabend eingetroffenen Dampfers „Bavaria“ sei ein Krankheitsfall vorgekommen, von dem man vermuthet, daß es sich um Pest handle. Der Erkrankte ist ein Rasfar (indischer Matrose), er wurde alsbald ins Hospital geschafft.

Afien.

Englische Mobilmachung an der Grenze Afghanistans. Obwohl bis jetzt die Nachrichten über den Thronwechsel in Afghanistan keinerlei beunruhigende Symptome in Afghanistan selbst oder im russischen Grenzgebiet melden, scheint England dem Frieden doch nicht unbedingt zu trauen. Aus Peshawar, dem Endpunkt der nordindischen Eisenbahnlinie, die durch Peshawar bis an die afghanische Grenze führt, wird nämlich gemeldet, daß eine Mobilisierung von zwei Feldlagaren angeordnet sei. Ein Telegramm aus Bombay bezeichnet die Anordnung als eine Vorsichtsmaßregel für den Fall, daß eine Truppenmacht zusammengezogen werden.

Japanische Anleihe in Amerika. Die „Morning Post“ meldet aus New York, wie in finanziellen Kreisen verlautet, sei der eigentliche Grund des Besuches des Marquis Ito in Amerika, eine Anleihe von 50 Millionen Dollar für Eisenbahnbauten in Japan und auf Formosa aufzunehmen. Wie man hört, sei Marquis Ito ermächtigt, sehr liberale Bedingungen zu gewähren. Hinsichtlich und Rückzahlung würden von den Behörden in Tokio sicher gestellt. Wallstreet sei der Anleihe nicht abgeneigt, falls ausreichende Sicherheiten geboten würden.

Das Lübecker Parteitag-Protokoll ist von der Buchhandlung Vorwärts soeben ausgegeben worden. Es ist umfangreicher geworden als das aller früheren Parteitage: 320 Seiten. Preis 60 Pf. Ein ausführliches Sprech- und Sachregister erleichtert die Uebersicht. Die Verstein-Debatte, die Stellung von Gewerkschaft und Partei zu einander, wie sie in der Diskussion über die Hamburger Accordmaurer-Angelegenheit wieder einmal hergekehrt worden ist, die Diskussion über die parlamentarische Taktik, speciell die Frage der Budgetbewilligung, das Referat Vebeles über „Zollpolitik und Handelsverträge“ und Sadelkums über die Wohnungsfrage haben dem Lübecker Parteitag seine Bedeutung gegeben, so daß das Protokoll, das alle Vorlagen und die wichtigsten Aktenstücke zu den Streitfragen enthält, zu den bedeutendsten Dokumenten in der Geschichte der Partei gehören wird, das jeder Genosse besitzen sollte. Die Versendung erfolgt in der Reihenfolge der Bestimmungen.

Berichterstattung über den Parteitag. Im socialdemokratischen Verein für den zweiten Hamburgischen Wahlkreis gab Genosse v. Elm den Bericht über den Parteitag. Dabei nahm erklärterweise die Angelegenheit der Accordmaurer den breitesten Raum in seinem Vortrage ein, während sich die Debatte ausschließlich um diese Frage drehte. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Partei-Versammlung für den zweiten Hamburgischen Wahlkreis erklärt sich mit der Thätigkeit der Delegierten auf dem Parteitag in Lübeck einverstanden. Die Versammlung protestirt mit aller Schärfe gegen die seitens des Genossen Kuer auf dem Parteitag gegen unsre Delegierten geschleuderte Verdächtigung des Verrats an der Arbeiterbewegung, resp. des Einverständnisses mit bürgerlichen Elementen, und erklärt, daß die Delegierten nach wie vor das Vertrauen der Parteigenossen besitzen.“

Im Distrikt Eimsbüttele, wo Frau Steinbach referierte, ging man ohne Beschluß auseinander.

Im socialdemokratischen Verein in Halle wurde nach kurzer Debatte folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten ihres Delegierten einverstanden. Sie stimmt den Beschlüssen des Parteitages zu mit Ausnahme der Resolution Verstein in der Accordmaurerfrage. Die Versammlung befürchtet, daß diese Resolution bei konsequenter Anwendung Zwistigkeiten in der örtlichen Parteibewegung hervorrufen muß.“

Eine Parteiversammlung in Forst i. L. erklärte sich mit der Haltung ihres Delegierten und den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Ohne Beschluß wurde der Bericht nach längerer Debatte erledigt in der Wahlvereinsversammlung in Ludenthalde, während im socialdemokratischen Verein in Bremen der Bericht des Delegierten ohne Debatte entgegengenommen wurde.

Die Petition gegen den Brotwucher fand in Offenbach a. M. 12 558 Unterschriften, das ist rund der vierte Teil der Einwohnerzahl.

Zu einer feigen Verleumdung des Genossen Verstein hatte sich leider das Blatt der englischen Socialdemokraten, die „Justice“ mißbrauchen lassen. Es wurde darin ein Artikel veröffentlicht, in dem Verstein in hinterlistiger Weise bezichtigt wurde, er habe Beziehungen zur Familie Chamberlain oder zu leitenden Personen der südafrikanischen Minengesellschaften unterhalten, und davon sei seine Haltung in der südafrikanischen Politik Englands bestimmt worden. Diese Beschuldigung der Verstecktheit war bedauerlicherweise auch in einige deutsche Parteiblätter übergegangen. Sie war zuerst in die deutsche Presse übergegangen durch die „Schleswig-holsteinische Volkszeitung“, die den Artikel der „Justice“ abdruckte mit der einleitenden Bemerkung, daß sie die Richtigkeit der Beschuldigung nicht prüfen könne.

Genosse Verstein schickt nun diesem Blatte eine längere Erklärung, worin er die Verdächtigungen der „Justice“ als eine gänzlich aus der Luft gegriffene Verleumdung erklärt, für die auch nicht der Schatten einer thatsächlichen Unterlage besteht. Er hat niemals die ihm nachgelagten oder ähnlichen Beziehungen unterhalten.

Wir müssen unter lebhaftem Bedauern darüber aussprechen, daß deutsche Parteiblätter sich zur Verbreitung solcher Verleumdungen hergeben haben. Wenn jetzt das Rielers Blatt erklärt, daß an der

Was wir heute von den krankhaften Veränderungen des Körpers wissen, das ist im wesentlichen dadurch errungen, daß die Veränderungen der Zellen studiert wurden. Und die Wirkung des Wissens einerseits, die geläuterte Auffassung vom Wesen der Krankheit andererseits haben auch das Können — die Therapie, die Krankenbehandlung — beeinflusst und gefördert.

Auch nach dem Erscheinen der „Cellulopathologie“ setzte Virchow seine wissenschaftlichen Arbeiten mit rastlosem, eisernem Fleiß bis ins hohe Greisenalter fort. Virchow wandte sich aber in dieser Zeit auch wieder mehr der Beschäftigung mit der öffentlichen Gesundheitspflege zu. Das Bindeglied zwischen der rein wissenschaftlich-medizinischen und dieser socialhygienischen Thätigkeit stellen gewissermaßen die Untersuchungen über die Trichinen dar. Auf Grund derselben machte Virchow Vorschläge darüber, wie durch gesetzgeberische Maßnahmen — Einrichtung einer Fleischschau usw. — die Trichinose eingeschränkt bzw. beseitigt werden könnte. Diese Maßnahmen waren auch von vollem Erfolge begleitet, denn die Trichinose des Menschen ist heute in Deutschland so gut wie ausgerottet.

Weitere Gelegenheit zur Thätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege erhielt Virchow durch seine Berufung in die „Wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen“ — die höchste preussische Medicinalbehörde — und sodann vor allem durch die 1859 erfolgte Wahl zum Verliner Stadtvorordneten. In der letzteren Eigenschaft nahm er regen Anteil an der Einführung der Schwemmkanalisation. Er betheiligte sich lebhaft an den umfangreichen Vorstudien und erstattete 1872 den „Generalbericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Unternehmung der Kanalisation und Abfuhr beglücklichen Fragen“. Darin wurde dargelegt, daß die Einleitung des Schmutzwassers von Berlin in die Spree unzulässig sei, daß eine ausreichende Desinfektion desselben sich chemisch und finanziell als unmöglich erweise, und daß daher nichts übrig bleibe, als mit den Abwässern Felder der Umgebung zu besäen. D diesem Zwecke der städtischen Verwaltung hat Virchow auch später stets sein Interesse zugewandt.

Auch um die Einrichtung der „städtischen Krankenhäuser“ hat sich Virchow verdient gemacht. Er gebührte z. B. der dreigliedrigen Kommission an, welche 1871 mit unbeschränkter Vollmacht den Auftrag erhielt, die Errichtung eines städtischen Bodenlazarets zu besorgen; die Kommission entledigte sich ihrer Aufgabe durch den Bau des „Baradenlazarets“, — des jetzigen „Roanther Krankenhauses“ — das trotz seiner nur dreimonatlichen Dauerzeit und verhältnismäßig geringen Kosten allen Anforderungen entsprach, welche der damalige Stand des Krankenhauswesens stellte.

Auch auf die Einrichtung der städtischen „Heimstätten für Genußende“ hatte Virchow maßgebenden Einfluß. Fremde Regierungen nahmen mehrfach in Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege Virchows Rat in Anspruch. So entsandte ihn 1859 die norwegische Regierung zum Studium des „Ausfuges“ in die westlichen Provinzen des Landes.

Weiter beanspruchte einen — mit den Jahren immer wachsenden — Teil seiner Thätigkeit die Anthropologie die Entwicklungs-geschichte der Menschheit. So nahm er u. a. an den Ausgrabungen Schliemanns auf dem Gebiete des alten Troja thätigen Anteil.

Wegen seiner medizinischen, socialmedizinischen und anthropologischen Thätigkeit, neben einer regen Anteilnahme an dem medizinisch-wissenschaftlichen Vereinsleben fand Virchow aber endlich noch Zeit für eine verhältnismäßig starke Beteiligung an dem politischen Leben Preussens und Deutschlands. Wer ein Bild von

Virchows Leben und Wirken geben will, der darf diesen Teil seiner Thätigkeit nicht übergehen, selbst nicht in einem Aufzuge, der den achtzigjährigen feiern soll. Schließlich bedeutet es ja auch nur ein höheres Lob, wenn selbst diejenigen die Verdienste Virchows um die Wissenschaft und die Menschheit preisen, die für den Politiker, mindestens den Politiker von heute, nichts übrig haben.

Von Virchows Thätigkeit im Jahre 1848 war schon die Rede. Er selbst hat später einmal gesagt, daß er stets ein „guter Revolutionär“ gewesen. Wenn man dies Wort im Sinne des heutigen bürgerlichen Liberalismus auffaßt, so ist es nicht zutreffend. Der Virchow von 1848 war in diesem Sinne ein „roter Revolutionär“, der vom Recht der Revolution sprach, der bedauernd konstatierte, daß „die Märzrevolution vor den Thronen stehen geblieben“ sei, der am 20. Juni 1848 mit drei andern zur Gründung einer Gesellschaft aufforderte, welche als Ziel ihrer Bestrebungen die Republik offen bekennt.“ Besonders bewiesen auch seine Bemerkungen über den damaligen „Träger der Krone“ einen Mangel an „Ehrfurcht“, daß die Kaiserin und Casell ein Grauen erfaßt hätte. In socialer Beziehung vertrat er, wie bereits angeführt, einen durchaus fortgeschrittenen Standpunkt, er hob aber damals schon gelegentlich Verwahrungen gegen den Kommunismus.

Auf die 1848er Sturm- und Drangzeit folgte eine Periode verhältnismäßiger Ruhe. Virchow trat erst wieder mehr hervor 1861 — als Mitbegründer der Fortschrittspartei. Das letztgenannte schon den Umwandlungsprozeß. Der ehemalige Achtundvierziger holt 1861 ein Programm schaffen, welches zwar die „Treu gegen den König“, nicht aber das allgemeine gleiche Wahlrecht enthielt!

In demselben Jahre noch wurde Virchow in den preussischen Landtag gewählt, in welchem er ebenso, wie von 1880—1893 im Reichstag, im Rahmen der Fortschrittspartei, später der deutsch-freisinnigen Partei bzw. freisinnigen Volkspartei wirkte, auch hier sehr fleißig, jedoch ohne eine seiner wissenschaftlichen ebendürftige Stellung zu erringen. Im Gegentheil: vielleicht werden sogar manche seiner politischen Freunde zugeben, daß er auf diesem Gebiete seiner Thätigkeit vielfach nicht recht glücklich war. An Virchows Namen knüpft sich z. B. der Abstraktionsantrag, den am 21. Oktober 1869 die Fortschrittspartei stellte. Durch Einbringung dieses Antrags kurz vor dem Ausbruch des französischen Krieges machte man sich lächerlich bei den grundsätzlichen Freunden des Militarismus; den Gegnern desselben konnte andererseits der Antrag deswegen nicht imponieren, weil er im preussischen Landtag und nicht in dem dafür zuständigen Reichstag eingebracht wurde und man also den Konservativen und Nationalliberalen die Begründung ihres ablehnenden Verhaltens überaus leicht machte. Kompromittirter noch war, daß der Abgeordnete Virchow nicht allein für sämtliche Nationalpolitische stimmte, sondern sogar diese Nationalpolitische Politik der kleinlichsten polizeilichen Chiblenen für einen „großen Kulturkampf der Menschheit“ erklärte! Durchaus einwandfrei war dagegen seine Haltung gegenüber dem Socialistenstreik, das er konsequent ablehnte. Virchow gehörte auch zu der Minorität der freisinnigen Partei, welche 1884 sich für die Ausbildung der Arbeiterbewegung erklärte, „so zu einer Zeit, da die große Mehrheit der Partei auch in dieser Beziehung noch mit aller Schärfe den Manchester-Standpunkt vertrat. Er trat dann noch einmal mehr hervor, als er nach der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers gegen die Erhöhung der Civilliste um 1/2 Millionen in wirkungsvoller Weise sprach, dann aber — der Abstimmung sich enthielt, während ein Teil seiner Parteigenossen und

sogar zwei Centrumsmänner gegen die Erhöhung stimmten. Seitdem war er politisch im ganzen ein stiller Mann, insbesondere nachdem er 1893 bei der Reichstagswahl gegen Richard Fischer unterlag. Er nahm 1898 eine Kandidatur zum Reichstage nicht wieder an und ergriff auch im Landtage fast nur noch bei Fragen medizinisch-wissenschaftlicher Natur das Wort. Reges blieb dagegen seine Thätigkeit auf kommunalpolitischem Gebiete; auch hier aber förderte er nicht die, welche auf der von ihm mitgeschaffenen Grundlage weiterbauen, die vorhandenen Einrichtungen fortentwickeln wollten, sondern sein Name und sein Ansehen trug vielfach dazu bei, die „freisinnige“ Mehrheit in ihrem Widerstande gegen solche, meist von socialdemokratischer Seite kommenden Neuerungsversuche — z. B. den Antrag auf Unentgeltlichkeit der Desinfektion — zu bekräftigen.

Die innere Wandlung, welche Virchow durchgemacht hat, trat scharfste auch in seiner ganzen Weltanschauung zu Tage. 1849 bekannte sich der junge Virchow, u. a. in einem Aufzuge, den er als „medizinisches Glaubensbekenntnis“ bezeichnete, zum „Monismus“, zu jener Weltanschauung, die Körper und Geist als eines, als untrennbar verbunden betrachtet; „ich habe die Ueberzeugung, daß ich mich niemals in der Lage befinden werde, den Satz von der Einheit des menschlichen Wesens und seine Konsequenzen zu verneinen“. 1877 dagegen führte er auf der Münchener Naturforscher-Versammlung gegenüber Häckel aus: „Ich spreche durchaus nicht etwa den Satz aus, daß es niemals möglich sein werde, die physischen (geistigen) Vorgänge mit physischen (natürlichen, körperlichen) in einer unmittelbaren Zusammenhang zu bringen. Nur sage ich, wir haben gegenwärtig keine Berechtigung, diesen möglichen Zusammenhang als einen wissenschaftlichen Versuchsaufzustellen.“ Und er warnte davor, daß man, wie es Häckel gewollt, die (Darwinsche) Entwicklungslehre als „das wichtigste Bildungsmittel“ auch in der Schule „mahgebend und leitend“ werden“ lasse. Er begründete diese Anschauung nicht etwa bloß mit wissenschaftlichen Bedenken, sondern auf seine Stellungnahme war auch — die Furcht vor dem Socialismus von Einfluß: „Stellen Sie sich einmal vor“, so sagte er, „wie sich die Descendenztheorie (Entwicklungslehre) heute schon im Kopfe eines Socialisten darstellt. Ja, meine Herren, das mag manchen lächerlich erscheinen, aber es ist sehr ernst, und ich will hoffen, daß die Descendenztheorie für uns nicht alle die Schrecken bringen möge, die ähnliche Theorien wirklich im Raschlande ausgerichtet haben.“

Wir waren in Vorlebensendem bestrbt, in möglicher Objektivität ein Lebensbild Virchows zu geben, seinem Wirken und Schaffen gerecht zu werden. Die Fehler und Schwächen des Mannes durften dabei nicht übergangen werden, sie können aber das Große, was Virchow für die Wissenschaft und damit für die Menschheit geleistet hat, nicht verdecken. Diese Leistungen sichern ihm für alle Zeiten einen Platz in der Kulturgeschichte der Menschheit, die Fehler und Schwächen werden dagegen um so mehr der Vergessenheit anheimfallen können, als sie ja zum sehr erheblichen Teile nur beweisen, daß auch die größten Geister dem Alter ihren Tribut nicht entziehen können. Deshalb können auch wir heute und dann anschließend, welche aus allen Kulturländern zusammengeströmt sind, um Virchow als Forscher und Gelehrten, als Bahnbrecher der medizinischen Wissenschaft, wie als Förderer der menschlichen Kulturentwicklung zu feiern. Mit allen diesen Wünschen auch wir, daß es Virchow noch lange vergönnt sein möge, sich des Ruhmes und der Verehrung zu erfreuen, welche ihm seine wissenschaftlichen Thaten in jungen Jahren verschafft haben.

Wahrhaftigkeit Bernsteins niemand zweifeln kann, so konnte es diese Lieberzeugung auch schon vorher haben. Wahrhaftigkeit und Unbestechlichkeit gehören zusammen. Das gilt auch von dem Dornmunder Parteiblatt, das jetzt, nachdem es von maßgebender Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Notiz der „Justice“ eine Verleumdung sei, erklärt, es habe Bernsteins niemals eine derartige schmutzige Handlung zugetraut. Dieser Lieberzeugung konnte es dann doch schon Ausdruck geben, als es den Ausdruck der verleumderischen Notiz für nötig hielt, umso mehr, als diese schon in ihrer ganzen gehässigen und hinterhältigen Fassung den Stempel der Verleumdung auf der Stirn trug.

Ein Wort der Entschuldigung würde beiden Blättern sehr wohl angefallen haben.

Ueber den Lübecker Parteitag äußert sich Hjalmar Branting im Stockholmer „Socialdemokraten“ u. a. folgendermaßen: „Wie man auch die Einzelheiten beurteilen und erklären mag, die Socialdemokratie der ganzen Welt hat Ursache, den Lübecker Parteitag nach großen Gesichtspunkten als einen neuen Triumph für unsere deutsche Bruderpartei, und damit als eine weitere Kräftigung der Arbeiterbewegung anzusehen. Die große geistige Thätigkeit, die hier von beiden Seiten, von Arbeitern sowohl wie von „Ademiteern“ an den Tag gelegt wurde, die bestimmte Tendenz zu fortschreitender und allseitiger Entwicklung, alles zengt dafür, daß die Zukunft der Socialdemokratie gehört. — Wo findet sich die bürgerliche Partei, die nur annähernd so viele Probleme wie die Socialdemokratie stellt für die Lösung vermag? Und warum können wir die Fragen lösen und sie nicht? Ja, eben deswegen, weil über allen Tagesstreitigkeiten und persönlichen Kontroversen unsere Partei doch der tiefste Ausdruck für etwas Größeres als Formeln und Personen ist, nämlich für das Aufwachen der Arbeiterklasse nach Freiheit und Gleichheit in einer gerechten Gesellschaftsordnung.“

Totenliste der Partei. Ein treuer Mitarbeiter unserer Wiener Genossen, Moriz Stern, ist nach längerem schweren Leiden gestorben. Der Verstorbene gehörte seit dem Jahre 1891 der Geschäftsleitung der „Wiener Arbeiterzeitung“ an und hat nach Kräften zur geschäftlichen Förderung des Blattes beigetragen. Die Wiener Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Boeren-Krieg.

Kommandant Lotter standrechtlich erschossen.

Ans Riddeldburg wird gemeldet, daß über den gefangenen Boerenkommandanten die Todesstrafe verhängt und von Richtern bestätigt worden sei. Ein späteres Telegramm bringt bereits die Nachricht, daß Kommandant Lotter am Freitag hingerichtet worden sei. Weßhalb Lotter zum Tode verurteilt wurde, wird einstweilen nicht gemeldet. Möglicherweise hat er trotz Ablegung des Neutralitätsbundes wieder die Waffen erhoben, vielleicht auch gehört er zu den „Rebellen“ der Kapkolonie, mit denen ja kurzer Prozeß gemacht wird. Wie dem aber auch sei, die Erschießung dieses Kommandanten ist eine Schandthat Ritsheners, zu deren Qualifizierung die Worte nicht ausreichen. Der Krieg ist nunmehr in der That zur wüsten Schlächterelei geworden und die Boeren werden nicht mühsam können, für jeden gemordeten Boeren auch einen gefangenen Engländer zu erschießen. Vielleicht, daß England in seiner Unartigkeit dann doch ein Haar findet.

Mit Lotter waren noch weitere fünf Gefangene zum Tode verurteilt worden. Ritshener „begnadigte“ die Leute jedoch zu lebenslänglichen Gefängnis. Ein anderer Gefangener erhielt 20 Peitschenhiebe! Ferner wird über die Arbeit der Kriegsjustiz aus Kapstadt gemeldet:

In Darby West wurde ein zum Tode verurteilter Farmer zu 10 Jahren Zwangsarbeit begnadigt, bei einem Farmer in Jacobsdal wurde die Todesstrafe in Deportation umgewandelt. Ein früherer Feldcornet in Erhburg war zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden; die Strafe wurde auf 3 Jahre herabgesetzt. Die über einen Farmer in Erhburg verhängte Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Zwei junge Farmer, die zweimal zum Feinde übergegangen waren, wurden heute früh in Erhburg durch den Strauch hingerichtet. In Worcester wurde ein Farmer zu einer Geldstrafe von 100 Pfund Sterling bezw. neun Monaten Haft verurteilt, weil er auf seiner Farm Lebensmittel für mehr als sieben Tage hatte.

Man sieht, das Standrecht arbeitet, daß es nur so eine Lust ist. Ritshener, der eingesehen hat, daß alles Furchen und alle Proklamationen die Afrikaner nicht abhalten können, mit den Boeren gemeinsame Sache zu machen, beweist jetzt durch bestialische Gewalttätigkeit, daß er den Namen eines Schlägters verdient. Ob aber diese Brutalitäten die Kapkolonien zur Loyalität zurückrufen wird, ist sehr zu bezweifeln. Der Kampf in Südafrika dreht sich nicht mehr um die Selbstständigkeit oder Nichtselbstständigkeit der Boerenrepubliken, sondern um Sein oder Nichtsein des holländischen Elements der Kapbevölkerung. Es ist nicht mehr die Sache ihrer Stammesverwandten, die von den auf der Boerenseite kämpfenden Kapkolonien verfolgt werden, sondern ihre eigene Sache. Deshalb wird aller Voraussicht nach die Blutarbeit Ritsheners den Zustand der Kapkolonie nur um so leidenschaftlicher aufzukommen lassen. In Dräffel eingelaufene Meldungen behaupten, daß die Erhebung in der Kapkolonie riesige Dimensionen angenommen habe, daß nicht weniger als

20 000 Kapkolonien zu den Boeren übergegangen seien, so daß die Umgegend von Kapstadt bereits bedenklich bedroht sei. — Ueber die letzten Operationen liegen folgende Nachrichten vor: Wie aus Heilbron (Südafrika) gemeldet wird, verließen die Boeren zweimal vergeblich die Eisenbahnlinie zu überschreiten, und zwar während der Nacht, um sich nach Osten zu wenden. — Kommandant Krügerer befindet sich, nach einer Depesche aus Herchel, auf dem rechten Ufer des Oranjesflusses und versucht, diesen zu überschreiten. Er wird aber durch den hohen Wasserstand an der Ausführung seines Planes gehindert. — Aus Vietermariburg wird berichtet: Lord Ritshener hat die Freiwilligen von Natal in ihre Heimat zurückgeschickt, ohne daß diese auch nur einen einzigen Schuß gethan hätten.

Scheepers gefangen.

Ein Depesche Ritsheners meldet: Die Kolonne des Generals Freuch nahm den Kommandanten Scheepers gefangen. Mehrere Meldungen sprachen davon, daß Scheepers schwer erkrankt sei. Möglicherweise ist er deshalb den Engländern in die Hände gefallen, weil er nur zu Wagen transportiert werden konnte. Doch auch ein Teil seines Kommandos in Gefangenschaft geraten sei, wird nicht gemeldet, ist also unwahrscheinlich. So bedauerlich die Gefangennahme Scheepers für die Boeren auch sein mag, so hat der lange Krieg bisher bereits so viele militärische Talente zur Entwicklung gebracht, daß wohl auch künftig für jeden detartierten Verlust ein Ersatz vorhanden ist.

Geduld!

Die „Daily Chronicle“ stellt folgenden Kalender zusammen: 11. Oktober 1890: Krieg erklärt; 1. Oktober 1900: Dr. Chamberlain sagt in Coventry: „Jetzt, da der Krieg zu Ende ist, hat das Volk sich noch kaum Nar gemacht, ein wie schwieriger Krieg es war“; 8. Oktober 1901: Lord Roberts sagt in Liverpool: „Ich wünsche ernstlich, daß der Krieg vorüber wäre... Ich möchte die Nation sehr bitten, Geduld zu bewahren.“ Die Zeitung meint, Lord Roberts müsse sich mit Lord Halsbury, dem Lordkanzler, auseinandersetzen, der heute als einziger im Lande noch glaube, der Krieg sei zu Ende; „es ist nur eine Art von Kriegführung, aber ist das Krieg?“

Gewerkschaftliches.

Achtung! Civilberufsmusiker Deutschlands! Auf Veranlassung der freien Vereinigung von Hannover-Linden soll demnächst in Berlin ein durch Delegierte aller deutschen freien Vereinigungen zu beschickender Kongreß tagen, um die Centralisation über Deutschland in die Wege zu leiten. Am Dienstag, 5. November, mittags 12 Uhr, tritt der fünfgliedrige Ausschuß (Berlin, Breslau, Dresden, Hannover, Hamburg) im Vereinslokal, Berlin C.

Rosenthalerstraße 57, zusammen um die endgültige Tagesordnung festzusetzen. Mittwoch, den 6. November, vormittags 11 Uhr, Grenadierstr. 33: Beginn des Kongresses. Die Verhandlungen sind vorläufig auf 2 Tage festgesetzt. Als provisorische Tagesordnung gilt: 1. Vespredung der wirtschaftlichen Lage der Civilmusik. 2. Stellungnahme und Beschlußfassung zur Gründung des „Centralverbandes der Civilberufsmusiker Deutschlands“. 3. Beratung betreffs Gründung eines Fachorgans. Kleine Vereinigungen entsenden 1 Delegierten, große Vereinigungen nach eigenem Ermessen auf je 100 Mitglieder 1 Delegierten. Neben dem Gesang um zeitiges Eintreffen (möglichst im Laufe des 5. November), bitten wir die Delegierten, sich mit dem ihrem Vorstand gezeichneten Mandaten zu versehen. Anträge sind von Vereins wegen schriftlich und vom Vorstand gezeichnet einzuzureichen. Auf Wunsch sorgen unsere Mitglieder für häusliche Unterkunft, auch sei auf das Gewerkschaftshaus, hier, Engel-Ufer 15, hingewiesen. Näheres ist durch den Unterzeichneten schriftlich zu erfahren.

Im Namen der Freien Vereinigung von Berlin,
G. Schoner, 1. Vorsitzender
N. 4, Eichendorffstr. 22.

Harmonieduerei oder bloße Höflichkeitssphrasen? Als die Tarifverhandlungen der Buchdrucker zu Ende waren, sagte der Prinzipalvertreter Herr Baensch-Drugulin in seiner Schlussrede, es beruhe ihn schmerzlich, daß durch die beschlossene Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise denen der Prinzipale der Todesstoß verhängt worden sei. Aber er tröste sich mit dem Gedanken, daß einmal die Zeit kommen dürfte, wo Prinzipale und Gehilfen wie heute auf dem Tarifgebiet, sich auch auf dem Kassengebiet zusammenfinden werden, zum Wohle der Berufsgenossen und zum Besten der Witwen und Waisen. Nach dem Protokoll des Tarifrats erwiderte Herr Döblin, der Vorsitzende des Gehilfenverbandes hierauf: „Die von Herrn Baensch ausgesprochenen Wünsche auf Schaffung einer gemeinsamen Organisation der Prinzipale und Gehilfen, in welcher das Unterstützungswesen der heute bestehenden Organisationen einmal verschmolzen werden soll, möchte er für seinen Teil nicht ablehnen. Wenn auch der gegenwärtige Zeitpunkt eine ausgiebige Beschäftigung mit dieser Frage nicht zulasse, so glaube er doch, daß die Gehilfenchaft neben ihren andern Aufgaben auch die hier gegebene Anregung in den Kreis ihrer Beratungen ziehen wird. Da auch die Gehilfenchaft den gewerblichen Frieden will, so wird sie die dazu führenden Wege gewiß nicht unbeschritten lassen.“

Sollte die vorstehende Aeußerung Döblins mehr sein, als eine höfliche Erwiderung auf die Anregung des Herrn Baensch, so ist es wohl angebracht, darauf hinzuweisen, daß der Gedanke, die gewerkschaftliche organisierten Arbeiter eines Berufes könnten mit den Arbeitgebern selbst nur auf dem Gebiete des Unterstützungswesens gemeinsam zusammenarbeiten, bisher noch von keinem Gewerkschafter ausgesprochen worden ist.

Döblin selbst hat ja auch die Verwirklichung dieses Gedankens nur für seine Person und nur für eine unbestimmbare Zukunft als möglich vorausgesetzt. Vorläufig ist also in dieser Hinsicht noch keine Gefahr vorhanden, aber es erscheint doch angebracht, bei dieser Gelegenheit unsere Ansicht dahin auszusprechen, daß es nicht im Interesse der Gewerkschaften liegt, so weit sie Klassenbewußte Vertreter der Arbeiterinteressen sein wollen, auf dem Gebiet des Unterstützungswesens mit den Unternehmern zusammen zu gehen.

Berlin und Umgegend.

An die Parteigenossen und Gewerkschaften!

Wie schon in der vorigen Sonntagsnummer des „Vorwärts“ angekündigt, finden im Laufe dieser Woche — Montag, den 14. und Dienstag, den 15. — fünf größere Versammlungen der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welchen die Forderungen der deutschen Schneider- und Schneiderinnen an die Gesetzgebung bezüglich der Heimarbeit erörtert werden sollen.

Wir wiederholen hiermit die Bitte, daß die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder in ihren Verwandten- und Bekanntenkreisen — namentlich bei ihren weiblichen Angehörigen — auf die Wichtigkeit dieser Versammlungen für die Gesamtarbeiterschaft hinweisen mögen!

Alles Nähere betreffs der Versammlungslokale und Referenten im Infanterieteil heutiger Nummer.

Verband deutscher Schneider- und Schneiderinnen. (Zil. Berlin).
J. A.: Ad. Ritter.

Die Berliner Gewerkschaftskommission sendet uns folgende Zuschrift:

In letzter Zeit ist in Versammlungen die Behauptung aufgestellt worden, die Centralverbände und die Berliner Gewerkschaftskommission seien in der Unterstützung des Glasarbeiterstreiks lässig gewesen.

Um weiteren unwohnen Behauptungen vorzubeugen, geben wir die Summen bekannt, welche von den Berliner Gewerkschaften und Arbeitern durch die Gewerkschaftskommission den Glasarbeitern übermittelt wurden.

Durch die Kommission wurden an die Glasarbeiter gezahlt bis 11. Oktober 45 000 M. (außer 20 000 M., welche mittels der Gelder der englischen Glasarbeiter zurückgezahlt worden sind), darunter befinden sich 6500 Mark von der Zahlstelle der Metallarbeiter Berlin und 3000 Mark von der Zahlstelle der Holzarbeiter Berlin. Des ferneren wurden durch die in Berlin befindlichen Centralverbände bis Mitte September an die Glasarbeiter gezahlt: Porzellanarbeiter M. 3030.—, Graveure 800.—, Städtische Arbeiter 100.—, Textilarbeiter 1065.—, Vergolder 400.—, Töpfer 820.—, Tapezierer 800.—, Lederarbeiter 400.—, Buchdrucker 1680.—. Auf Listen in Werkstätten sind direkt an die Glasarbeiter bis Mitte September abgeliefert worden M. 1614,77. Außerdem wurde denselben von den Buchdruckern ein Darlehn von 10 000 M. bewilligt.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Die Nordhäuser Tabakfabrikanten in einer Notlage.

In einem gedruckten Circular, auf dem nur das Datum mit Tinte ausgefüllt wird, teilt der bekannte Kantabakfabrikant G. A. Hanewader in Nordhausen einem Kunden mit, daß es ihm infolge des Ausstandes seiner Arbeiter zu seinem lebhaften Bedauern unmöglich sei, den Auftrag im vollen Umfange auszuführen. Das Circular fahet dann fort:

Um Sie nicht ganz ohne Tabak zu lassen, erlaube ich mir, Ihnen für jetzt nur eine Teilsendung zur Aushilfe zu senden und gebe ich mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie in Berücksichtigung meiner Notlage diese Handlungsweise aufheben werden.

Bei wieder eintretendem Bedarf bitte ich um den Vorzug Ihrer geschätzten Aufträge, wie ich Sie auch noch freundlichst bitten möchte, mir Ihr Wohlwollen in dieser so schweren Zeit gütigst bewahren zu wollen.

Hochachtungsvoll

G. A. Hanewader.

Dieses Schreiben beweist, daß der Kampf, welchen die Tabakarbeiter in Nordhausen seit Monaten führen, kein vergeblicher ist, und daß die Fabrikanten trotz ihrer Ableugnungen die Wirkungen des Kampfes wohl fühlen. In derselben Notlage wie Herr Hanewader befinden sich zweifellos auch die übrigen Fabrikanten, welche noch mit ihren Arbeitern auf Kriegsfuß leben, und es wird ihnen nichts helfen, als die Startöpfeligkeit fahren zu lassen und sich mit den Arbeitern zu einigen.

Diese befinden sich glücklicherweise noch nicht in einer Notlage und die Arbeiter Deutschlands werden dafür sorgen, daß ihre Nordhäuser Klassenossen den Kampf so lange führen können, bis die Fabrikanten die Organisation der Arbeiter anerkennen. Vor allem gilt es, den Volkstrost streng durchzuführen.

Achtung, Steinarbeiter! Der Ausstand bei der Firma G. A. Klotz in Lobau (Granitfabrik) dauert ununterbrochen fort. Die Einigungsversuche der Ausständigen unter Vermittlung des Bürgermeisters von Lobau sowie seitens der Organisation der Steinarbeiter waren resultatlos. Der Firmeninhaber geht mit dem Gedanken um, ausländische Steinarbeiter anzuwerben. Inwiefern ihm dies gelingt, wird die Zeit lehren. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Organisation der Steinarbeiter.

Streikpostenstreichen polizeilich verboten. In Groß-Salza (Regierungsbezirk Magdeburg) befinden sich die Maurer im Streik. Die dortige Polizeiverwaltung hat nun eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß sogenannte Streikposten auf den Zugangswegen zur Baustelle aufgestellt worden sind, um Arbeitswillige fernzuhalten. Diese Handlung ist gemäß § 300 des Strafgesetzbuches als grober Unfug anzusehen, und fordern wir beteiligte Personen auf, das Streikpostenstreichen sernerhin zu unterlassen. Zuwiderhandlungen werden auf das strengste bestraft werden.

Sollte die Polizeiverwaltung diese Androhung ausführen, so wird sie sich von den Gerichten bekehren lassen müssen, daß das Streikpostenstreichen an sich weder grober Unfug noch sonst eine strafbare Handlung ist. Erwarten sollte man allerdings, daß eine Polizeiverwaltung dies ohnehin wüßte.

Eine Lohnbewegung der Strickerinnen, die schon seit zwei Monaten vorbereitet wird, ist nun endgültig beschlossen. Vor 14 Tagen haben die Strickerinnen den Unternehmern die Forderung um eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bereits unterbreitet, aber bis auf einen haben die Fabrikanten darauf gar nicht geantwortet. Die Filiale I des Textilarbeiter-Verbandes hat in der gestrigen Versammlung die Forderung der Strickerinnen zu der ihrigen gemacht und die Sachkommission beauftragt, die Fabrikanten und Werkstättenbesitzer gemeinsam mit der Kommission der Strickerinnen zu einer Konferenz einzuladen. Sollten die Unternehmer der Einladung keine Folge leisten oder aber kein befriedigendes Resultat erzielt werden, so sind weitere Maßregeln in Aussicht genommen. Die Konjunktur ist eine günstige, und die Unternehmer können schließlich zur Anerkennung der Forderung, die ja sehr minimal ist — es handelt sich um eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 90 Pf. pro Woche — gezwungen werden.

Nachwehen vom Krefelder Sammelstreiker-Streit. Wehe den Besiegten! heißt es auch nach diesem Streit, denn noch über 150 Arbeiterinnen und Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße. Die Unternehmer haben eine Anzahl Lehrlinge eingestellt, um auch für diesen Beruf eine Reservearmee zu schaffen. Die Sammelstreiker, welche während des Streiks hervorgetreten sind, haben keine Aussicht, in absehbarer Zeit wieder eingestellt zu werden. Von Seiten des Unternehmerverbandes ist die Parole ausgegeben worden, innerhalb dreier Monate keinen Sammelstreiker einzustellen, gleichviel zu welcher Arbeit. Den Unternehmern ist ob dieses Sieges ganz gewaltig der Kamm geschwollen. Das erfahren schon die Arbeiter in den andern Betrieben. Lohnabhänge sind an der Tagesordnung. Daß ein solcher Mißerfolg deprimierend auf die Arbeiterchaft einwirkt, ist selbstverständlich, und so läßt auch in dieser Hinsicht die Niederlage ihre Wirkung auf die Arbeiterorganisationen aus. Bei all diesem kommt hinzu, daß fast keine Schöffengerichtssitzung vergeht, ohne daß ein „Streikfänger“, der einen oder mehrere „Arbeitswillige“ beiseitigt haben soll, abgeurteilt wird. Bis jetzt betragen die Strafen gewöhnlich 2 Wochen Gefängnis. Diejenigen, welche die famose Polizeiverordnung, wonach die Streikposten zweihundert Meter von der Fabrik entfernt bleiben müssen, übertreten haben, werden alle mit 30 Mark Geldstrafe bestraft. Die nämliche Strafe erhalten alle diejenigen, welche, ohne in den Streik verwickelt gewesen zu sein, an den Käufen teilgenommen haben. Unter den letzteren befinden sich eine ganze Anzahl Frauen und Mädchen, welche zufällig des Weges kamen und dem polizeilichen Transport der „Arbeitswilligen“ bei der Gelegenheit zusahen oder ins Gedränge gerieten.

Ausland.

Der Streik der Wiener Vermittele-Hemdknopf-Drechsler scheint sich in die Länge zu ziehen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Meister, die mit den Gehilfen gemeinsame Sache gemacht haben, ihren Auftraggebern, den Exporteuren, nicht energisch gegenüberzutreten wagen. Einige der Meister sollen sogar, obwohl sie sich als Streikende ausgeben, den Exporteuren heimlich Lieferungen zustellen. In Wien streiken mehr als 200 Gehilfen, in Serowiy befinden sich 100 Drechsler im Ausstand, und auch in andern Städten Niederösterreich ist die Arbeit eingestellt worden.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter. Das bisherige Resultat des Referendums bezüglich des geplanten Generalstreiks ist folgendes: Abgestimmt haben 31 419, davon für den Streik 23 217, gegen 2896. Es fehlen noch die Resultate verschiedener Kohlengebiete, u. a. auch die des Pas de Calais, wo die Abstimmung dieser Tage stattfindet.

Für den 1. November, an welchem Tage der Generalstreik beginnen soll, sind, wie „Le Temps“ mitgeteilt wird, seitens der Regierung große Vorkehrungen getroffen. In den Kommandanten von Bourges seien Ordres dahin gegangen, sämtliche Garnisonen des 8. Armeekorps am 1. November in den Kasernen marschbereit zu halten, um innerhalb zweier Stunden bereit zu sein, nach irgend einem Kohlengebiet abgehen zu können.

Die Streikbewegung in Italien dauert noch immer fort; nicht alle Ausstände sind von Erfolg begleitet, aber sie geben in fast allen Fällen den Anstoß zur Gründung von Organisationen, wo solche noch nicht bestehen. In vielen Fällen haben aber die Arbeiter auch ganz wesentliche Verbesserungen ihrer Lage erzielt. So haben die Hafenarbeiter von Bari nach langem Kampfe den Beschlusstag bei einem Tageslohn von 4,50 Fr. durchgesetzt. — Die Lithographen von Brescia, die alle organisiert sind, erheben den Reinstundentag und für Heberstunden 25 Prag. Lohnerhöhung, ohne in den Streik treten zu müssen. — In Palermo haben die Wädgerhilfen einen neuen Tarif durchgesetzt, der ihren Lohn wesentlich erhöht. Für die Lehrlinge ist die Nachtarbeit für fünf Tage in der Woche abgeschafft. — In Escofati sind 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Baumwollspinnerei in den Streik getreten; die Ursache ist das brutale Auftreten eines deutschen Aufsehers, der eine junge Arbeiterin geschlagen hatte. — Der Holzarbeiterstreik in Rom ist beendet, nachdem die meisten der Unternehmer bewilligt haben. Der Streik der Konditoren und verwandten Berufe dauert fort. — Die Gründung von Organisationen wird aus allen Teilen des Landes gemeldet. So haben sich in Palermo die Transportarbeiter und Auslader organisiert; in Termini haben sich die Hafenarbeiter vereinigt. — Der Republikanische Chiefa macht demnächst eine Rundreise durch die Hafenstädte Italiens, um einen Verband der Hafenarbeiter zu gründen. — In Bologna tagt zur Zeit ein Kongreß der Gastwirtsgehilfen; dieselben wollen ebenfalls mit der Gründung eines Verbandes vorgehen. Auf der Tagesordnung steht außerdem Herabsetzung der Arbeitszeit und Befreiung eines Minimallohnes.

Die streikenden Wäcker in Florenz haben, wie „Wolffs Telegraphen-Bureau“ meldet, am Sonnabend früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Am 12. Oktober. (W. L. B.) Der Landtag nahm die Gesetzvorlage betreffend die Einführung direkter Landtagswahlen in den Landgemeinden an und lehnte die Wahlreformvorlage betreffend die Einführung einer allgemeinen Wählerklasse für den Landtag sowie die Erhöhung der Mandatsziffer in Ermangelung einer qualifizierten Mehrheit ab. Daran wurde die Tagung geschlossen.

Kapstadt, 12. Oktober. (W. L. B.) Das Geschäftshaus der Kolonial Mutual Life Assurance Association ist durch Feuer zerstört. Der Schaden wird auf 200 000 Pfd. Sterl. geschätzt.

Aus Industrie und Handel.

Eine bemerkenswerte Kritik an den Sanierungen über den Handelsredakteur des „Berliner Tageblatt“, Herr Wiener, auf dessen Gutachten der Vorjahren-Kommission wir kürzlich hingewiesen haben. Herr Wiener beweist auch in seiner geistigen Wochenchau die Objektivität, die sein Gutachten vor der Vorjahren-Kommission auszeichnet. Seine Kritik, wenn auch in vorsichtigen Formen gehalten, bewegt sich durchaus in der Richtung der unsrigen, die wir seit den Hypothekendarstellungen wiederholt zum Ausdruck gebracht haben. Sie ist sachlich von der äußersten Schärfe und verdient als ein Beitrag zur Geschichte der letzten kapitalistischen Wera aufbewahrt zu werden. Herr Wiener wirft die Frage auf, „ob all die Sanierungen, die im Gange sind, auch wirklich eine dauernde Befriedigung der solchen Operationen unterzogenen Unternehmern erwarten lassen“ und antwortet darauf selbst: „Lediger kann in dieser Hinsicht nicht jeder Zweifel unterdrückt werden. Der hauptsächlichste Fehler hierbei ist, daß die Geschädigten selber noch immer nicht mit ausreichendem Ernste ihr Interesse wahrnehmen. Sonst ließe es sich nicht erklären, daß auch von den Generalversammlungen, die sich gegenwärtig abspielen, manche einen etwas komödiantischen Verlauf nehmen. Auch daß die Aktionäre und Obligationäre der nothleidenden Gesellschaften durch immer neue Versammlungen ermüdet und abgeseht werden und ihr Interesse für die Sache damit ausschließlich abgestumpft wird, ist sehr zu bedauern. Die Revisionskommissionen, die in Thätigkeit treten, erwecken ferner nicht durchwegs das Vertrauen, daß sie lediglich aus Persönlichkeiten zusammen-gesetzt sind, die durch ihre Tüchtigkeit und Unbefangtheit zu einem solchen Mandate berufen wären. Nicht unbedenklich erscheint es auch, daß die Mehrzahl der Sanierungen von denselben Bankreihen und denselben Persönlichkeiten betrieben zu sehen. Ist schon die gegenwärtige Kritik zum Teil darauf zurückzuführen, daß einzelne Institute und Personen an einer größeren Zahl von Unternehmen beteiligt waren, als sie thatsächlich kontrollieren konnten, so wäre es doppelt bedauerlich, wenn sich auch die nunmehrigen Rekonstruktionen nicht bewähren sollten, weil sie immer wieder von denselben Kreisen übernommen werden, die sich auf diese Weise mit unübersehbaren Aufgaben belasten könnten. Selbst die größten Institute und die tüchtigsten Persönlichkeiten finden in ihrer Leistungsfähigkeit eine Grenze. Nicht in der Selbstüberhebung, sondern in der Beschränkung zeigt sich der Meister.“

Diese für Eingeweihte sehr verständliche Sprache bedarf für das weitere Publikum eines Kommentars. Die Kritik des Herrn Wiener richtet sich gegen die sanierenden Großbanken, die thatsächlich nur ihr eigenes Geschäftsinteresse auch dann verfolgen, wenn sie scheinbar oder angeblich als Helfer in der Not auftreten und sich unter dieser Firma die Vertretung der Geschädigten für die Generalversammlungen verschafft haben. Unter den „Persönlichkeiten“, auf die Herr Wiener anspielt, ragt der von und wiederholt erwähnte Herr Justizrat Kempner hervor, der fast in allen Sanierungsunternehmen die Führung hat und in Dresden wie in Strelitz und Berlin als der Strategie der Großkapitalen eine Sicherheit und ein Raffinement entwickelt, die Erlaunen und fast Bewunderung hervorrufen müssen. Nur in Leipzig, wo sich die Berliner Großbanken nicht beteiligten, sondern wo sie den bankrotten sächsischen Finanz-Kapitalismus im Stumpfe stecken ließen, um auf seinen Trümmern durchaus neu zu bauen, war Herr Kempner nicht. Man darf gespannt darauf sein, wie sich auf die Dauer das Verhältnis der Großbanken zur Dresdener Bank machen wird. Diese in ihrer Aktionärsfähigkeit sehr gelähmte Bank mit 130 Millionen Aktienkapital ist neuerdings im Konzert der Großbanken sehr in den Hintergrund gedrängt worden, und es sprechen sehr viele Anzeichen dafür, daß andere Großbanken auf Kosten der Dresdener vorwärts streben.

Kurz: Der Krach und die Spezialität der „Notbehelfer“ bringen und eine neue Auflage und ein anderes Schicksal des ewigen Krampfes der kapitalistischen Volkswirtschaft. Den Großbanken ist die Krise, wie immer, ein Hauptmittel neuer Eroberung und der Konzentration. Dies Geschäft hat einen etwas fatalen Verlauf. In der jüngst von Franz Mehring veröffentlichten Doktor-dissertation von Marx wird hingewiesen auf eine historisch-moralische Notiz eines römischen Schriftstellers, nach welcher die Plebejischen einen brillanten Dämon für ihre Weinberge an den Seiten der gefallenen Cimbren, und da auch viel Regen fiel, ein gutes Jahr hatten. Den sanierenden Großbanken und ihrem „genialen“ Feldhern sind die tubischen Leiden auch nur ein guter Mist für ihren Acker und ihre Weinberge. So will es die kapitalistische Wirtschaft, bei der von Moral und Sentimentalität ganz und gar keine Rede sein kann.

Der falsche Arbeiterfreund. Der Verband Berliner Metallindustrieller will durch eine Umfrage in den Betrieben seiner Branche über den Grad der Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit Ermittlungen anstellen, um je nach dem Ausfall unter Umständen Anträge bei den städtischen und staatlichen Behörden zu stellen.

Wir nehmen an, diese Anträge würden sich wohl in der Richtung bewegen, größere Aufträge von der Regierung oder Stadt zu erlangen. Also das was der Centralverband deutscher Metallindustrieller bereits gefordert hat, wiederholen. Wie wir zu diesem Verlangen stehen, haben wir bereits ausgesprochen; sehr mißtrauisch sind wir aber dagegen, daß, wie diese Korporation angibt, ihre Bemühungen im Interesse der Arbeiter unternommen werden. So unheimlich sind die Herren nicht, ihr Regiment war bisher immer auf Unterdrückung der Arbeiter gerichtet und das geschah mit so ausgefuchter Niedertracht, daß jeder Anschlag von Arbeiterfreundlichkeit von dieser Seite wie Hohn klingt. Wie wenig es den Herren mit dieser Absicht ernst ist, erlicht man daraus, daß sie erklären, sie könnten selbst altdenkwürdige Leute nicht mehr halten.

Um dies zu erreichen, gäbe es noch eine andre Lösung, die die Herren Metallindustriellen selbst vornehmen könnten. Sie mögen in ihren Betrieben die Arbeitszeit verkürzen und nicht Hunderte von Arbeitern auf die Straße werfen. In der Beziehung können wir ihnen das Beispiel der Metallindustriellen in Braunschweig empfehlen, die auf eine Vorstellung seitens des Metallarbeiter-Verbandes zu diesem Mittel gegriffen haben. Erst wenn und die Berliner Metallindustriellen durch die That beweisen, daß es ihnen ernst ist mit der Arbeiterfürsorge, dann können wir ihnen glauben, daß sie neben ihren eigenen Interessen auch die der Arbeiter berücksichtigen. So lange es aber auf ihrem Arbeitsnachweis schlimmer zugeht, wie im Asyl für Obdachlose, geben sie selbst die beste Einschätzung ihrer Absichten und Bestrebungen. Hier mögen sie zunächst bessernd vorgehen und ihre Arbeiter nicht mit ausgefuchter Bosheit behandeln.

Die Heilbronner Gewerbebank hat plötzlich den Konkurs anmelden müssen, da ein Pfandkäufer Gläubiger auf das Vermögen der Bank Arrest legen wollte. Damit dürfte eine außergerichtliche Abwicklung der Zahlungsschwierigkeiten sehr erschwert sein.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart ist durch die Konkurrenz, wie es in ihrem Verwaltungsbericht heißt, in die Lage gedrängt, ohne Gewinn ihren Geschäftsabschluß zu machen. Danach scheint der Verkauf des Journals „Die weiße Welt“ durch den Verlag Eckert nur eine Folge der Abwärtsbewegung des Unternehmens gewesen zu sein. Das einst sehr stolze Unternehmen muß vor seinem mächtigen Konkurrenten die Segel streichen. Nach dem Verwaltungsbericht erhöht sich insgesamt die schwebenden Schulden von 378 000 M. auf 718 000 M., davon sind 300 000 M. auf fünf Jahre

ausfindbar. Den Verbindlichkeiten stehen 268 700 M. meist langfristige Wechsel, sowie 624 200 M. Debitoren gegenüber.

Ein Rotanker. Die Hannoverische Straßenbahngesellschaft hat nach einer Mitteilung des „Berl. Tageblatt“ Direktor Fromm von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn zum zweiten Direktor engagiert. Es scheint, daß man den Sturm, der in der Generalversammlung am 19. Oktober ausbrechen dürfte, beschwören will, vor allem den bisherigen ersten Direktor, der nicht in gutem Ansehen steht, etwas aus der Schußlinie stellen möchte.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Aktiengesellschaft für Fabrication von Eisenbahn-Material zu Gdely hatte im Geschäftsjahr 1900/01 einen Reingewinn von 679 255 M., gegen 707 335 M. im Vorjahre. Dividende 16 Proz. — Die Warner Glanzgarnfabrik vormals Finu u. Hasenberg berichtet über einen Reingewinn von 34 548 M. (im Vorjahre 105 810 M.). Dividende 5 Proz. — Die Wänden-Gildesheimer Gummiwaren-Fabrik erzielte einen Reingewinn von 11 014 M. (im Vorjahre 9351 M.). Dividende 11 Proz. — Die Erdlitzwiger Aktien-Papierfabrik verzeichnet einen Bruttogewinn von 507 951 M. (im Vorjahre 824 718 M.). Dividende 18 Prozent. — Die Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft Berlin giebt ihren Reingewinn auf 2 602 559 M. an (im Vorjahre 2 883 029 M.), Dividende 10 Proz. — Das Gußstahlwerk Witten kann einen Reingewinn von 1 083 880 M. (im Vorjahre 1 584 162 M.) in Ansatz bringen. Dividende 12 Proz. (im Vorjahre 20 Proz.). — Helios Electricitätsgesellschaft in Schön schließt mit einem Reibetrag von 4 900 000 M. ab; die in enger Beziehung mit dem Unternehmen stehende Aktiengesellschaft für Electricitätsanlagen verzeichnet einen Reibetrag von 5 800 000 M. — Das Eisen- und Stahlwerk Gosch in Dortmund hatte einen Reingewinn von 1 640 771 M. (im Vorjahre 3 687 893 M.). Dividende 10 Proz. (im Vorjahre 16 Proz.). — Die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldsdorf gaben ihren Reingewinn auf 378 611 M. an (im Vorjahre 545 308 M.). Dividende 5 Proz. — Das Sächsische Gußstahlwerk in Döhlen berichtet über einen Reingewinn von 302 510 M. Dividende 6 1/2 Proz. — Die Chemnitzer Papierfabrik erzielte 149 719 M. Gewinn. Dividende 6 Proz. — Der Bochumer Gußstahlverein verzeichnet einen Reingewinn von 4 308 113 M. (im Vorjahre 4 586 682 M.). Dividende 13 1/2 Proz.

Staatshilfe beanspruchen ähnlich ihren deutschen Kollegen auch die österreichischen Industriellen, um über die Krise hinwegzukommen. Die Wiener Handelskammer wird auf Anregung aus ihrer Mitte durch ihren Präsidenten an die betreffenden Ministerien das Verlangen stellen, daß die zur Verfügung stehenden Summen für Bahnbauten in schnellerem Tempo zur Veranschlagung gelangen und die Industriellen von Reuonträgen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Dem hat sich die Kaufmannschaft angeschlossen, die in einer Eingabe an den Ministerpräsidenten ersucht, die Bantn und Bestellungen des Staates möglichst zu beschleunigen. Die Werkzeugmaschinenfabrik „Bulkan“, die in Wien und Budapest Fabriken besitzt, hat sich sowohl an die österreichische wie ungarische Regierung gewandt, um Aufträge zu erlangen. Das Unternehmen hat keine Arbeiterzahl von ungefähr 900 um ein Drittel einschränken müssen.

Milionen-Verluste. Das „Bureau Herald“ meldet: Wien, 12. Oktober. Der „Wien. Allg. Ztg.“ zufolge erleidet die böhmische Regierung bei der „Leipziger Bank“ einen Verlust von mehreren Millionen Gulden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Flugblattverbreitung wollen sich die Parteigenossen heute an folgenden Stellen zusammenfinden:

Zweiter Wahlkreis. Morgens 8 Uhr: Für den 4. Wahlbezirk bei Barthel, Wilkowitzstr. 59; für den 9. Wahlbezirk bei Wachseld, Amthofstr. 35; für den 10. Wahlbezirk bei Paghöf, Gräfstr. 31.

Dritter Wahlkreis. Morgens 7 1/2 Uhr: Knöflich, Birtenstraße 10, Wändner, Amiensstr. 19, Opiz, Elbasserstr. 58, Wasmann, Linienstr. 29.

Sechster Wahlkreis. Morgens 8 Uhr: Für Moabit (44. und 45. Bezirk) bei Johann Pfar, Rutiligstr. 10. Für die Rosenthaler Vorstadt (32. Bezirk) bei Rosin, Ruppinerstr. 42; 36. Bezirk bei Gustav Hermann, Putzmeisterstr. 45. Für Gesundbrunnen (48. Bezirk) bei Brinmann, Pringens-Allee 21. Für die Schönhäuser Vorstadt (34. und 35. Bezirk) bei Nied, Dantsigerstr. 98, sowie in allen bekannten Lokalen.

Folgende Beiträge zum Liebfuecht-Denkmal sind noch eingegangen: Von den Proletariern aus West-Afrika durch Weber 72,70. Zwei Holzmaler 1 M.

Schöneberg. Dienstag bei Obst Generalversammlung des Wahlvereins. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) — Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die Petitionskisten bis Montag an den Vorsitzenden Karl Wollermann, Gothenstr. 1, abgeliefert sein müssen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Der Wahlverein zu Johannisthal hält seine Generalversammlung am 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von Mertins ab. Tagesordnung: Vortrag, Bericht des Vorstandes. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises.

Lokales.

Auf, auf, zum fröhlichen Jagen!

Das Vergnügen der Hubertusjagd ist den Berliner Mähdgänger bekanntlich entzogen worden. Während früher die Sauhag im Grunewald das Privilegium zum spinnigen Rodan in sich schloß, hat man die Opferstätte des Jagdheiligen nunmehr irgendwo nach der Potsdamer Forest hin verlegt, viel zu weit von der Kulturwelt entfernt, als daß sie auf normale Weise erreichbar wäre. Doch dieser Mangel läßt sich ersehen, und es scheint, als ob der die Sauhag schmerzlich vermissende Berliner in diesen fröhlichen Herbsttagen durch die Hag auf die Straßenhändler einigermaßen entschädigt werden soll. Denn nachdem in der letzten Zeit das hiesige Organ der ehrenwerten Grundbesitzer die Händler als Peinbrüder und arbeitsfähiges Gefindel gebrauchmarkt hat, das wie die Pest, die unser Volk durchseucht, ausgerottet werden müsse bis auf den letzten Stumpf, läßt nunmehr der Polizeipräsident v. Windheim sein ammunterendes Hallali. Wer die gestern im Versammlungsbericht wiedergegebenen Grundzüge einer Windheim'schen Socialpolitik betrachtet, muß sich unwillkürlich fragen, ob denn die Tage der Demagogenverfolgungen oder des Socialistengesetzes in neuer verbesserter Auflage wieder-gelehrt sind. Es müßten täglich zehn Anzeigen von den Schuppleuten erplattet werden und jedes Strafmandat müsse auf dreißig Mark lauten, dann würde den Händlern schon die Puste ausgehen. Was aber die große Arbeitslosigkeit betreffe, so sei diese nicht vorhanden; die Maurer und Zimmerer, welche dem Straßenhandel frönen, müßten nur mauern und zimmern gehen. So sollen nach den übereinstimmenden Verichten der Wälder die Worte des Herrn v. Windheim gelautet haben. Nun ist ja von

einem Polizeipräsidenten, der in dem Stadthagen'schen Polizeiprozess erklärte, daß er sich nicht berufen fühle, die Akten der Stadtverordneten-Versammlung zu lesen, nicht gut zu verlangen, daß er sich um die Lage des Arbeitsmarktes kümmert; und so mag im Kopfe des Herrn v. Windheim trotz Bankenkrahs und unerhörter Arbeiterentlassungen die wirtschaftliche Lage als durchaus erträglich erscheinen. Um so eher, als das Einkommen des Polizeipräsidenten ja nicht die geringste Verminderung erfahren hat und dank der Beziehungen zwischen Polizei und Arbeiterschaft auch nicht gut anzunehmen ist, daß die zahlreichen Arbeitslosen sich an Herrn v. Windheim um Beschäftigung gewandt haben.

Aber wie die Dinge auch liegen mögen, so fragt es sich doch, ob ein Vorgehen, wie es der Polizeipräsident angedroht haben soll, mit den heutigen Kulturauffassungen zu vereinbaren ist. Bewiß, die Händler waren ja auch bisher nicht verwöhnt und mögen im großen ganzen sich der Meinung zuneigen, daß es schlimmer nicht gut werden kann. Auf jährlich etwa 20 000 Strafmandate war nach den Mitteilungen in einer Händlerversammlung schon vor etwa vier Jahren zu rechnen und manche Händler teilten damals mit, daß sie jährlich weit über 100 M. an Strafen zu zahlen hätten. Ja selbst einem Berliner Ansdichter, namens Göppert, war das Vorgehen einzelner Schuppleute zu stark; in einer Prozeß-verhandlung gegen einen Händler, die mit Freisprechung endete, rief er dem als Belastungszeugen auftretenden Polizeibeamten zu, er möge sich nicht einbilden, daß er das Recht habe, jemand das Handeln auf der Straße zu verbieten. Doch solche Drangsalierung war nur ein harmloses Geplänkel gegen die Jagd, die nunmehr eröffnet werden soll, wenn Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung im Zeichen der Selbstverwaltung nicht so wollen, wie der Polizeipräsident will, und Bedenken tragen, die Existenz zahlreicher Berliner Einwohner auf dem Wege einer Polizeiverordnung vernichten zu wollen.

Ja, leben wir denn in einer Zeit, wo es der Polizei möglich ist, mit ausgesprochener Absicht gegen eine ganze Berufs-kategorie den Vernichtungskrieg zu führen? Das ist denn doch ein so starkes Stück, daß das Parlament Ursache hätte, sich mit der Frage zu befassen, ob Gewerbe-Ordnung und Gewerbe-Freiheit völlig dem polizeilichen Gutdünken überantwortet sind.

Mag die Behörde der an sich offenbar falschen Meinung sein, daß nicht Militär-Aufzüge und Hoffestlichkeiten, sondern die Straßenhändler den Verkehr unterbinden. Gut. Dann Sorge sie dafür, daß die Regierungen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Aufhebung des Straßenhandels ausspricht und worin sich, wie seiner Zeit bei der Vorlage wegen Einführung des Rabatmonopols und in dem Gesetz, das die Aufhebung der Privatposten aussprach, die Entschädigungen für die ihres Gewerbes beraubten Staatsbürger festgesetzt finden. Aber die Straßenhändler durch systematische Bedrückungen, durch eine Art Gehgag zum Aufgeben ihres Berufes zu zwingen, das ist ein Unterfangen, welches von den gesetzgebenden Körperschaften unmöglich gut-gelassen werden kann.

Zur Birchow-Feier.

Die Adresse, die heute abend im Auftrage der Stadtverordneten von Berlin von einer Deputation unter Führung des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans dem 80jährigen Prof. Birchow überreicht werden soll, ist ein Kunstwerk des Ralligirten Karl Wendel. Ihr wesentlicher Inhalt lautet: Eine gar lange Reihe bilden die mannigfachen, wichtigen Fragen aus unrem weiten und inhaltreichen Kommunalleben, welche dank Ihrer gewaltigen Arbeitskraft, dank Ihrem umfangreichen Wissen zum Besten unres Gemeinweins gefördert, oder gelöst worden sind; sie haben alle ihre gebührende Stelle in der, durch die Berichte des Magistrats und die Verhandlungen unrer Versammlung wohl verbürgten Geschichte der Stadt Berlin. In dieser Geschichte stehen in erster Reihe die monumentalen Werke, welche während der letzten drei Jahrzehnte von der Stadt Berlin geschaffen worden sind für die Wohnlichkeit und die Gesundheit der Stadt, sowie zur Hilfe, Rettung und Heilung der Kranken. Es sei, wertestee Kollege, dankbar und wahrheitsgemäß bekrundet, daß Ihr Wissen und Ihr Können, vereint mit wissenschaftlicher Ueberzeugung, Ihren vollen Anteil daran haben, daß jene monumentalen Werke als mustergültige vollendet sind. Sie haben einst, in jugendlichen Jahren, dem Gedanken die Bahn brechen helfen, daß die medizinische Wissenschaft eine sociale Wissenschaft ist und sein soll. — Ihre Gemeinschaft mit der Stadt Berlin hat Ihnen geholfen, diesen Gedanken zu verwirklichen — und zur rechten Zeit, bei der rechten Gelegenheit, ist es von der kompetenten Stelle bekrundet worden, daß Sie Ihre Forschungen zum Heil und Nutzen der Menschen verwendet haben. Verehrter Kollege! Preisen Sie mit uns Ihre Gemeinschaft mit der Stadt Berlin und Ihrer Vertretung als eine glückliche Fügung. Mögen Sie — das ist heute unser Wunsch und unsere Hoffnung, noch manches Jahr in Gesundheit und Kraft der Unruhe bleiben. Stadtverordnete zu Berlin. Langerhans.

Vom Milchrieg. Den armen „Milchbauern“, die sich durch die Verprechungen ihres Führers Oberamtmann Ring haben verleiten lassen, der Milchzentrale beizutreten, soll gar nicht mehr wohl zu Rute sein. Sie sangen an zu merken, daß sie mit dieser famosen Milchzentrale doch wohl hineingefallen sind. Am Freitag haben, wie eine Korrespondenz mitteilt, die „Milchbauern“ sich eingefunden, um die erste Rate für die Milchlieferungen vom 1. bis 10. Oktober in Empfang zu nehmen. Die Centrale soll jedoch nicht allen Anforderungen gerecht geworden sein, weil sie nicht über genügend flüssiges Geld verfügte. Der „eigentliche Krieg“ sollte, wenn es in einem Flugblatt der Centrale hieß, erst dann beginnen, wenn bis zum 10. Oktober nicht drei Viertel aller Milch verpacket wären; bis dahin wollten die „Milchbauern“ noch „mit Bewehr bei Fuß“ stehen. Der 10. Oktober ist vorbei. Warum hört man von jener Drohung nichts mehr? Wahrscheinlich wird der Beginn des „eigentlichen Krieges“ der sein, daß die gesamte „Milchbauernschaft“ die Flinte ins Korn wirft und Reißaus nimmt.

Inzwischen fährt die Milchzentrale fort, durch Vermittlung der „Deutschen Tageszeitung“ ihre paar Verkaufsstellen anzupreisen und um die Kundschaft der Berliner Hausfrauen zu dritteln. Das letztere thut sie jetzt allerdings mit der Einschränkung, daß sie sich nur noch an den „Bürger- und Handwerkerstand“ wendet. Daß sie von der Arbeiterbevölkerung nichts zu erwarten hat, dürfte ihr allmählich klar geworden sein. Wir denken übrigens, daß man auch in bürgerlichen Kreisen gewiß genug sein wird, um auf die Lodungen der preissteigerungslustigen „Milchbauern“ nicht hineinzufallen.

Die Milchhändler sind gekost und erwarten den Sieg. Sie dürfen auf einen solchen freilich nur dann mit Sicherheit rechnen, wenn die Berliner Bevölkerung — in richtiger Erkenntnis ihres eignen Interesses — fest bleibt und nur ringfreie Milch kauft.

Die Behandlung, welche die Regierung den städtischen Behörden zur Zeit angedeihen läßt, wird auch durch folgenden Fall gekennzeichnet: Die Einführung von Schupplewagen an den elektrischen Straßenbahnwagen hat zu einem Schriftwechsel zwischen der Verkehrsdeputation und dem Polizeipräsidenten geführt. Der Polizeipräsident hat darauf mitgeteilt, daß auf Ver-

anlassung des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Innern schon Besprechungen stattgefunden haben und einige Schutzvorrichtungen beschafft und erprobt worden wären. Die Verhandlungen seien noch nicht zu Ende geführt, ein Eingreifen der städtischen Behörden würde aber bei dem Stande der Verhandlungen die Sache nicht wesentlich fördern, vielmehr vielleicht nur Verzögerungen herbeiführen. Anfangs Mai ging dann beim Magistrat die Nachricht ein, daß die Straßenbahn 50 Wagen mit neuen Schutzvorrichtungen versehen würde. Seitdem sind weitere Mitteilungen nicht erfolgt.

Wozu auch? Wenn die Konzessionsverlängerung bis 1949 eine Sache ist, die über den Kopf der städtischen Behörden hinweg vorgenommen wird, warum nicht auch die Angelegenheit der Schutzvorrichtungen?

Eine Hausdurchsuchung fand gestern mittag in den Räumen der „Staatsb.“ statt. Fünf Beamte durchsuchten die Redaktionsräume nach einem Manuskript in der Umfrage über die jüdischen Blutmorde, ohne es zu finden.

In der Angelegenheit der Märchenbrunnen, die im Friedrichshain aufgestellt werden sollen, sind der Stadtverordneten-Versammlung die zwischen dem Magistrat und Polizeipräsidentium gewechselten Schriftstücke sowie die Beschlüsse der Kunstdeputation zur Kenntnisnahme zugegangen. Diese Angelegenheit wird voraussichtlich die nächste Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. Der Schriftwechsel umfaßt nicht weniger als 14 Piecen.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung in einer Vorlage um ihre Zustimmung zur sofortigen Errichtung einer neuen Klasse in der städtischen Laubstummen- und Bewilligung der Mittel für die Ueberweisung der erforderlichen Lehrkraft. Zur Zeit bestehen an der städtischen Laubstummen- und Bewilligung 14 Klassen mit 161 Schülern. Da jede Klasse nur 17 Schüler (durchschnittlich) besuchen sollen, so hat sich das Bedürfnis nach einer neuen Artikulationsklasse ergeben.

Das Glend der Bankbeamten. Vor einigen Tagen wurde, wie wir mitteilen, ein früherer Beamter der Dresdener Bank zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er, um Unterkommen und Nahrung zu erhalten, ein Schaufenster zertrümmert hatte. Wie furchtbar die gegenwärtige Krisis auf die Lage der Bankangestellten einwirkt, erhellt weiter daraus, daß die Rationalbank gestern etwa sechzig ihrer Beamten zum 31. Dezember d. J. kündigt hat. Es ist natürlich unter den heutigen Umständen gar nicht daran zu denken, daß die Betroffenen eine Stellung wieder erhalten.

Theodor Müller, der langjährige Präsident des deutschen Gastwirte-Verbandes, ist gestern nach einem Unfall im Alter von 63 Jahren gestorben. Müller, welcher 30 Jahre durch die bekannten akademischen Bierhallen in der Dorotheenstrasse hinter dem Kastanienwäldchen leitete, hatte sich erst vor 2 Jahren zur Ruhe gesetzt.

Den ersten Reiz in diesem Herbst brachte uns die Nacht vom Freitag zum Sonnabend. Er war ziemlich kalt. In der Stadt, wo es immer 1 1/2 bis 2 Grad wärmer ist, merkte man den erheblichen Rückgang der Temperatur weniger, draußen aber zeigte das Thermometer am Sonnabendmorgen noch 1 Grad unter Null.

Eine überraschende Wendung ist in der Schöneberger Mordangelegenheit eingetreten. Die Ärzte, die gestern abend die bis 7 1/2 Uhr dauernde Öffnung der Leiche vornahm, gelangten zu der Ansicht, daß die Halskante wahrscheinlich nicht von einem Messer, sondern von Glasscherben herrührt, daß also Gabriel nicht ermordet, sondern durch einen Sturz in irgend ein zerbrochenes Glas verunglückt sei. Hier mütete dann ein ganz merkwürdiger Zufall gepiekt haben. Ob diese Ansicht sich aufrecht erhalten läßt, kann man nach dem kurzen Bericht, den die Ärzte nach beendeter Leichenöffnung in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Dr. Richter und des Kriminalkommissars Ruds erstatteten, nicht beurteilen. Das Gericht wird daher von den Ärzten einen ausführlichen Bericht über den Befund einfordern und die Kriminalpolizei wird ihre Nachforschungen fortsetzen. Der Schandwirt Jung und der Wächter Reibel wurden jedoch unter den obwaltenden Umständen aus der Untersuchungshaft wieder entlassen. Heute bleibt schon wegen seiner Willkürberei in Haft. Neue Verdachts-umstände und Anhaltspunkte hat die abermalige Absuchung des Laubengeländes nicht gebracht.

Das Polizeipräsidentium teilt folgendes mit: Am 1. Oktober dieses Jahres, nachmittags 8 1/2 Uhr, wurde auf dem Privatwege nach dem Zellengefängnis, etwa 3 Schritte von der Invalidenstrasse, gegenüber dem Lehrter Stadthof, ein ca. 10 bis 14 Tage altes Kind männlichen Geschlechts in einem popparton verpackt, aufgefunden. Das Kind war mit einem rotzartierten Päckchen und rotem Halstuch bekleidet und lag in weißen Bindeln, rotzartiertem Deckbett auf mehreren grauen Unterlagen. Sämtliche Stücke waren ohne Zeichen. Auf dem Kartondeckel befanden sich die mit Linde geschriebenen Buchstaben D. M., darunter das Datum 22. 9. 01. Möglicherweise sollen dies die Anfangsbuchstaben des Vornamens und die des Geburtsortes des Kindes sein. — Personen, welche zur Sache Angaben machen können, werden gebeten, dies schriftlich zu Nr. 6056 IV/27 01 oder mündlich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidentium, Zimmer 324 zu thun.

Mit knapper Not vom Feuerode gerettet wurde Sonnabendmorgen in der Großen Frankfurterstr. 55 die 79jährige blinde Frau Kallbrenner, die bei dem Sattler Kossow in Pflege ist. Kossow bewohnt seit 27 Jahren in jenem Hause eine Dachwohnung und ist tagsüber in einer Militäreskorten-Werkstatt beschäftigt, während seine Frau Nachtwache in einer Markthalle verrichtet. Der Zugang zur Wohnung geht von der Treppe aus durch die Küche. In dieser war das Feuer aus nicht ermittelter Ursache ausgebrochen und hatte bald eine starke Verqualmung herbeigeführt. Frau Kossow, die sich erhubet im Zimmer niedergelassen hatte und eingeschlafen war, wurde durch die bettlägerige Blinde wachgerufen. Sie rief die Küchentür auf und sah sich nun einem Flammenmeer gegenüber, das den Ausgang versperrte. In ihrer Angst achtete sie der Brandwunden nicht, die sie sich durch Stichflammen zuzog, sondern machte Feuerlärm. Gleichzeitig aber ergriff sie die blinde Greisin, stieß eine Notröhre auf, die nach einem zweiten sehr engen Korridor führt und machte die auf demselben wohnenden zahlreichen kleinen Mieter mobil. Mittlerweile hatte das Feuer die Moskowische Wohnung übersprungen. Die herbeigerufene Feuerwehr verzweifelte sich zunächst, daß alle Personen in Sicherheit waren und drang dann über mechanische Leitern vor. Außer der Moskowischen Küche und Wohnung wurde noch ein großer Teil des Dachfußes eingeschert.

Ermordung eines Berliners in der Fremde. Aus Londern in Schleswig-Holstein wird gemeldet: Vorgestern morgen pflogte ein Anrecht in der Nähe der Chauffee Londern-Hoyer, etwa zwei Kilometer westlich von Stollbro. Plötzlich hörte er zwei Schüsse fallen und gewahrte, daß auf der Chauffee ein Mann um einen andern, der zu taumeln schien, beschäftigt war. Als der Anrecht hinzulief, ergriff ein Mann, der die Leiche des Erschossenen in den Chauffeegebenden schleppen wollte, die Flucht. Der Anrecht alarmierte sofort die in der Nähe Wohnenden, die den Verbrecher verfolgten und festnahmen. Er wurde in das Amtsgerichtsgefängnis zu Londern abgeführt. Eine Gerichtskommission unter Leitung des Amtsgerichtsrats Dr. Brodtschmidt nahm nachmittags an Ort und Stelle den Totbestand auf. Der Ermordete ist durch zwei Revolverkugeln in den Rücken getötet worden. Es ist der Schneidergeselle Obermeyer aus Berlin, der mehrere Monate lang (bis zum 5. Oktober) in Ballum gearbeitet und sich dann auf die Wanderschaft begeben hatte.

Durch das leidige Abspringen von der Elektrischen ist gestern wieder ein größeres Unglück geschehen. Der Klempner Schmelzpfennig sprang an der Ecke der Münz- und Schönhauserstraße von

dem Motorwagen ab, fiel und kam so unglücklich unter dem Anhängewagen zu liegen, daß ihm beide Beine abgefahren wurden. Ein Schuttmann brachte den Unglücklichen nach dem katholischen Krankenhaus in der Hamburgerstraße.

Stillschleppverbrechen. Gestern nachmittag wurde ein jüngerer Mann auf dem Egerzerrplatz an der Bernauerstraße beobachtet, wie er mit Mädchen im Alter von 8—10 Jahren unsittliche Handlungen beging. Der Burjache wurde verfolgt und einem Schuttmann übergeben.

Unverträgliche Schmerzen und Verzweiflung über seine trostlose Lage haben den 46 Jahre alten Maler Ewald Juder aus der Dresdenerstr. 82/83 in den Tod getrieben. Der Mann litt seit vier Jahren an Rheumatismus und hatte im Februar d. J. das Unglück, von der Leiter zu fallen und sich das rechte Handgelenk zu brechen. 14 Wochen lag er im Krankenhaus. In der vergangenen Nacht erhängte er sich in der Schlafstube, die er mit einem Arbeitsgenossen teilte.

Zeugen gesucht. In einer Sache, worin jemand zu ungemein harter Gefängnisstrafe verurteilt ist, wird der Herr, der am 11. Dezember vorigen Jahres morgens zwischen 8 und 9 Uhr im Geschäft Großschäferstr. 27 einen Blumentopf kaufte, dringend gebeten, seine Adresse im Blumengeschäft abzugeben. Die gleiche Bitte ergeht an den Gärtner, der dort einen Korb mit Alpenveilchen verkaufte. Auslagen werden vergütet.

Das neue Zibisland des Zoologischen Gartens ist jetzt vollständig besetzt. In den hübschen Flugkäfigen tummeln sich manderlei exotische Gänse aus der Vogelwelt. Hier haben auch die seltensten Enten und Gänse aus dem Norden und Süden sehr zweckmäßige Räume erhalten, die ihnen die Gefangenschaft möglichst leicht erträglich machen und doch den Besuchern die beste Gelegenheit zur Beobachtung der merkwürdigen Vögel gewähren. Soeben sind einige Gänsearten der südlichen Halbkugel eingetroffen, ein paar Graupfingergänse und je ein Exemplar der Kalkkopfgans, der Magellangans und der Spaltfußgans, so daß diese Formen jetzt sämtlich in vollen Paaren vertreten sind. Die ersten drei Arten sind im südlichsten Südamerika und auf den Falklandinseln zu Hause; die letzte ist australischen Ursprungs. Die Graupfingergans ist leicht durch ihren grauen Kopf, die schwarz und weiß gebänderten Körperseiten und den roten Kropf zu erkennen; die Kalkkopfgans durch den roten Kropf und Hals und durch den gelbbraunen, schwarz getupelten Körper. Bei der Magellangans ist das Männchen weiß mit schwarz gebänderten Körperseiten und Hals, das Weibchen dagegen rostbraun mit schwarz gebändertem Kropf. Die Spaltfußgans hat ein nachtes Gesicht, sehr schmale, wenig hervortretende Schwimmbälte, schwarzen Kropf mit weißen Schultern und weißem Unterkörper. Sie lebt vorwiegend auf Bäumen.

Freie Volkshöhe. Die nächste Generalversammlung findet in der Luisenstädtischen Ressource, Kommandantenstr. 57, statt am Donnerstag, den 24. Oktober, 8 Uhr (Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte). Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Martin Jidel, Regisseur am Residenz-Theater: Ueber Regie und Schauspiel, Rollen- und Revisionsbericht, Diskussion und Beschlüsse. — Die dritte Serie der Vorstellungen beginnt für die erste Abteilung am Sonntag, den 20. Oktober 1901, im Carl Weich-Theater mit Gerhard Hauptmanns: „Das Friedensfest“, in Szene gesetzt vom Oberregisseur Alfred Halm vom Berliner Theater. Der Vorstand: J. A.: G. Winkler.

Im Verein für völkertümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Dienstag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, als erster Herr Professor Dr. Martin Wendelsohn seinen Vortragskursus über „Die Krankenpflege, ihre Hilfsmittel und ihr Geistesleben“ im Hörsaal Nr. 7 (nicht in Nr. 1, wie im Programm angegeben) der königlichen landwirtschaftlichen Hochschule, N. Invalidenstrasse 42. Die Eintrittskarten zu diesem Kursus sind bereits vergriffen.

Feuernachrichten. Während vom Montag bis Freitag Berlin fast feuerfrei war, brachte die Nacht zum Sonnabend mehrere Brände, darunter auch zwei größere. Sonnabend früh 2 Uhr kam Nitterstraße 62 in der Berliner Metallwarenfabrik (Kriegsgesellschaft) jedenfalls durch Selbstzündung von Säuren Feuer aus, das glücklicherweise rechtzeitig bemerkt wurde, so daß es nach längerem Wassergeben der Feuerwehr gelang, die Flammen auf zwei Arbeitssäle des zweiten Stockes zu beschränken. Eine Betriebsstörung tritt dabei auch nicht ein. Vorher erfolgte Stralauerstraße 4 ein Kellerbrand, der die Wehr fast zwei Stunden beschäftigte und Regale, Bretter und Kohlen einscherte. — Straußbergerstraße 39 brannten Betten und Möbel, ebenso Kossowstraße 15, während Prenzlauer Allee 88 Stroh in einem Pferdegestall in Flammen aufging.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Wie unsern Lesern erinnerlich sein dürfte, hatten sich zu Beginn der Vorbereitungen zu den hiesigen Stadtverordneten-Wahlen, zu deren Agitation unter Geossen zuerst auf dem Plan erschienen, einige bürgerliche Vereine zusammenschlossen, um durch Vereinigung ihrer Kräfte und durch Aufstellung gemeinsamer Kandidaten die Interessen speziell der dritten Wählerklasse zu vertreten. Es hatten sich wohl im ganzen gegen 15 solcher Vereine zusammengeschlossen, unter denen der Verein Schöneberger Wohnungsmieter und der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein der Zahl ihrer Anhänger nach die größten zu sein schienen und die dem auch die führende Rolle in dem Einigungsprozess übernehmen mußten. Die ganze Sache scheint jedoch jetzt einen Stich bekommen zu haben, von dem der Haus- und Grundbesitzer-Verein, wie er selbst zugibt, bereits „eine Vorabgabe“ hatte. Der Mieterverein hatte nämlich auf eigene Faust Kandidaten aufzustellen beabsichtigt, er scheint aber nicht zu wissen, daß er sich dieses Rechts durch Aufgeben seiner Selbstständigkeit beraubt hat. Bis die feindlichen Brüder sich wieder geeinigt haben, dürfte vielleicht manchem ihrer Anhänger ein Licht aufgehen.

Unsre Parteigenossen werden daraus ersehen, wie es um die Einigkeit unter Feinde bestellt ist, zugleich aber auch eingedenk sein, daß der Verlaß auf die eigene Kraft die sicherste Gewähr für einen guten Erfolg bietet und daß eine rührige Agitation als bisher durchaus erforderlich ist.

Vom Schöneberger Arbeitsnachweis. Nach einer Uebersicht über die Stellenvermittlung im Monat September waren vorhanden: Offene Stellen: für männliche Arbeitskräfte 27, für weibliche 262, zusammen 289 (im August zusammen 168); Arbeitsuchende waren gemeldet: 51 männliche, 208 weibliche, zusammen 259 (im August zusammen 192); besetzte Stellen: 23 männliche, 150 weibliche, zusammen 173 (im Monat August zusammen 103). Die Nachweisung von Arbeit und Stellen im städtischen Arbeitsnachweis erfolgt kostenlos.

Aus Lichtenberg wird uns berichtet: Die Haftpflichtversicherung der Lehrer auf ein Jahr durch die Gemeinde zu übernehmen, ist von der Gemeindevertretung beschlossen worden. Dabei wurde angeregt, die Frage, ob es nicht Sache des Staates sei, hier einzutreten, zum Austrag zu bringen. — Mitgeteilt wurde ferner, daß die neu gewählte Schulkommission, aus der die Socialdemokraten ferngehalten wurden, bestätigt ist. Es ist bekanntlich ein Grundprinzip modern-preussischer Staatsraison, socialdemokratische Gemeindevertreter aus einer Körperschaft fernzuhalten, wo sie am segensreichsten wirken könnten.

Unserzeitliche Theatervorstellungen bringt der Magistrat von Charlottenburg zur Einführung. In dem Stadthaus sind Mittel bereitgestellt, wodurch im Laufe des Winters den obersten Klassen der Gemeindeglieder der unentgeltliche einmalige Besuch des Schiller-Theaters in Berlin ermöglicht wird. Die Schulbehörde bringt diesen Plan jetzt zur Ausführung. Als Besuchstage sind, wie die „Neue Zeit“ erzählt, der 13. und der 18. November in Aussicht genommen. Als erstes Stück hat man Schillers Wilhelm Tell gewählt. Und Berlin?

Vom Grundbesitzwechsel in Charlottenburg. Nach der neuesten Aufnahme betrug die Häufigkeit der Verkäufe, Zwangsversteigerungen und Tauschverträge zusammen bei den bebauten Grundstücken im Jahre 1900: 291, im Jahre 1899: 302, 1898: 243, bei den unbebauten Grundstücken 135 bzw. 230 bzw. 166. Die Zwangsversteigerungen der bebauten Grundstücke sind seit 1896 beständig gesunken, und zwar von 120 auf 21 im Jahre 1900. Der gesamte Umsatz belief sich im Jahre 1900 auf 80 1/2 Millionen Mark gegen 99 1/2 Millionen im Jahre vorher und 84 Millionen im Jahre 1898. Hierbei waren die bebauten Grundstücke mit 62 bzw. 64 bzw. 51 Millionen Mark vertreten. Außerordentlich ausgedehnt waren die Verkäufe bei den unbebauten Grundstücken im Jahre 1899; es wurden über 1 Million Quadratmeter verkauft gegen 68 000 im Jahre vorher und 421 000 im Jahre nachher. Von den bebauten Grundstücken veränderte sich nicht der zehnte Teil den Besitzer. Die Kaufpreise beliefen sich bei den bebauten Grundstücken auf 231 M. pro Quadratmeter gegen 163, 136, 125, 184 und 142 M. gegenüber den Vorjahren bis 1895 rückwärts, bei den unbebauten auf 41 M. gegen 29, 64, 58, 87 und 42 M. Der Kaufpreis war in der Regel höher als der veranschlagte gemeine Wert. Der höchste Preis wurde 1900 bei den Verkäufen erzielt im Osten (XXI. Bezirk) mit 524 M., der niedrigste in Westend mit 68 M. pro Quadratmeter.

Vom städtischen Arbeitsnachweis in Nizdorf verlangten im Monat September 135 Arbeitgeber 177 Personen zur Beschäftigung, und zwar: 44 Handwerker, 7 Fabrikarbeiter, 70 ungelernete Arbeiter, 18 Dienstmädchen, 23 Fabrikarbeiterinnen, 6 ungelernete Arbeiterinnen und 9 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Beschäftigung suchten dagegen insgesamt 318 Personen, von welchen jedoch nur 151 Arbeit nachgewiesen erhielten. Es betraf dies: 42 Handwerker, 7 Fabrikarbeiter, 70 ungelernete Arbeiter, 6 Dienstmädchen, 15 Fabrikarbeiterinnen, 6 ungelernete Arbeiterinnen und 5 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. — Die Arbeitslosigkeit steigt leider auch hier von Tag zu Tag!

Ein großes Streiflicht auf das Treiben gewisser Grundstücks-Spekulanten wirft ein Vorgang, der sich in Spandau zugetragen hat. Der Kaufmann Leopold Glaser in Breslau kaufte vor einiger Zeit die Abbederei in Spandau, zu der an 40 Morgen unbebautes Terrain gehören, für 400 000 M. Der bisherige Besitzer hatte sie vor zehn Jahren für 68 000 M. erstanden. Glaser leistete keine Anzahlung, aber er belastete die Forderung mit Hypotheken bis zur Gesamthöhe von 1 1/4 Millionen Mark, die angeblich Gläubiger waren eine sächsische Bank und Privatleute. Der neue Eigentümer Glaser, der die Abbederei durch den Vorbesitzer verwalten ließ, zahlte weder Steuern noch Zinsen, er war überhaupt nicht auffindbar. Auf Antrag eines Hypothekengläubigers wurde das Abbedereigentum durch die Substation gestellt. Zu dem gefolgten Versteigerungstermin war von den neu eingetragenen Hypothekengläubigern, die nach der grundbuchlichen Eintragung ungefähr 1 200 000 M. zu fordern hatten, nicht ein einziger erschienen; auch Leopold Glaser war abwesend. Der frühere Besitzer mußte, um sein Eigentum zu retten, es wieder erlösen; er bot 68 000 M. und erhielt den Zuschlag, weil ein höheres Gebot nicht abgegeben wurde. Unangeführt ist dabei, auf welche Art Leopold Glaser, übrigens ein sehr „bekannter“ Terrainspekulant, die Hypothekeneintragungen von 1 200 000 M. zu stande gebracht hat.

Kunst und Wissenschaft.

Eine industrielle Umwälzung? Man schreibt uns: In Manches werden in diesen Tagen in Gegenwart einer Reihe von europäischen und amerikanischen Gelehrten, Finanzmännern und Technikern Experimente veranstaltet, die auf nichts mehr und nichts weniger als eine radikale industrielle Umwälzung abzielen. Der frühere Gelehrte Professor Raoul Pictet, in der ganzen Welt bekannt durch seine Versuche zur Verflüssigung von Gasen, besonders auch der atmosphärischen Luft, führt ein neues Verfahren zur Verflüssigung des Sauerstoffs vor. Schon im Juni dieses Jahres hielt er zu Paris im Vereine der französischen Civilingenieure einen Vortrag über die industrielle Verwendung des Sauerstoffs, der auch in den Annalen jener Gesellschaft erschienen ist, aber in weiteren Kreisen nicht die Aufmerksamkeit erregt hat, die ihm gebührt. In seinem Vortrage ging Pictet von dem Satze aus, alle bisherigen Versuche, den Sauerstoff der atmosphärischen Luft zu verflüssigen, seien deshalb für die Industrie belanglos gewesen, weil das Verfahren ungemünz teuer war. Es genüge nicht, gelegentlich im Laboratorium flüssigen Sauerstoff in kleinen Mengen herzustellen, sondern man müsse ein technisch leicht ausführbares und vor allem infolge seiner Billigkeit rentables Verfahren erfinden. Ein solches hat nun Pictet erfunden. Mit ihm gelingt es, den Sauerstoff dem ungeheuren Luftreservoir unserer Erde sozusagen automatisch und mit geringen Kosten zu entnehmen. Eine Beschreibung des Verfahrens, die in den Mémoires de la société des Ingénieurs civils de la France, Paris, 19 Ras Blanche (bulletin de juin 1901) enthalten ist, würde hier zu weit führen.

Dagegen müssen wir mit einigen Worten auf die Folgen eingehen, die Pictet seiner Erfindung prophezeit. Er erwartet eine erhebliche Umgestaltung der Metallindustrie und zwar sowohl der Metallbereitung, wie der Metallbearbeitung, sodann wichtige Veränderungen in der Chemie, dem Beleuchtungsweisen und der Hygiene. „Jede Stadt“, so meint er, „wird in wenigen Jahren ihre Sauerstofffabrik haben, die zweifellos bedeutender sein wird, als die jetzigen Gasfabriken.“ Vor allen Dingen würde der Verbrauch an Kohlen ganz erheblich sinken. Die Bedeutung einer solchen Thatfache braucht man in der That nicht lang und breit zu erläutern.

Die Versuchsfabrik im Etablissement Gallows zu Manchester soll nach den Berechnungen Pictets täglich 5000 Kubikmeter flüssigen Sauerstoff liefern. In kurzer Frist schon wird der Telegraph darüber berichten, ob wir wieder an der Schwelle einer gewaltigen industriellen Umwälzung stehen, oder ob für diesmal die Versuche mißlungen sind. —

Vermisches.

Ein Auffehen erregender Prozeß gegen sogenannte Engländerinnen fand letzter Tage in Kristiania statt. Geradezu schauerhafte Verbrechen wurden hierbei aufgedeckt. Die eine der Angeklagten hatte allein, so weit man es feststellen konnte, 19 Kinder in Pflege gehabt, von denen 16 gestorben waren. Das Gericht konnte aber nur in fünf Fällen auf gewaltsame Tötung erkennen. Der zweiten Angeklagten wurde nachgewiesen, daß sie mindestens 14 Kinder schlecht versorgt und mißhandelt hatte; sie wurde in drei Fällen des Mordes schuldig gesprochen. Diese beiden „Pflegemütter“ wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Wenn von der Todesstrafe Abstand genommen wurde, so liegt das u. a. daran, daß gegenwärtig in Norwegen ein Gesetz in Beschaffung der Todesstrafe vorbereitet wird. Drei weitere Angeklagte wurden wegen Mißhandlung und Betrugereien zu geringeren Strafen verurteilt. Eine Angeklagte, die auch noch des Mordes für schuldig befunden wurde, ist inzwischen gestorben.

Witterungsübersicht vom 12. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C
Swinebunde	767	SW	2	heiter	7	Daparo	765	SW	—	heiter	5
Hamburg	767	—	—	2 Nebel	9	Berzberg	770	—	—	heiter	3
Berlin	767	—	—	1 wolkenl.	7	Fort	765	—	—	Regen	12
Frankf./M.	766	—	—	2 bis 3 bed.	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
Wien	766	—	—	2 heiter	1	Paris	765	—	—	2 wolkenl.	4
Wien	762	—	—	2 bedeckt	8						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 13. Oktober 1901. Nachts kalt und neblig, am Tage ziemlich heiter, trocken und mild bei schwachen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 11. Oktober 1901

Weizen, gut		D. 4/7		Rottweizen, neue, D. 4/7	
170	120	170	120	170	120
140	120	140	120	140	120
160	130	160	130	160	130
180	130	180	130	180	130
160	130	160	130	160	130
280	230	280	230	280	230
500	240	500	240	500	240
220	120	220	120	220	120
250	120	250	120	250	120
260	120	260	120	260	120
2	120	2	120	2	120
180	080	180	080	180	080
260	120	260	120	260	120
140	080	140	080	140	080
16	3	16	3	16	3

Produktenmarkt vom 12. Oktober. Getreide. Der Verkehr an der heutigen Getreidemarkt war sehr still. Die noch gestern vorhandene Provinzfrage für effektive Ware hatte ganz aufgehört und auch die Umsätze im Lieferungshandel ließen infolge dessen nach. Trotzdem blieb die Tendenz seit auf höhere Preisbewegungen aus Österreich-Ungarn und Amerika. Weizen und Roggen wurden durchschnittlich 1/2 M. besser bezahlt. Weiterer Artikel war aus Ausland in einigen Posten offeriert. Dagegen waren die Wasser- und Bahnschiffe in beiden Bezugsarten sehr klein. — Weizen notierte wie gestern. Am Futtermarkt war Hafer still, eher schwächer. — Mais beugte. — Rüböl war schwach auf weitere Reaktionen. — Am Spiritusmarkt gab der Vocopreis 50 Pf. weiter nach, 70er wurde mit 38,20 M. gehandelt.

Zahlreicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 12. Oktober 1901. Amtlicher Bericht der Direktion zum Verkauf: 4997 Rinder, 1492 Rinder, 12 876 Schafe, 8817 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfennigen): Ochsen: a) vollfleischige, angemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 64—68, b) junge fleischige, nicht angemästete und ältere angemästete 57—62, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 53—55; d) gering genährte jeden Alters 48—50. — Kühe: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 61—64, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 54—59, c) gering genährte 48—52. — Färsen und Röhre: a) vollfleischige, angemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 60—60, b) vollfleischige, angemästete Röhre höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 54—55, c) ältere angemästete Röhre und wenig gut entwickelte jüngere Röhre und Färsen 52—53, d) mäßig genährte Röhre und Färsen 47—51, e) gering genährte Röhre und Färsen 42—45. — Rinder: a) feinste Marktälter (Bodenschlamm) und beste Sauglinder 71—73, b) mittlere Marktälter und gute Sauglinder 66—69, c) geringe Marktälter 60—64, d) ältere, gering genährte (Kreiser) 38—43. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 67—70, b) ältere Mastschaf 58—64, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeuge) 50—56, d) Hühner (Niederungs- schafe (Lebendgewicht) 24—32. — Schweine: a) vollfleischige, der feinsten Klassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220—280 Pfund schwer, 63; b) schwere, 200 Pfund und darüber (Kaiser) 65; c) fleischige 60—62; d) gering entwickelte 57—59; e) Samen 60—60. — Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab und hinterläßt etwas Ueberstand. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Geschäftsgang in guter Ware glatt, sonst schleppend; es bleibt Ueberstand. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt; es wurden nur einzelne Posten zu Preisen circa 1 M. über Notiz gehandelt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.
Wette. Wir sind nicht zur Entscheidung da. Es sind Abbildungen des ersten Königs von Preußen und Wilhelm II.
Wette in Westpreußen. Wer von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats, Mordverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeinschaftlichen Verbrechens (z. B. vorläufiger Brandstiftung, Ueberschwemmung, Gefährdung eines Eisenbahnzuges) zu einer Zeit, in

welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person rechtzeitig Anzeige zu machen, ist mit Strafe bedroht. Darüber hinaus besteht eine Anzeigepflicht nicht. — **S. 2.** Des Morgens von 7 bis 9 Uhr Blumenhof 7. — **S. 3.** 10. Rein. Der mündliche Mietvertrag ist gültig. Ist über die Kündigungsdfrist nichts vereinbart, so ist bei wöchentlicher Mietzahlung spätestens am ersten Werktag zum Schluss der Woche, bei monatlicher Mietzahlung spätestens am Fünftzehnten zum Ersten, bei vierteljährlicher Mietzahlung spätestens am Dritten des Quartals zum Quartalschluss zu kündigen. — **M. 8.** 97. Rein. — **S. 11.** Bergstraße. 1. Rein. 2. Geschichte des Sozialismus, erschienen bei Drey. — **Sempre avanti.** 1. Die Kasse ist zur Gewährung der Ratenleistungen an Sie verpflichtet. Sie müssen die Kasse zunächst bei der Aufsichtsbekörde und falls diese zu Ihren Ungunsten entscheidet, beim Amtsgericht auf Gewährung der Leistungen verklagen. 2. Ihnen steht sechswochenfristige Kündigung zum Quartalschluss zu. Die Kasse wäre beim Amtsgericht anzuhängen und erscheint nicht aussichtslos. — **W. 100.** Ihr Sohn möchte sich an die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige, Berlin, Heidestraße 1, wenden. — **W. 11.** Unter den Linden. Rein. — **S. 1.** Ja. — **S. 1.** Rein. Hat der Wirt die Miete am Ersten nicht angenommen, so ist er verpflichtet, dieselbe sich abzuholen. 2. Sie können auf Befreiung des Miethandes gegen den Wirt klagen. — **Steglit.** 1. Sie hätten die Benutzung des Gegners zur Ertragung der Kosten beantragen können und können nachträglich zur wöchentlichen Verhandlung laden. 2. Amtsgericht II, Hallesches Ufer 29—31. 3. Die Befreiung braucht sich nicht auf einen Tag zu beschränken. — **S. 6.** Sie können ohne Sorge die Vollstreckung um Aussetzung des Heimatscheines eruchen. Freilich kann die Aussetzung verweigert werden, wenn man annimmt, Sie seien geflohen. Einer Verhandlung, insbesondere bei solcher Doppelpartei, sich durch die Klage zu entziehen, ist mindestens unzulässig. — **W. 2.** 46. Wenn die Bank das Haus in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September erstanden hat, so kann sie bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so läuft Ihr Vertrag bis zum 1. April weiter. — **R. 6.** Gegenseitiges Einverständnis ist zur Entscheidung nicht hinreichend. Der Entscheidung muß ein Sühnevertrag beim Amtsgericht vorausgehen. Dann kann die Partei sich vom Armenvorstand beschleunigen lassen, doch sie zur Ertragung der Kosten unvermeidlich ist, und unter Beifügung dieser Beifügung und Vorlegung der Entscheidungsurkunde beim Landgericht die Vermittlung des Armenrechts nachsuchen. Wird das Armenrecht gewährt, so wird der Partei ein Anwalt

Wochen- Spielplan.	Sonntag 13.	Montag 14.	Dienstag 15.	Mittwoch 16.	Donnerstag 17.	Freitag 18.	Sonabend 19.	Sonntag 20.
Cyberhaus	Margarete	Cavalleria rusticana Bajazzo	Margarete	Fidello	Die Stimme von Porci	2. Sinf. Abend der Igl. Kapelle	Der fliegende Holländer	Sauson und Talila
Königl. Schauspiel.	Die Journalisten	Die Rabelungen (Der geb. Steggr. Tod)	Die Rabelungen Kriemhilds Rache	Der kommende Mann	Der Compagnon	Geschlossen	Zum erstenmal: Florio und Maria	Florio und Maria
Schiller-Theater	Jugend (3. Bgl. d. Rtd. G. Rade-Abb.)	Figaros Hochzeit	Figaros Hochzeit	Figaros Hochzeit	Jugend	Figaros Hochzeit	Figaros Hochzeit	Figaros Hochzeit
Deutsches Theater	Die Hoffnung	Der Siberpelz	Ein Volkseind	Einsame Menschen	Die Hoffnung	Rosenmontag	Die Wildente	Die Wildente
Berliner Theater.	Nacht und Morgen	Ueber unsre Kraft II	Nacht und Morgen	Ueber unsre Kraft I	Nacht und Morgen	Cyello	Nacht und Morgen	Nacht u. Morgen (Am. Ueber unsre Kraft I)
Leistung-Theater	Die Fee Caprice	Flachmann als Erzieher	Die Fee Caprice	Die Fee Caprice	Die Zwillinge-Schweizer	Die Fee Caprice	Die Fee Caprice	Die Fee Caprice
Theater des Westens	Yatinka	Marija	Der Zigeunerbaron	Die lustigen Weiber von Windsor	Der Baitelstudent	Figaros Hochzeit	Der Troubadour	Der Zigeunerbaron. (Am. Ueber unsre Kraft I)
Luise-Theater	Bei kleinen Deuten	Der Goldbauer	Bei kleinen Deuten	Der Mann im Monde	Bei kleinen Deuten	Der Hättridesther	Der Verschwander	Bei kleinen Deuten — Am. Ueber unsre Kraft I

Ständiges Repertoire: Neues Königl. Opern-Theater (Kroll). Diesen Sonntag: Gylfag. Nächster Sonntag: Der kommende Mann. — Residenz-Theater. Alle Abende: Sein Doppelpänger. Vorher: Am Camp. Nächsten Sonntag: Der Schlafwagen-Kontrollant. — Neues Theater. Alle Abende: Das ewig Weibliche. Nächsten Sonntag: Der Prosepeil. — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Alle Abende: Die Landstreicher. Nächsten Sonntag: Der und Zimmermann. — Central-Theater. Alle Abende: Die Blätter. Diogenes. — Thalia-Theater. Alle Abende: Ein taubes Weibchen. — Zeffireon-Theater. Alle Abende: Gutes Bräutchen. — Carl Wein-Theater. Diesen Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. — Apollo-Theater. Alle Abende: Frau Dana. Specialitäten. — Casino-Theater. Alle Abende: Berlin N. — Berlin W. Specialitäten. — Schall und Rauch. Abends 8 Uhr Vorstellung.

beigeordnet. Dieser ist mit Anstellung der Scheidungsfrage zu beauftragen. Die Dauer eines Ehecheidungsprozesses läßt sich nicht vorbestimmen. Sellen ist sie geringer als 9 Monate. — **S. 2.** 39. Leiber nicht. — **S. 11.** Die auf den Lehrling entfallenden Beiträge zur Krankenkasse (7/8 der Beiträge) und zur Invalidenversicherung (die Hälfte des Vorkostenbeitrages) können vom Lohn oder Kostgeld abgezogen werden. — **S. 7.** Nach der Gebührenordnung für Ärzte steht dem Arzt für den ersten Besuch 2 bis 20, für jeden folgenden 1 bis 20 M. zu. Welche Höhe im Einzelfall angemessen ist, ist nach der socialen Lage des Patienten zu beurteilen. Etwas 3—5 M. werden in der Regel in Fällen wie dem Ihrigen als angemessen erachtet. — **S. 1.** Falls in Ihrem Verträge nicht Gegenständliches vereinbart ist: 1. Ja. 2. Nein. 3. Sie legen dem Wirt eine angemessene Frist zur Herstellung des Erforderlichen, drohen ihm an, Sie würden nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Herstellung auf seine Kosten bewirken und handeln Ihrer Drangung entsprechend. — **R. 3.** Rein. — **R. Fischer.** 1. Hat eine Vereinbarung über die Höhe der Gebühren stattgefunden, so ist diese maßgebend. Hat keine stattgefunden, so würden die Gebühren, wenn eine Beweisaufnahme stattgefunden hat, sonst 18 M. betragen. 2. 40 Pf. für die Stunde. 3. Die Geldwerte gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss ist an das Gericht zu richten, das den Beschluss erlassen hat. — **S. 15.** Wenden Sie sich an einen Vogelhändler. — **100 B.** 1. Ist weder mündlich noch schriftlich etwas Abweichendes vereinbart und ergibt sich weder aus der Bescheidenheit noch aus dem Zweck der Arbeit (z. B. Ernte-Arbeit) Entgegenstehendes, so gilt für die Kündigungsdfrist für ländliche Arbeiter folgendes: Ist der Lohn nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden zulässig. Bei Wochenlohn ist die Kündigung spätestens am ersten Werktag der Woche zum Schluss der Woche, bei Monatslohn bis am Ersten des Monats zum Schluss des Monats, bei Vierteljahrslohn unter Einhaltung einer sechs-wöchentlichen Kündigung zum Schluss des Vierteljahrs zulässig. Bei Accordlohn beträgt die Kündigungsfrist zwei Wochen. 2. Ja. — **R. Rein.** — **S. 1.** Rührekr. 1. Eine Genehmigung ist für öffentliche Schauspielfeststellungen und für öffentliche Lustbarkeiten erforderlich. 2. Ist beides nicht öffentlich, sondern auf einen bestimmten Kreis von Personen, also auf eine geschlossene Gesellschaft beschränkt, so ist weder Genehmigung noch Anmeldeung erforderlich. — **Templin.** Ihr Reife soll sich eine neue Gültigkeitskarte ausstellen lassen und soll bei der für das Gut zuständigen Vollstreckungsbehörde (Amtsvorsteher oder Landrat) den Antrag stellen; dem Gutsherren die Karte fortzunehmen und sie ihm zu übergeben und ferner den Gutsherren anzuhalten, die erforderliche Anzahl Marken zu liefern. — **R. R.** Rein.

Warenhaus A. Wertheim

Rosenthalerstr. 27—29.

Leipzigerstr. 192—195 (Versand-Abteilung).

Oranienstr. 52—55.

Montag, Dienstag, Mittwoch, soweit der Vorrat reicht:

Leinen u. Baumwollwaren.

Renforcé Mtr. 33 u. 40 Pf.	Kissenbreite	Bettbreite
Louisiana leinenartig	Mtr. 38 Pf.	63 Pf.
Bettsatin	Mtr. 40 Pf.	63 Pf.
Maco-Renforcé	Mtr. 48 Pf.	80 Pf.
Maco-Perkal	Mtr. 42 Pf.	
Bettkörper	Mtr. 60 u. 75 Pf.	95 u. 1.20
Bettlakenstoffe ca. 170 cm breit	Mtr. 90 Pf.	
Drell für Unterbetten	Mtr. 80 Pf.	1.05 Mk.
Piqué-Parchend	Mtr. 50 u. 60 Pf.	
Körper- u. Cord-Parchend	Mtr. 48 u. 60 Pf.	

Servietten halbleinen Drell	Dtz. 4.40 Mk.
„ reinleinen Jacquard	Dtz. 5.70 Mk.
Kaffeedecken bunt	Dtz. 1.— u. 1.25 Mk.
Küchenhandtücher reinleinen	Dtz. 4.70 Mk.
„ halbleinen	Dtz. 3.20 Mk.
„ Gerstenkorn	Dtz. 5.90 u. 7.— Mk.
„ gesäumt u. gebünd.	Dtz. 5.40 u. 7.75 Mk.
Stubenhandtücher halbl.	Dtz. 5.80 Mk.
„ reinleinen	Dtz. 5.80 Mk.

Wischtücher reinl. 2.35 u. 2.80 Mk.

Wäsche.

Damenhemden Priesenform mit Spitze	1.35 u. 1.50 Mk.
„ Achselschluss	1.50, 2.20, 2.40 Mk.
„ Achselschluss mit Stickerei	2.40 Mk.
„ mit Handstickerei	2.15 u. 2.60 Mk.
Damenjacken Parchend	1.40 u. 1.65 Mk.
„ Dimiti mit Spitze	1.75 Mk.
„ Parchend mit Falten und Stickerei	2.35 Mk.
Beinkleider Parchend	1.35 u. 1.65 Mk.
„ Renforcé mit Stickerei	2.05 Mk.
Stickerei-Röcke	2.80, 3.40, 4.— Mk.
Spitzen-Röcke mit Ein- und Ansatz	6.75 Mk.
Parchend-Röcke mit Stickerei	2.10 u. 2.55 Mk.
Herrenhemden Hemdentuch m. Falten	1.90 Mk.

Handtuchstoff halbleinen Drell Mtr. 27 Pf., reinleinen Gerstenkorn Mtr. 29 Pf.
Schweizer Stickereien Stück = 4.10 Meter **65 Pf., 1.15 und 1.65 Mk.**

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse

Belle-Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Strümpfe.

Damen-Strümpfe, schwarz gestrickt, Wolle plattiert, deutsch lang . . . Paar **40, 48, 70, 85** Pf.
 Damen-Strümpfe, schwarz gestrickt, Wolle, deutsch lang : Paar **1,15, 1,25, 1,55** M.
 Damen-Strümpfe, schwarz gewebt, Wolle, englisch lang Paar **85** Pf. **1,15, 1,35** M.

Damen-Strümpfe, gewebt, englisch lang, Wolle, bunt geringelt Paar 75 Pf.

Herren-Socken starke Winterqualität. . . Paar **18, 28, 38, 48, 60** Pf.

Herren-Socken gewebt, ohne Naht, Wolle, schwarz oder normalfarbig Paar **75** Pf.

Kinder-Strümpfe, schwarz, 1x1 gestrickt, englisch lang

für das Alter von ca.	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-10	10-12 Jahren
Wolle plattiert Paar	30,	38,	45,	50,	55,	62,	70,	75,	80 Pf.
Reine Wolle Paar	50,	60,	70,	80,	90 Pf.	1,00,	1,10,	1,20,	1,30 M.

Corsetschoner, weiss **10, 20** Pf.

Strickwolle.

Corsetschoner, mit Banddurchzug Stück **25, 30, 40** Pf.

Strickwolle schwarz Pfund **1,60, 1,75, 2,40, 3,00, 3,50** M.
 Strickwolle meliert Pfund **1,60, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50** M.
 Zephyr- und Castor-Wolle gute Qualität in verschiedenen Farben Pfund **2,50** M.

Tricotagen.

Herren-Hemden Normalfaçon 2 Grössen . . . Stück **75, 95** Pf.
 Herren-Hemden Normalfaçon 3 Grössen . . . St. **1,45, 1,60, 1,75** M.
 Herren-Hemden 3 Grössen, schw. Qualit. St. **2,15, 2,35, 2,55** M.

Herren-Beinkleider 3 Grössen . St. **75, 85, 95** Pf.
 Herren-Beinkleider Normalfaçon m. Ueberschlag St. **1,45, 1,65, 1,85** M.
 Herren-Beinkleider Normalfaçon, schwere Qualität St. **2,00, 2,20, 2,40** M.

Herren-Unterjacken Stück **48, 80** Pf. **1,30** M.

Damen-Unterjacken farbig, Stück **48, 75, 90** Pf.

Damen-Unterjacken gestrickt, Wolle, weiss, rosa, normalfarbig Stück **48** Pf.

Kinder-Tricots, rosa gestrickt, sehr preiswerth

für das Alter von ca.	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9 Jahren
	23,	30,	38,	48,	55,	62,	70,	75 Pf.

Wollwaaren.

Damen-Röcke, gestrickt, mehrfarbig gestreift Stück **98** Pf.
 Tricot-Damen-Röcke, extra schwer, schönes Farbensortiment Stück **2,45** M.
 Zuaven-Jäckchen, gestrickt Stück **1,50, 1,75, 1,95, 2,95** M.
 Umschlagetücher, gross, gute Qualität Stück **2,95, 3,25, 4,25, 5,—** M.
 Seidene Kopftücher, hell- und dunkelfarbig Stück **1,60, 1,85, 2,15, 2,75** M.
 Ball-Écharpes in sehr schönen Farben Stück **55, 68** Pf. **1, 1,45, 1,60, 1,95, 2,75, 3,95** M.
 Kinder-Capotten, hübsche moderne Façons Stück **1,35, 1,45, 1,60** M.
 Herren-Westen, gestrickt Stück **1,85, 2,25, 3,25, 4,50** M.

Damen-Barchend-Beinkleider Stück **85** Pf. **1,25, 1,50, 2,00** M.

Damen-Barchend-Röcke Stück **75, 95** Pf. **1,45, 1,85, 2,15, 2,75** M.

Zur Resolution 102 des Lübecker Parteitag.

Ueber die Tragweite der Resolution 102 des Lübecker Parteitages sind in verschiedenen Berliner Versammlungen Bedenken laut geworden, und es ist — von Stadthagen in Weihensee — der Wunsch geäußert worden, daß ich als Verfasser der Resolution mich öffentlich dazu äußern möge. Ich komme dem Verlangen gern nach, da es sicher im allgemeinen Interesse liegt, daß diese Bedenken oder Befürchtungen möglichst frühzeitig zerstreut werden.

Zunächst seien mir, im Hinblick auf die herabgehenden Bemerkungen, in denen sich vor allem G. Ledebour hinsichtlich dieser Resolution geäußert hat, einige Bemerkungen über ihre Entstehung gestattet.

Der Gedanke, daß eine Erklärung der Partei notwendig sei, welche den Disziplinbruch im Gewerkschaftskampf für unsozialistisch erklärt, kam mir, wie die Leser des „Vorwärts“ wissen, schon vor dem Kongress, als sich zeigte, wie sehr der Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer die Gemüter der gewerkschaftlich organisierten Genossen erregte. Ganz abgesehen vom prinzipiellen Gesichtspunkt scheint es mir bei dem heutigen Stand der Arbeiterbewegung von höchster praktischer Bedeutung, daß ein Dualismus der Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaften in diesem wichtigen Punkt nach Möglichkeit ausgeschlossen wird.

Diese Erkenntnis hat sich mir auf dem Parteitag im Verkehr mit den Delegierten noch gesteigert. Genossen aus den verschiedensten Orten erklärten mir, daß namentlich in kleineren und mittleren Orten, wo Parteimitgliedschaft und Gewerkschaftszugehörigkeit sich fast decken, ein solcher Dualismus einfach ein Hindernis sei. Die Parteimitgliedschaft würde auseinander gesprengt, wenn sie Leute nicht ausschließen dürfte, die ihrer Gewerkschaft im Kampf in den Weg getreten seien. Der Hamburger Schiedsspruch, der das in Zweifel stellte, müsse unbedingt aus der Welt geschafft werden.

Wie konnte das aber geschehen? Aufhebung des Schiedsspruchs ließ zwei Schiedsinstanzen desavouieren, die beide einstimmig zu dem Schluß gelangt waren, daß nach dem Parteistatut die Accordmaurer nicht aus der Partei ausgeschlossen werden konnten. Das schien mir unbillig und ein schlechtes Beispiel. Nach dem Parteistatut lag die Sache in der That zweifelhaft. Es müßte ein Ausweg gefunden werden, der dem Bedürfnis der Gewerkschaften gerecht wurde, ohne den Schiedsrichtern Unrecht zu thun.

Das war das vorherrschende Gefühl. Aber es schien die ersten Tage fast hoffnungslos, als ob ein solcher Ausweg gefunden werden sollte. Richard Fischer, der im Verein mit W. Heine sein Bestes aufbot, eine Resolution abzufassen, für die auch die beteiligten Gewerkschaften stimmen konnten, und dessen Bemühungen ja schließlich auch von verdientem Erfolg gekrönt waren, brachte Tage dazu, bis er die geeignete Formel fand, und die thatsächliche Einigung ward überhaupt erst im letzten Moment durch Aufnahme des Verbesserungsantrags Stamingt und Genossen in die Resolution erzielt.

Bis dahin war der Antrag 102, der, wie die Nummerierung zeigt, eingebracht worden war, als die Resolution Fischer (Nr. 114) ihre endgültige Formulierung noch nicht gefunden hatte, geradezu eine Notwendigkeit. Er bot die Möglichkeit, auch dann zu einem erproblichen Resultat zu kommen, wenn jede der anderen Resolutionen von einer anders zusammengesetzten Mehrheit abgelehnt worden wäre.

Zu diesem Behufe ist er von mir aufgesetzt und von der großen Mehrheit der Delegierten, denen ich ihn vorlegte, unterstützt worden. Wenn ihn einige Leute „nicht ernst“ genommen haben sollten, so ist das deren Sache. Jedem falls paßt diese Redensart nicht auf seine Unterzeichner, und auch von den 110 Delegierten, die in wiederholter Abstimmung sich für ihn erhoben, wird man annehmen dürfen, daß sie wußten, was sie thaten, als sie für ihn stimmten. Er war lange genug in ihren Händen gewesen, war von mir von der Tribüne herab begründet und von anderen Rednern bekämpft worden.

Was aber besagt er?

Nun, er stellt einfach als allgemeines Princip auf, was die Resolution Fischer für den vorliegenden Hamburger Streikfall im Absatz 3 und 5 ausspricht. Es liegt auf der Hand, daß das Recht, welches dort den örtlichen Partei-Organisationen mit Bezug auf diesen einen Fall zuerkannt wird, auch von anderen Partei-Mitgliedschaften in Anspruch genommen werden kann, wenn gleichartige Fälle an sie herantreten.

Prinzipiell wird das niemand bestreiten. Es ist dem auch von einigen gesagt worden, daß meine Resolution nach Annahme der Resolution Fischer überflüssig gewesen oder geworden sei. Aber die Resolution Fischer hat, wie bemerkt, ihre den Gewerkschaften genügende Form erst im letzten Moment erhalten, wo es gar nicht mehr für mich möglich war, mit meinen Mitunterzeichnern mich darüber zu verständigen, ob wir nunmehr die Resolution als erledigt zurückziehen sollten.

Wie die Resolution von mir und andern gemeint ist, lag dazu auch kein Anlaß vor. Erst nachträglich ward das Bedenken laut, sie könne dazu mißbraucht werden, gewerkschaftliche Organisationsstreitigkeiten und dergleichen vor die Partei zu bringen bezw. die Partei zur Wahrnehmung der Mitglieder solcher Gewerkschaften auszunutzen, die an sich andern Gewerkschaften desselben Berufes ein Dorn im Auge seien.

Ich bin der Ansicht, daß der Wortlaut der Resolution 102 solchen Gebrauch ausschließt und habe zudem in meiner Begründungsrede ausdrücklich erklärt, daß es sich bei ihr nicht darum handelt, die Keimen Organisationen — also die lokalorganisierten Gewerkschaften, Fachorganisationen — mit Gewalt in die großen Verbände hineinzutreiben. So wünschenswert auch die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist, so muß die Erzielung dieser doch den Gewerkschaften selbst überlassen bleiben. Die Resolution 102 spricht nur von Gegenaktion im aktuellen Kampf oder Sonderbündelung zur Vertheidigung einer solchen Gegenaktion, die sich auf einen gegebenen Kampf bezieht. Und ich kann gegenüber den geäußerten Befürchtungen hier erklären, daß Genosse Paul Müller-Hamburg, der die Resolution mitunterzeichnet und sich besonders für sie ins Zeug gelegt hat, mit mir durchaus darin einig ist, daß sie nicht gegenüber reinen Organisationsstreitigkeiten in Anwendung zu bringen ist. Derselbe Erklärung haben mir Genosse von Elm und andere abgegeben. Es handelt sich ausschließlich gegen Quertreibereien in einem wirklich geführten Kampf.

Und auch da ist die Resolution nur fakultativ. Sie spricht den örtlichen Organisationen der Partei bloß das Recht zu, Mitglieder, die sich solchen Verhaltens schuldig machen, dauernd oder zeitweilig auszuschließen. Es sind ja noch immer Fälle denkbar, wo für solche Vergehens starke Entschuldigungsgründe geltend gemacht werden können. Mehrheiten sind nicht unfehlbar, die Mitgliedschaften sollen das Recht behalten, nach Lage des Falles zu entscheiden. Im ganzen freilich bin ich der Ansicht, daß, so sehr Weisheit in der Diskussion am Platze ist, im Kampfe selbst strikte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gefordert werden muß. Wer aus irgend welchen persönlichen Gründen dagegen verstoßen zu müssen glaubt, muß es sich gefallen lassen, wenn ihn auch die politische Organisation erklärt: ehe Du dort Deine Sache nicht in Ordnung gebracht hast, kannst Du hier nicht vollberechtigtes Mitglied sein. Die Tendenz zur Einheit in der Arbeiterbewegung, die wir ja sonst bei jeder Gelegenheit betonen, macht diesen Folgeschluß unabweisbar. Und wenn wirklich in einem konkreten Fall von ihm ein libertärer Gebrauch gemacht werden sollte, so hat die Erfahrung noch immer gezeigt, daß der Fehler bald eingesehen wurde. Auch unternimmt heute keine einigermaßen

organisierte Gewerkschaft eine Aktion, bevor sie sich davon überzeugt hat, daß die große Mehrheit ihrer Angehörigen zu ihr bereit ist. Groß-Pächterfelde, den 9. Oktober.

Ed. Bernstein.

Theater.

Residenz-Theater. „Marquis von Reith“, Schauspiel von Frank Wedekind. — Der französischen Schwänke, deren Import nach Deutschland diese Bühne nun schon jahrzehntelang vermittelt, wird kein Mensch literarischen Charakter nachsagen wollen. Sie sind theatralische Jongleurkunst, die ohne weiteren Ehrgeiz nur im Augenblick verblühen und erheben will. Immerhin, wie zweifelhaft das Genre, es gehört Gleich dazu, und es giebt Virtuosen des Faches. Daß man nun im Residenz-Theater, welches mit dieser Sorte Produktion so viel klingende Erfolge gehabt, den Entschluß gefaßt hat, die Foyer-Galerie der betrogenen und betrübten Pariser Chemänner hier und da auch durch einen „literarischen Abend“ zu unterbrechen, ist sicherlich recht schön und löblich. Fast könnte man meinen, etwelche Selbsterkenntnis, daß das sonstige Repertoire nicht gerade reichlich sei und einiger Entschuldigungsbedürfnis, stehe dahinter. Es sieht wie eine Vergebung vor dem Literarischen, vor der Kunst aus.

Aber es wäre böse, wenn diese Tugendregung noch mehr derartige Thaten, wie die Aufführung des Wedekindischen „Marquis von Reith“ am Freitag zeitigen sollte. Dann würden die literarischen Abende noch unter das sonst hier gepflegte Schwankgenre herabsinken. Keigere Sünden gegen Logik, Psychologie und gesunden Menschenverstand haben die französischen Pöbelromanfabrikanten auch nicht auf ihrem Gewissen, aber alles, was bei ihnen mit diesem Mantel etwas verdecken kann: die erschütterliche Beweglichkeit der Phantasie, die behende Geschicklichkeit im Verknüpfen und Lösen der Situationen und die trefflichere Bühnenroutine — all das sucht man vergebens in dem Wedekindischen Stoff. Am schlußend ist durch die Ausführung dem Autor selbst nicht gespielt. Man kannte ihn früher als einen lustigen und satirischen Geistes, der durch ein hübsches Simplicitäts-Gedicht den grümmigen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen gegen sich mobil gemacht und, noch im letzten Augenblick der Polizei entwickelnd, seine Flucht durch ein noch hübscheres, multiplikatives Poem im Simplicitätismus verherlich hatte. Vor allem aber war durch seinen originellen Schwank „Der Kammerjäger“, in dem das Groteske immerhin durch willkürliche Komik überwogen wird, ein günstiges Vorurteil für ihn erweckt worden. Man meinte, wenn auch nichts geradezu Bedeutendes, so doch etwas irgendwie Besonderes erwarten zu dürfen; um so mehr, da der Theaterzettel, der als Ort der Handlung München und als Zeit den Späthommer 1899 angab, irgend welche geheimen Zeitbeziehungen und Aktualitäten vermuten ließ. Desto ärger war die Enttäuschung. Warum mußte auch das jüngste ungetragene Kind, das allen Kredit seines Vaters untergraben kann, durchaus ans helle und barmherzige Bühnenlicht gezerrt werden?

Einen ganzen Haufen Absonderlichkeiten hätte das Publikum, welches diesmal außerordentlich viel Geduld bewies, gewillig in Kauf genommen, wenn zwischen dem und dort in einzelnen Szenen ein Funke lebendiger Kunst aufgeblüht wäre. Man wartete und wartete, aber je weiter es vorwärts ging, um so verworrener liefen die Szenen durcheinander, um so rätselhafter wurden die Intentionen des Dichters. Daß er einen Gläubiger, nicht an der Grenze des eigentlichen Hochkapitalismus, den angehenden Marquis Reith zum Heiden seines Dramas erforscht, war sein gutes Recht. Nur wird er uns schwerlich überzeugen können, daß in einem so gefährlichen Verufe, der, man mag sonst sagen was man will, doch recht beträchtliche Anforderungen an die Intelligenz stellt, ein Herr, wie er ihn schildert, solche Bombenerfolge erränge.

Dieser junge, unreife, nur im Nennennamen große „Marquis“, dieser Phantasi, der selbst völlig mittellos ziel- und zwecklos zu Hunderten und Tausenden das Geld fortzuschleudert, mag eine kurze Zeit hindurch Hoteliers, Ladenbesitzer und Handwerker ins Unglück bringen, aber ehe er, wie in dem Stücke, einen Directorposten mit 25 000 M. erhascht, hätte er längst das Genid gebrochen. Zum Spitznamen im wirklich großen Stil, da fehlt es ihm, bei aller Brutalität und Waghalsigkeit, denn doch zu sehr im Kopfe! Seine Intriquen — was hätte ein Sardou daraus gemacht! — sind alle jämmerlich nervös-zerfahren und kurzweilig. Alles das wäre nicht so schlimm, wenn nicht bis zu den allerletzten Szenen hin der Dichter diesen Gentleman aus immer wieder als einen in seiner Art und seinem Range großartigen Reel aufzureden verstände.

Wag und interesselos wie die Hauptfigur ist das Milieu, das sich um sie gruppiert. Die Herrschaften stellen sich dem Publikum sehr amüsig durch längere Erzählungen und durch Gespräche vor, denen man auf zehn Schritt weit die orientierenden Absichten des Dichters ansieht. Da ist eine große Halbweildame, die der „Marquis“ liebt; ein verkommenes Mädchen, mit dem der junge Mann, noch ehe er sich selbst die Adelswürde zuerteilt, von Hause durchbrannt, eine arme Seele, die trotz aller Brutalitäten und Erniedrigungen wie eine Kette an ihn hängt; ein Vater, ein Kriminalkommissar, ein Opernkomponist, die zweck- und ziellos sich in dem Stück herum stoßen; ein reicher Kaufmann und sein Tangenichts von Sohn, die beide à la Kogebue hinter der Halbweildame her sind; ein paar biedere, Aktien zeichnende Münchener Bürger; und endlich, als Gegenstück zu dem Marquis, ein unglückseliger Reel, der bei Wedekind vermutlich einen „Idealisten“ vorstellen soll, und der, dieses Seelenzustandes müde, mit gefülltem Portemonnaie nach München gekommen ist, um sich unter Leitung des Marquis zum „Gemeinlichen“ auszubilden: ein Menschenexemplar von ausgemachter Trübsaligkeit. Die Schlußpunkte, die mit einer höchst bezeichnenden Deiterheit im Theater aufgenommen wurde, ist, daß der Dichter selbst seine beiden Hauptpersonen als verurteilt erklärt. Der „Idealist“ und „Gemeinlich“ erzählt uns nämlich nach einigen Enttäuschungen der Liebe, daß er nunmehr mit allem auf dieser schlechten Welt gebrochen habe und sich in eine — Privatbeiläufigkeit begeben werde. Gleichzeitig fordert er, — und darin liegt mehr Verstand, als er in allen früheren vier Akten zusammen geäußert hat — den Marquis auf, ihn in das treffliche Netz zu begleiten. Zum Unglück für die Menschheit lehnt dieser ab und ebensowenig vermag er sich selber in der Katastrophe, die nun endlich über ihn von allen Seiten hereinbricht, zu einem anständigen Selbstmord aufzuschwingen. Mit 10 000 M., die ihm der neugeborene Verlobte der von ihm verehrten Halbweildame großmütig zulegt, und der kessigen Erklärung: „Die Welt ist eine Rutschbahn“ zieht er neuen Thaten entgegen.

Auch die Aufführung selbst ließ mancherlei zu wünschen übrig; von den größeren Rollen wurde nur die der abligen Halbweildame (Frau Reichenhofer) gut und mit fetter Finanzierung gespielt.

Sociales.

Die Hamburger Bürgerchaft beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage des Senats auf Anstellung eines vierten Gewerbe-Inspektors und zweier Assistenten. Dieser Antrag war einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Der Ausschuss erstattete durch das Mitglied Heil — einen Metallwaren-Fabrikanten und argen Sozialischnasser — Bericht und ließ beantragen, die Bürgerchaft möge den Antrag auf Anstellung eines vierten Gewerbe-Inspektors ablehnen, dafür aber statt der verlangten zwei drei Assistenten mit einem Gehalt von 3000 bis 4000 Mark bewilligen und aussprechen, daß die Bürgerchaft die Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren zur Zeit noch

nicht für sptuchreif halte, aber erwarte, daß der Senat die Frage der Anstellung weiblicher Hilfsbeamten im Auge behalte und der Bürgerchaft nach Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbe-Inspektion eine diesbezügliche Vorlage mache.

Gegen diese Ausschuhentwürfe wandten sich verschiedene Gegner. Alle wundert sich, daß der Ausschuss nicht dazu gekommen wäre, schon jetzt die Anstellung eines weiblichen Beamten zu empfehlen. Von Mitgliedern der alten Fraktionen ließen denn auch zwei Anträge ein, von denen der eine eine Senatsvorlage auf sofortige Anstellung eines weiblichen Assistenten verlangte und der andere statt des geforderten dritten männlichen Assistenten einen weiblichen bewilligt haben wollte. Unser Genosse Stollen trat für Bewilligung eines vierten Inspektors ein, denn die Inspektoren hätten heute jeder 1300 Mark jährlich zu revidieren. Das sei unmöglich. Energisch vertrete er die Forderung der Arbeiterinnen nach Anstellung eines weiblichen Gewerbe-Inspektors. Wenn man anderwärts mit weiblichen Beamten vielleicht schlechte Erfahrungen gemacht habe, so liege das an der Personalauswahl. Man solle Frauen wählen, die mit dem Leben der Arbeiterinnen vertraut seien, dann werde ein weiblicher Inspektor schon seinen Zweck erfüllen. Schließlich trat Genosse Stollen für eine Trennung des Gewerbe-Inspektors von der Polizeibehörde ein. Der Zusammenhang der beiden Behörden sei schädlich. Früher hätten die Berichte der Gewerbe-Inspektoren häufig Hinweise darüber enthalten, daß die Bestrafungen der Unternehmner bei Uebertretungen der Arbeiterschutz-Gesetze äußerst gelinde seien. Solche Hinweise fehlten jetzt, obwohl die Gerichte noch dieselbe Praxis übten. Es schein, als sei das auf den Einfluß der Gewerbe-Inspektion übergeordneten Polizeibehörde zurückzuführen. Auch sonst sei der Bericht der Gewerbe-Inspektion von der Polizeibehörde in ihrem allgemeinen Inhalt arg verunstaltet. Schließlich wurde der Antrag angenommen, den Senat um eine Vorlage auf Anstellung eines weiblichen Assistenten zu ersuchen. Auch der Ausschuhentwurf wurde angenommen.

Zur Beurteilung der sächsischen Arbeitgeber liefert die Vorgeschichte der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Dresden einen lehrreichen Beleg. Der Rat zu Dresden wünscht einen städtischen kostenlosen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen, an dessen Verwaltung gleichmäßig Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligt sein sollen. Die Mehrzahl der Gewerkschaften und das Gewerkschafts-kartell teilen dem Rat auf Anfrage mit, daß sie dem Unternehmen sympathisch gegenüberstünden und daß sie an dem Arbeitsnachweis mitarbeiten wollten, wenn gewisse notwendige Forderungen erfüllt würden. Anders ist die Stellungnahme der Arbeitgeber. Die Innungsmeister haben den Ratvorschlagn rindweg abgelehnt. Sie wollen ihren Innungsarbeitsnachweis behalten. Einen ähnlichen Beschluß hat die in der Dresdener Handelskammer vertretene Großindustrie gefaßt.

Der Referent, Papierwarenfabrikant Kommerzienrat Kurt Weigen, erklärte, dem Ausschuss, der zuerst über das vom Rat verlangte Gutachten beraten habe, sei es zuerst unerfindlich gewesen, wie ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in der Praxis bei dem Arbeitsnachweise überhaupt möglich sein könne. Später habe man dann zur Ueberbrückung der Mitglieder in Erfahrung gebracht, daß thatsächlich schon partielle Arbeitsnachweise existierten. Der Ausschuss sei aber der Meinung, derartige Arbeitsnachweise würden nur den Weg einschlagen, den die Orts-Strandlosen genommen hätten, die sich in den Händen der Sozialdemokratie befänden. Deshalb sei man gegen paritätische Arbeitsnachweise.

Zu der Diskussion hoben mehrere Redner hervor, es sei kein Bedürfnis nach weiteren Arbeitsvermittlungen vorhanden. Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, soweit sie bereits beständen, entsprächen allen Wünschen.

Es wurde sodann einstimmig beschlossen, in dem Gutachten an den Rat zu erklären, die Handelskammer halte einen paritätischen Arbeitsnachweis für ungeeignet. Wenn aber der Rat einen nur von städtischen Beamten verwalteten Arbeitsnachweis einrichten wolle, so habe man nichts dagegen.

Mahnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Die Wirtschaftskrise in der Schweiz erfährt ebenso wie in Deutschland fortwährend weitere Verschärfung und daher müssen sich die Behörden mit Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, namentlich im Hinblick auf den bevorstehenden Winter, beschäftigen. In Basel sind bereits der bestehenden Arbeitslosen-Versicherungskasse, die unter der Leitung des Arbeitersekretariats steht, 1000 Fr. aus der Staatskasse bewilligt und es ist ferner eine Kommission zur Behandlung der Arbeitslosenfrage bestellt worden. Verschiedene bedeutendere städtische Bauprojekte stehen übrigens auf der Tagesordnung. In Zürich hat der kleine Stadtrat dem Großen Stadtrat eine bezügliche Vorlage gemacht, in der er die eingetretene weitere Verschlimmerung der Wirtschaftslage anerkennt und die Ergreifung geeigneter Maßnahmen frühzeitig genug empfiehlt. Sodann stellt er neue Grundsätze für die Unterstützung von Arbeitslosen auf, welche eine Verschärfung der bisherigen Praxis bedeuten, indem er die Aufenthaltsdauer in der Stadt Zürich für die Unterstützungsberechtigung verlängert und dabei noch Unterschiede zwischen Schweizern und Ausländern macht. Bisher war unterjährig die Niederlassung vor dem 1. Juli des laufenden Jahres Bedingung; der Stadtrat beantragt die Aufhebung des 1. April für Schweizerbürger und des 1. Januar für Ausländer. Ferner soll die Höhe der täglichen Unterstützung dem Erntessen des Stadtrats nach Maßgabe der Verhältnisse überlassen werden. In der Vorlage wird auch der auch in andern Fragen immer wiederkehrende Wunsch verpaid, daß zahlreiche ausländische Arbeiter nach Zürich gekommen seien, weil sie erfahren hätten, wie hier für die Arbeitslosen im Winter geforgt werde. Nun betrug im letzten Winter die tägliche Unterstützung eines erwachsenen männlichen Arbeitslosen 60 Centimes, und zwar nur in Naturalien und nicht in Bargeld und deswegen sollen die Arbeiter fast ein Jahr vorher schon nach Zürich gehen! Die Behörde einer großen Stadt sollte denn doch nicht auf das Niveau des erstbesten bornierten Bierhülfers hinabsinken.

Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung in Belgien. Unter diesem Titel erscheint zur Zeit ein größeres Werk, herausgegeben von dem sozialistischen Kammer-Deputierten Louis Bertrand in Brüssel. Der Genannte ist Präsident der Föderation der sozialistischen Kooperativ-Genossenschaften Belgiens und hat schon mehrere Schriften über das Genossenschaftswesen verfaßt. Das gegenwärtige Werk soll in 100 Lieferungen à 10 Cent., jede Woche ein Heft à 12 Seiten erscheinen. Die uns vorliegenden ersten fünf Hefte behandeln die Vorläufer der modernen Genossenschaftsbewegung: Robert Owen, Charles Fourier, Saint-Simon, Louis Blanc, und enthalten ihre Portraits, kurze Lebensgeschichten und Auszüge aus ihren Schriften, soweit sie sich auf das Genossenschaftswesen beziehen. Daran sollen sich nach dem aufgestellten Plan Kapitel anschließen über: die Bewegung vor und nach 1848; von 1860—1890; die sozialistischen Genossenschaften; die sozialistischen Genossenschaften und die Partei; die Produktiv-Genossenschaften; die Kreditbanken; die Bau- und Versicherungs-Genossenschaften usw. Ein besonderer Teil des Buches wird den landwirtschaftlichen Genossenschaften gewidmet sein mit den Unterkapiteln: Rollieren, Brennerci, Brauerci-Genossenschaften u.f. — Louis Bertrand gilt in Belgien als der beste Kenner des Genossenschaftswesens und dürfte sein Buch sicher auch für die deutschen Genossenschaftler manches Nützliche enthalten; es ist zu beziehen durch Deheime u. Co., 20 Rue du Peffil, Brüssel.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 13. Oktober.
Freie Volkshäuser. Seiffing: Theater. 6. Abteilung (graubraune Karten) und 7. Abteilung (braune Karten): Gespenster. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyrenhaus. Margaret. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Cavalleria rusticana. Balzli.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Die Rabelungen. Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Neues Cheri Theater (Kroll). Sonntag. Anfang 7 Uhr.
Montag: Geschlossen.
Schiller. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Helmat.
Montag: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.

Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Nacht der Hinführung.
Montag: Der Biberpelz.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Othello, der König von Venedig.
Montag: Ueber unsre Kraft. (2. Teil.)
Leffing. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Nachmann als Erzähler.
Reifend. Sein Doppeltgänger. — Fortsetz.: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Das blaue Cabinet.
Montag: Sein Doppeltgänger. Fortsetz.: Im Coupé.

Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Brosepfel.
Montag: Das ewig Weibliche.
Welken. Katinka. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags: Der Troubadour.
Montag: Katinka.
Secessionstheater. Delfos Willenskrone. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Central. Vose Blätter. Hierauf: Diogenes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Weibha.
Montag: Vose Blätter. Hierauf: Diogenes.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Kuffen. Bei kleinen Deuten. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Goldbauer.
Montag: Der Goldbauer.
Carl Weiss. Berliner Rangen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Adelside. Egevir.
Montag: Berliner Rangen.

Freidrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Dämonenschneider.
Montag: Die Landstreicher.
Belke-Alliance. Talolo. Anfang 8 Uhr.
Casino Theater. Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 7 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Waife von Lowood.
Montag: Berlin W. — Berlin N.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbierere. Anfang 7 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Vassage Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang mittwochs 12 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Urania. Lindenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolfen.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Sonntagabend (11 Uhr): Helmat.
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann. Sonntagabend 8 Uhr: Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Montagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.
Dienstagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.

Central-Theater.
Nachmittags 4 Uhr. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Die Geisha.**
Operette in 3 Akten von S. Jones. Abends 7 1/2 Uhr:
Lose Blätter
in 2 Abteilungen. 1. Abteilung: Vorstellung auf dem Theater. 2. Abteilung: Lose Blätter. — Hierauf: **Diogenes.**
Operette in 1 Akt von Julius Freund. Musik von Bognerl Jopler.
Morgen und folgende Tage: **Lose Blätter.** Hierauf: **Diogenes.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolfen
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 3 Uhr. Keine Preise: **Adelside.** — Dann: **Die denken Sie aber Dreyfus?** — Zum Schluss: **Egevir.**
Direktor Rentier (Ademat) Carl Weiss.
Abends 7 1/2 Uhr: **Die denken Sie aber Dreyfus?** — Schwan in 1 Akt von Felix Grun. Hierauf:
Berliner Rangen!
Große Ausstattungspose mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard.
Montag: Berliner Rangen.

Apollo-Theater.
Heute letzter Sonntag:
Frau Luna
mit dem herrlichen Luftballett **Grigolatis.**
Ferner:
Die phanom. 10 Spezialitäten.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Dienstag, den 15. Oktober:
Zum 400. und letzten Male:
Frau Luna.
Metropol-Theater.
Schön war's doch!
Gr. Berliner Anstaltungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephl a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang wochent. 5, Sonntags 2. Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth,
die Kuhnag aus dem Rheinlande
Hiasl und Franzl,
die bayrischen Jaxbrüder und Schuhplattler
17 erstkl. Nummern.
Kösliner Hof,
Kösliner-Strasse No. 8.
Erster u. zweiter Weidnachtsfest zur Matinee frei.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Herrliches Programm u. a. „Bosco.“
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Restaurant zur Pfalzburg,
St. Wilmersdorf, Folsburgerstr. 66.
Jeden Sonntag: **Tanz-Kränzchen.**
Hermann Otto.

Wo amüsiert man sich grossartig?
in **Schnegelsbergs Festsälen**
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
In: Max Schneider.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
verbunden mit Cigarren, Sanden-Regen und diversen Ueberraschungen. 24448*
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Passage-Theater.
Anfang wochent. 5, Sonntags 2. Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth,
die Kuhnag aus dem Rheinlande
Hiasl und Franzl,
die bayrischen Jaxbrüder und Schuhplattler
17 erstkl. Nummern.
Kösliner Hof,
Kösliner-Strasse No. 8.
Erster u. zweiter Weidnachtsfest zur Matinee frei.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die Elfe vom Gelsenhof.
Volkstümlich in 5 Aufz. v. Cour. Stand.
Nach der Vorführung: **Tanzkränzchen.**
Montag:
Maria Stuart.
Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Sonntag, 13. Oktbr., nachm. 4 Uhr:
Erstes populäres Konzert.
Parkett 2, 1 M.
Abends 8 1/2 Uhr: Eröffnungs-Programm. **Die Gefangene.**
Brettleiters Höllenfahrt
etc. — Parkett 6, 5, 8 M.

Palast-Theater
(früher Geu-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Sonntag, den 13. Oktober 1901:
Gr. Extra-Vorstellung
der mit so kolossalstem Beifall aufgenommener
15 Sensations-Nummern.
Um 8 1/2 Uhr Direktor W. Fröbel in der hochkomischen Operette **Weibliche Barbierere.**
Die drei Silbersterne.
Der Musik-Sport-Akt.
Lebende Riesen-Photographien.
Ab. 7 Uhr. Raffenerbin. 6 Uhr.
Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.

Casino-Theater
Lothringerstrasse 37.
Mary Ellys * Fritz Steidl
und das übrige sensationelle Spezialitätenprogramm.
Dazu der Schlager der Saison **Berlin N. — Berlin W.**
Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Auf allgemeinen Wunsch:
Die Waife von Lowood.

Cirkus
Albert Schumann.
Renz-Gebäude. Karlsruherstrasse.
Sonntag, den 13. Oktober,
nachmittags 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr:
2 große außerordentliche 2
Gala-Vorstellungen.
In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends, gleich reichhalt., abwechslungsreiches Programm. Aufzutreten sämtl. neu engagierten Spezialitäten sowie Dir. Albert Schumanns anerkannt anerkannt dabeistehenden Originaldarstellern.
Nachmittags auf allen 1 Kind frei jedes weitere Kind die Hälfte (abends jedoch volle Preise).
Zum 2. Male:
A Travers Paris
(Quer durch Paris)
mit dem Schlussspektakel: **Nordseebad Scheveningen.**
Große Ausstattungspantomime aus der Gegenwart mit hervorragenden Licht u. Wassereffekten in 8 Akten von René Bonis, Paris. Musik u. Guitte Dolaire, Paris. In Szene gesetzt v. Direktor Albert Schumann.
Montag: **Gala-Sport-Vorstellung.**
Zum 3. Male: **A Travers Paris.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solree: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr,
von 5-7 Uhr Konzert.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
Wochentags Vereinskonzert gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Herrliches Programm u. a. „Bosco.“
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Restaurant zur Pfalzburg,
St. Wilmersdorf, Folsburgerstr. 66.
Jeden Sonntag: **Tanz-Kränzchen.**
Hermann Otto.

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wollen Sie mal herzlich lachen,

so geben Sie nach
Cirkus Renz-Tunnel!
Belling mit der Orgel ist wieder da!
Außerdem das große Oktober-Programm.
Heute Sonntag: **Gala-Vorstellung.**
Cirkus Renz Riesen-Tunnel
Karlsruherstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erschaffige. Divertion:
Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hütt.**
Jeden Sonntag nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Schon nächste Woche
Ziehung: 26., 28., 29., 30. Oct. und 1., 2. Nov. 1901.
4. Meissner Dombau-Geld-Lotterie
13 160 Gewinne und 1 Prämie in Höhe von
Mark 375000 Mark.
Baargeld ohne Abzug. Im glücklichsten Falle ist der grösste Gewinn zu **100000** Mark
1 Prämie zu **60000** Mark
1 Haupt-Gewinn zu **40000** Mark
1 Haupt-Gewinn zu **20000** Mark
1 Haupt-Gewinn zu **10000** Mark
2 Gewinne zu **5000** Mk. — **10000** Mark
5 Gewinne zu **3000** Mk. — **15000** Mark
20 Gewinne zu **1000** Mk. — **20000** Mark
30 Gewinne zu **500** Mk. — **15000** Mark
50 Gewinne zu **300** Mk. — **15000** Mark
150 Gewinne zu **100** Mk. — **15000** Mark
400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mk.
Loose à 3 Mark Porto und Liste 30 Pf. extra
gegen Postanweisung oder Nachn. durch das General-Debit **Alex. Hessel, Dresden, Weissegasse 1.**
K. S. Lotterie-Collection.
Verkaufsstellen in Berlin: **W. W. W. W.** Friedrichstr. 198-99; **Oscar Bräuer & Co. Nachf.** W. Friedrichstr. 181; **Wilsnackerstr. 63, Andreasstr. 46a; Ludwig Müller & Co., C.** Breitestrasse 5; **Carl Heintze, W.** Unter den Linden 3; **Emanuel Meyer jr., C.** Stralauerstr. 54; **Carl Leipziger, C.** Ebsenthalerstr. 53; **Hugo Rendelmann, W.** Friedrichstrasse 205; **M. Mündheim, SW.** 19; **Julius Hahlo, W.** Friedrichstr. 160; **H. Hiles, Sebastianstrasse 77; J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51; R. Schumacher,** Unter den Linden 43, und in allen durch Plakate kenntlichen Looshandlungen.

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Wie Kenner bezeugen,
ist es nur mit **Reichels Echter Französischer Cognac-Essenz** für 75 Pfg. — mit keiner andern — Natürliches Weindestillat — und 1 Ltr. Weingeist jedermann möglich, sich schnell und leicht nach der Methode der Charante fast selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack und vollen feingeistigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestelltes ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält.
Von den besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.
1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.
Tausende treue Kunden Jahr aus Jahr ein!!!
Kein Misslingen! **Die Erfolge überraschen!** Man prüfe selbst!
Neueste **II. Eier-Cognac-Essenz** fl. 75 Pfg. mit holländ. Rezept.
Essenzen-Fabrik **BERLIN S.O.,** Eisenbahnstrasse 4.
Fernsprecher: Amt IV 3190 — Amt VI 646.
Hier frei Haus durch meine Gespanne.
Versand nach auswärtig gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
Einzig echt und garantiert nur in Originalflaschen m. meinem **Namenszug** und **derschutzmarke**
Lichterz
Jeder verlange kostenfrei: **Die Geheimnisse der Liqueur-Fabrikation.**
Täglich begeisterte Anerkennungen! Glänzende Gutachten von Kennern!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1902

Mit mehreren Illustrationen u. H. Schwart von **Clebknechts Grab-Denkmal.**
Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhalts-Auszug.
Die neuen Gesetze betr. Soldaten: Ueberführung und Kriegswunden: Verlegung, erklärt von Paul Singer. — Reichstagswahl-Gesetze u. allen Verordnungen bis August 1901. — Neue Polizeiverordnungen: Resultate in Reich, Einzelstaaten und Städten über 100,000 Einwohner. — Gewerkschaften: Arbeiterführer mit Vorträgen von Gumbel, Gumbel, Willebrand, Ballant. — Militärwesen: Steigerung seit 94. — Wiffenswerthes über Kriegswunden und Gesundheits-Untersuchung: Mierzbach.

Gewerkschaftliche Kritik, z. B.:
Deutsche Streikethik 1900-1901. Deutsche Gewerkschaftsfrage. Was ist die Gewerkschaft? Aufgaben der Gewerkschaften: Organisation, Gewerkschafts-Interessen, Arbeiterkategorie. Neue Arbeiterbewegungen, Druck. Winkels für Arbeitsverhältnisse gehalten diesmal den Kalender für **Gewerkschaften und Partei** zu einem besonders praktischen und agitatorischen Nachschlagewerk. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Grunstr. 2.

Cirkus Busch.
Sonntag, den 13. Oktober 1901.
2 grosse Gala-Vorstellungen.
Nachm. hat jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind unter 10 Jahren frei. Nachm. 3 Uhr. Kraut mit 1. dresd. Kfen, sämtl. Clowns etc. — Abends: **Das gute Brandenburg allwege.** Ausgewähltes Programm.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: **Internationale Konzerte.** Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.** Vortreffliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Jede Dame spart Geld beim Einkauf von **Damen-Mänteln.** Nach beendeter Engros-Saison verkaufe **einzeln** zu **Engros-Preisen**

Winter-Jackets mit und ohne Seidenfutter **von 4 M. bis 20 M.**
Golf-Capes mit und ohne Seidenfutter **von 5 M. bis 25 M.**
Kinder-Jackets und Paletots **von 3 M. bis 10 M.**
Sacco-Paletots mit und ohne Seidenfutter **von 7,50 bis 30 M.**

Ein großer Posten Modelle hochleganter langer **Capes und Paletots** mit echten Pelzbesätzen. Verkäufer: **Herr, Tibet, unter** **Herstellungspreis.** Engros-Lager! Enorme Auswahl! **Kein Laden.** **Max Mosezytz,** Landsbergerstr. 59, 1. Trepp (am Alexander-Platz).

Echt chinesische Mandarinendaunen
das Pfund **Mk. 2.85** natürliche Daunen wie alle inländischen, garantiert neu und sauber, in Farbe ähnlich den überaus, anerkannt füllkräftig und haltbar; 3 Pfund genügen zum großen Oberbett. Zuwendende Anfertigungsschreiben. Verwendung umsonst. Versand gegen Nachn. von der ersten Bettfedernfabrik mit elektrischen Betriebe **Gustav Lustig,** Berlin S., Pringelstraße 45. Man verlange Proben!

Kommunalwähler-Versammlungen

Dienstag, den 15. Oktober, abends 8¹/₄ Uhr:

4., 9., 10. Bezirk (2. Wahlkreis)

bei Habel, Bergmannstr. 5/8.

Referenten: Genossen Zubeil und Dr. Bernstein.

11., 12. Bezirk (4. Wahlkreis 80.)

Central-Festhalle, Oranienstr. 180.

Referenten: Genossen Th. Metzner und G. Schulz.

22., 23. Bezirk (4. Wahlkreis 0.)

Königsbauk, Frankfurterstr. 117.

Referenten: Genossen Basner und Dr. Friedeberg.

29., 41. Bezirk (5. Wahlkreis)

im Johannisfaale, Johannisstraße.

Referenten: Genossen Babel und Dr. Friedeberg.

32. Bezirk (6. Wahlkreis)

bei Dase, Brunnenstr. 154.

Referenten: Genossen F. Wilke und Dr. Karl Liebknecht.

34., 35. Bezirk

bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

Referenten: Genossen Wurm und Ramlow.

36. Bezirk

bei Hübler, Zwinemündersstr. 42.

Referent: Genosse Dr. Weil.

44., 45. Bezirk

in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26.

Referenten: Genossen Th. Glocke und Dr. Karl Liebknecht.

48. Bezirk

bei Wwe. Schirm, Badstr. 19.

Referent: Genosse Wilh. Pfannkuch.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen.

2. Aufstellung der Kandidaten.

Um zahlreichen Besuch der Versammlungen ersuchen

200/17

Die Vertrauensleute.

Achtung! **Achtung!**

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Oktober, abends 6 Uhr, Kolbergerstraße 23:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: Kommunale Streiklichter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Beschlüsse. 5. Beschlüsse. 6. Beschlüsse. 7. Beschlüsse. 8. Beschlüsse. 9. Beschlüsse. 10. Beschlüsse. 11. Beschlüsse. 12. Beschlüsse. 13. Beschlüsse. 14. Beschlüsse. 15. Beschlüsse. 16. Beschlüsse. 17. Beschlüsse. 18. Beschlüsse. 19. Beschlüsse. 20. Beschlüsse. 21. Beschlüsse. 22. Beschlüsse. 23. Beschlüsse. 24. Beschlüsse. 25. Beschlüsse. 26. Beschlüsse. 27. Beschlüsse. 28. Beschlüsse. 29. Beschlüsse. 30. Beschlüsse. 31. Beschlüsse. 32. Beschlüsse. 33. Beschlüsse. 34. Beschlüsse. 35. Beschlüsse. 36. Beschlüsse. 37. Beschlüsse. 38. Beschlüsse. 39. Beschlüsse. 40. Beschlüsse. 41. Beschlüsse. 42. Beschlüsse. 43. Beschlüsse. 44. Beschlüsse. 45. Beschlüsse. 46. Beschlüsse. 47. Beschlüsse. 48. Beschlüsse. 49. Beschlüsse. 50. Beschlüsse. 51. Beschlüsse. 52. Beschlüsse. 53. Beschlüsse. 54. Beschlüsse. 55. Beschlüsse. 56. Beschlüsse. 57. Beschlüsse. 58. Beschlüsse. 59. Beschlüsse. 60. Beschlüsse. 61. Beschlüsse. 62. Beschlüsse. 63. Beschlüsse. 64. Beschlüsse. 65. Beschlüsse. 66. Beschlüsse. 67. Beschlüsse. 68. Beschlüsse. 69. Beschlüsse. 70. Beschlüsse. 71. Beschlüsse. 72. Beschlüsse. 73. Beschlüsse. 74. Beschlüsse. 75. Beschlüsse. 76. Beschlüsse. 77. Beschlüsse. 78. Beschlüsse. 79. Beschlüsse. 80. Beschlüsse. 81. Beschlüsse. 82. Beschlüsse. 83. Beschlüsse. 84. Beschlüsse. 85. Beschlüsse. 86. Beschlüsse. 87. Beschlüsse. 88. Beschlüsse. 89. Beschlüsse. 90. Beschlüsse. 91. Beschlüsse. 92. Beschlüsse. 93. Beschlüsse. 94. Beschlüsse. 95. Beschlüsse. 96. Beschlüsse. 97. Beschlüsse. 98. Beschlüsse. 99. Beschlüsse. 100. Beschlüsse.

Gemütliches Beisammensein.

Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr,

im „Königstadt-Casino“ (Raddatz), Holzmarktstrasse 72:

Vortrag des Genossen Dr. Friedeberg über:

Die Schwindsucht und ihre Bekämpfung.

Nach dem Vortrage:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

Arbeiter - Bildungsschule.

Sonntag, den 27. Oktober 1901,

im grossen Saal des Gewerkschaftshauses,

Lilienkron- und Falke - Abend.

Fest-Vortrag: Kammermusik. Recitation und Gesang.

Eröffnung 6 Uhr. Anfang präo. 7 Uhr.

Eintritt inkl. Programm und Garderobe 50 Pf. Nachher Tanz.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Montag, den 14. Oktober 1901, abends 8¹/₄ Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Branchenversammlung der Steinbildhauer

Tages-Ordnung:

1. Stellenvermittlung. 2. Sind die Einigungsbestimmungen auch für Unternehmern gültig? 3. Unser Vortrag (Wienerschlag am Sonnabend etc.)

Dienstag, den 15. Oktober 1901, abends 8¹/₄ Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn stud. phil. P. Eberhardt über: „Blau's Stool“. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch beider Versammlungen ersucht

Der Vorstand.

Cementierer!

Mittwoch, den 16. Oktober, bei Nümann, Brunnenstraße 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom III. Quartal. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Mitgliedsbuch kontrolliert.

Achtung! **Achtung!**

Schneider u. Schneiderinnen aller Branchen!

Büglern, Zuschneider, Stepper, Mäntelnäherinnen,

Blusenarbeiterinnen, Herren- und Knaben-Konfektions-

schneider und Näherinnen!

5 öffentliche Versammlungen.

Am Montag, den 14. Oktober, abends 8¹/₄ Uhr, in den Johannis-Festhallen, Johannisstr. 20.

Am Dienstag, den 15. Oktober, abends 8¹/₄ Uhr:

Norden: Berliner Prater, Kolonnen-Platz 7. Osten: Strehlitz Saal, Andreadstr. 21.

Wedding: Kolberger Salen, Kolbergerstr. 25. Süd-Osten: Zandsoel, Kolonnen-Platz 40.

Tages-Ordnung:

1. Die Forderungen der deutschen Schneider und Schneiderinnen an die Gesetzgebung bezüglich der Heimarbeit. 2. Diskussion.

Referenten: Reichstags-Abgeordnete Holkenbaur, Reibel, Hoch, Reisshaus und Albrecht.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Frieda Cohn

Otto Barath

Berichte.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass mein guter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Stützmüller

Gustav Michelchen

plötzlich am Herzschlage verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Ida Michelchen, geb. Rufe.

Anna und Paul, Kinder.

Emil Pohlmann und Frau, geb. Michelchen.

Berlin, den 11. Oktober 1901.

Die Beerdigung findet am Montag, den 14. Oktober, nachm. 4 Uhr, von der Halle des neuen Vullen-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. [10035]

Central-Verband

der Zimmerer Deutschl.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Mitglied

Wilhelm Pohl

am 9. d. M. an Lungenerkrankung verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Festhalle des Andreas-Kirchhofes in Wehlensberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Danksagung.

Sagen hiermit allen Genossen, Freunden u. Bekannten für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unsern guten Mutter den herzlichsten Dank.

11028

H. Clemens nebst Kindern.

Danksagung.

Allen denen, welche meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit herzlichsten Dank.

20772

Hermann Weitz.

Orts-Krankenkasse

der

Schneider, Schneiderinnen u.

verwandten Gewerbe zu

Berlin.

Die Vertreter der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Gewerbe zu Berlin werden zu der am

Montag, 21. Okt., abds. 8 Uhr,

in den „Kornhäuser“, Kommandantenstraße 20, stattfindenden

außerordentlichen

General-Versammlung

hierdurch eingeladen.

Tages-Ordnung:

Änderung der §§ 20, 30 des Statuts.

Der Vorstand. [10946]

Frau Rothmann, Born, Völkenerstr. 3.

Ernst Jachs, Schriftf., Strömstr. 35.

Berichtigung.

Herr Paul Hegow, Betzstr. 3,

erlaubt, und folgende Berichtigung aufzunehmen:

„Ich erkläre hiermit, dass ich meine Milch nach wie vor (ca. 600 Liter täglich) aus Bergsdorf, Markt, beziehe und ansonsten eine Molkerei habe, die also nicht auf Ringmilch angewiesen.“

Für Maurer,

welche sich im Zeichen, Veranschlagt sowie in allen technischen Bauarbeiten etc. zum Vollerwerb ausbilden wollen, bietet ich günstige Gelegenheiten, an dem Winterkursus (Abendstunden u. Sonntags) teilzunehmen.

Karl Karras, Bauvermeister, 10725

Beufelstr. 71.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.

Haut- u. Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Cigarrengeschäft.

neu eröffnet von H. Bräuer,

Schwebelstr. 18, allen Rauchern bestens empfohlen.

11208

Schöneberg.

Socialdemokratischer Wahl-Verein.

Dienstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Obf'schen Lokal,

Reinigungsstr. 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen- und Revisionbericht. 3. Bericht der Bibliothekare. 4. Bericht der Vorberedung und Lokalkommissionen.

5. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und der Lokalkommissionen.

6. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 7. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes anwesend zu sein.

Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 5¹/₄ Uhr, im Lokal des Herrn Hoffmann, Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung. 1. Vortrag: „Wohin steuern wir?“ Referent Stadterordneter H. Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

An die Mitglieder wird die Bitte gerichtet, ihre Familienangehörigen sowie Gäste mitzubringen. Regen Besuch erwartet.

250/12

Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler, Anstreicher etc.

Dienstag, den 15. Oktober er., abends 8¹/₄ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow. Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten. Um recht zahlreichen Besuch bitten

Der Vorstand. J. K. W. Buschold.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 14. Oktober 1901, abends 8¹/₄ Uhr, bei Raabe,

Kolbergerstraße Nr. 23:

Bezirksversammlung für Wedding u. Gesundbrunnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow über: „Der deutsche Bauernkrieg 1525.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Vertretungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch erwünscht. Auch Gäste und Frauen haben Zutritt.

Am Montag, den 14. Oktober, abends 8¹/₄ Uhr, in Habels

Brauerei, Bergmannstraße 5-7:

Bezirks-Versammlung für Südwesten und Westen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Krankenversicherungsgesetz“. Referent Kollege

Koblenzer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich mit ihren Damen zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten = Arbeiter und = Arbeiterinnen.

Dienstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Schädigung der Musikinstrumenten-Industrie durch den Zolltarif und welches Interesse haben die Arbeiter an der Befreiung eines freien Handelsverkehrs. Referent Kollege Robert Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Es gilt Protest einzulegen gegen die unaussprechliche Schädigung unserer Industrie durch die Zollpläne der Regierung; darum ist es dringend notwendig, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Branchen-Kommission.

Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im „Märkischen

Hof“, Admiralstraße 18c:

Bezirks-Versammlung der Bezirke Süden und Süd-Osten.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Hellmann über: „Die Funktionen der englischen Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Richtmitleider und Frauen haben Zutritt.

Am Sonntag, den 20. Oktober 1901, vormittags 9 Uhr:

Urania-Vorstellung.

Billetts sind in allen Zahlstellen und im Arbeitsnachweis, Engel-Ufer

Nr. 15, zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 15. Oktober, abends 6 Uhr,

bei Buske (Nachfolger Schulz), Grenadierstr. 33:

Versammlung

Tages-Ordnung:

Wie weit sind unsere Arbeitgeber in Bezug auf die Forderungen ihrer

Berpflichtungen nachgekommen? Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.

Lehrplan für das IV. Quartal 1901.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Geschichte	Litteratur bei den Urvölkern und im Altertum	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Montag
Natur-Erkennntnis	Die Lehre von der Energie	Dr. Robert Hasse	Dienstag

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schürh, Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Halbjahr vom Vertrauensmann. 2. Gewerkschaftliches.
Plicht eines jeden Fliesenlegers ist es, zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Kürschner. Achtung!

Montag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstr. 11:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten über den Leipziger Kongress. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des 2. Quartals des 4. Jahrganges. 4. Verschiedenes.

Centralverband der Maurer u. Zahlstelle Berlin II.

Dienstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:

2 Mitgliederversammlungen für Osten:

in Imbs Ostbahnhof, Rüdigerdörfer-Str. 71.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Obsteuere und Neuwahl derselben. 2. Verschiedenes.

für Südoften:

bei Krüger, Raunowstr. 6.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag von Fräulein Imle über: Die deutschen Arbeiter und der Kampf ums Dasein. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Um regen Besuch dieser Versammlung ersucht
144/10 Die Verbandsleitung.

Central-Verband der Töpfer.

(Filiale Berlin.)
Montag, den 14. Oktober er., abends präcise 6 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29 (Grosser Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Mitglieder des Vereines - Ausschusses über die Beschlüsse der Innungs-Versammlung. 2. Bericht über den Stand der Fensterfrage. 3. Gewerkschaftliches.

Die Vertrauensleute der einzelnen Bauten werden ersucht, am Montag im Laufe des Tages einen Bericht an unser Bureau, Neue Friedrichs-Str. 20, gelangen zu lassen, inwieweit die Fenster verlagert, resp. Aussicht auf Verlagerung vorhanden ist.

Die Versammlung wird pünktlich 6 Uhr eröffnet.
Der Vorstand.

Central-Verband d. Fleischer u. Berufsgen. Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 20. Oktober d. J., von abends 6 Uhr ab:

Herbst-Vergnügen

in den Armin-Hallen, Kommandanten-Str. 20.
Hilfs (Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.) sind in den Zahlstellen zu haben.

Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Winterkursus in unserer Filiale Brunnenstr. 150 beginnt am Montag, den 14. d. M., abends 9 Uhr.

Vortrag über Fleisch und Felle des Kursums und Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf., monatlicher Beitrag 25 Pf. Bibliothek steht unentgeltlich zur Verfügung. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

261b Der Vorstand.

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.

Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Anträge. 3. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Satzliches Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher! Achtung!

Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstr. 21:

Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Da wichtige Fragen auf der Tagesordnung sind, erwartet das Erscheinen aller Kollegen
94/16 Der Vorstand. J. A. Karl Juckel.

Achtung! Kistenmacher! Achtung!

Montag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstr. 21:

Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Da wichtige Fragen auf der Tagesordnung sind, erwartet das Erscheinen aller Kollegen
94/16 Der Vorstand. J. A. Karl Juckel.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Beuthstraße 2/3.

Zu beziehen durch die Expedition sowie durch die Buchhandlung Vorwärts, Beuthstraße 2/3.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg ist erschienen und von derselben zu beziehen:

Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1902.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Preis 40 Pfg.

Bei Einsetzung bitten wir um Einbindung des Betrages nicht 10 Pfennig für Porto in deutschen Briefmarken.

Inhalt: Kalendarium. - Volkswesen. - Staatliche Sammel. - Wirtschaft. - Meilen und Märkte. - Im Kreislauf des Jahres. - Die Geschichte vom starken Mann. - Von Gull Rosenow (mit Illustrationen). - Ten Frühling zu Gedicht von Ernst Kroschke. - Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. - Von Paul Singer. - Wilhelm Dieckhoff, ein Charakterbild. - Von Robert Schöndel. - Die Gefährdung Europas. - Von Max Schöppel (mit Illustrationen). - Woher kommen unsere Schwebeliegen? - Von Dr. Kurt Grötschel. - Schuttsche Gedichte von Dr. Friedrich. - Aus den Lehrbüchern. - Erzählung von Robert Schöndel (mit Illustrationen). - Streif. Gedicht von Ludwig Kellen. - Unser weiterer Vortritt unter Ausnahmestellen. - Von I. A. - Eine englische Arbeiter-Gewerkschaft. - Von Edward Bernstein (mit Illustrationen). - Große ur. Gedicht von Ernst Bergmann. - Die letzten Reichstagswahlen in Oesterreich. - Von G. Bernerstorfer. - Doch- und Untergrundbahnen. - Von A. G. (mit Illustrationen). - Ein französischer Wanderversteher im 16. Jahrhundert. - Von Adolf Braun. - Der Gedächtnis. Gedicht von E. Bergmann. - Fliegende Wälder. - Das Schwere des Bürgermeisters. - Schwanz von A. G. Diebstahl. - Für unsere Ratschläger. - Trübsaligkeit. - Bräutertagen. - Hierzu vier Kupfer:
- Wilhelm Dieckhoff. - Die Schmittlerin. - Die ersten Kisten. - Bauischer Hochzeitslied. - Ein Arbeiterbrot auf Auswanderungspapier. - Gerichten. - Ein Wandkalender.

Milchmangel in der Reichshauptstadt.

Berlin leidet Not an frischer Milch. - Es ist dies besonders beunruhigend für viele Mütter, welche sich jetzt frische Milch in guter Qualität nur sehr schwer oder gar nicht beschaffen können. Rathhaken schreibt - was thun?

Den Müttern unserer Kleinen sei in Erinnerung gebracht, daß das herkömmliche, seit mehr als 35 Jahren in Gebrauch stehende Rindermilch von Henry Nestle in Vevey (Schweiz) das einzige derartige Produkt ist, welches keimfreie Milch von gesunden, auf frischen Alpenweiden weidenden Kühen enthält und das deshalb zu dessen Zubereitung nur noch Wasser erforderlich ist.

Die enorme Entwicklung, welche dessen Verkauf genommen hat, ist der beste Beweis, wie hoch dasselbe von medizinischen Autoritäten und dem Publikum im allgemeinen wegen dieser ihm einzuigen Qualität geschätzt wird.
E. R. R.

Herren-Vortrag.

Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Gautewichs Festsaal“, Reichensbergerstr. 147 und Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Zobereitels Restaurant“, Mariannenstr. 31. Carl Brackhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Kränklichkeiten“.
10715 Eintritt frei! Nur für Herren!

J. Wand's Kleidermagazin für Alt und Neu!

Prinzen-Strasse 17.
Täglich Eingang von Monatsanzügen, Monatspöteln, Gesellschaftsanzügen, in den feinsten Stoffen gearbeitet, auch für formale Figuren passend, zu staunend billigen Preisen. 110506

Patzenhofer Marine-Bräu,
ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichnetster Bekömmlichkeit. (2345L)

Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.-
1/2 To. M. 3.25
1/3 To. M. 2.65

Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24/27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Achtung! Vereine, Fabriken!

Märkischer Hof, Unterwallstr. 18a.
Der große Saal ist noch Sonnabend, den 9., und Sonnabend, den 30. November, zu vergeben.
Jeden Sonntag: Großer Ball.

A. B. Koch,

Kohlen- und Briketts-Großhandlung.
Fabrikant: Brombergerstr. 15.
Kaufmännischer Amt VII, Nr. 3040.
Kauf Sie nach Gewicht!
Bis auf weiteres liefert ich ob meinem Lagerplatz, Brombergerstr. 15: Zeuffenberger Marie I, 7 Zoll, pr. Ctr. 85 Pf. - Zeuffenberger Marie II, 7 Zoll, pr. Ctr. 90 Pf. - Special-Marke „Marienthal“, 7 Zoll, pr. Ctr. 95 Pf. - Bruch-Preßkohlen pr. Ctr. 80 Pf. - Briketts-Briketts pr. Ctr. 70 Pf. - 1 Ctr. = 112-120 Stk. Gas-Coals, zerlein, pr. Ctr. 145 Pf. Gas-Coals, Stückchen, pr. Ctr. 125 Pf. 1 Kistler wiegt ca. 90 Pf. Anfuhr per Ctr. 5 Pf. Abtragen nach dem Keller pr. Ctr. 5 Pf.

Dr. Schünemann,

Specialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 3, 4/8-1/8.

Carl Helbig,

Seilgehilfe und Masfen für sämtliche Kranenfabriken Verding 11148*) und Umgegend.
Hofedonstr. 9, Eing. Wallstr. 19, I.

Achtung!

Folgende Molkereibesitzer, Milchhändler und Bäcker helfen die Milchvertheuerungs-Pläne des agrarischen Milchringes dadurch fördern, daß sie Ringmilch verkaufen beziehungsweise mit dem Milchring in Geschäftsverbindung stehen:

Molkereibesitzer.

- Wille, H. Hamburgerstr. 9.
- Meincke, Friedrichsbergerstr. 24.
- Meißner, Grüner Weg 11.
- Chapuis, Reinholdsdorf, Brodmannstr. 8.
- G. Jahn, Schöneberg, Sedanstr. 28.
- Neumann, Vinnitzerstr. 202.
- Witte, Große Frankfurterstr. 8.
- Baurath, Vriebenowstr. 7.
- König, Wilmannstr. 27.
- Marzahn, Kopenstr. 14.
- G. Müller, Hingelstr. 29.
- Berchardt, Kleine Frankfurterstr. 14.
- Symanski, Müllerstr. 53a.
- Tietz, Mantelstr. 6.
- Verner, Franziskaner Allee 14.
- Donau, Gartenstr. 71.
- Schmidt, Marienburgerstr. 30a.
- Blankenburg, Blumenstr. 70.
- Vorth, Ruchstr. 23.
- G. Reiche, Faldensteinstr. 13.
- Reich, Ammannstr. 25.
- Richardt, Marienburgerstr. 30.
- Döring, Hirtenstr. 21.
- Vietich, Charlottenberg, Gomerstr. 23.
- Egert, Kleine Frankfurterstr. 15.
- Schulz, Charlottenburg, Bismarckstr. 75.
- Challe, Charlottenburg, Wallstr. 68.
- Wölfe, Charlottenburg, Bismarckdörferstr. 33.
- Hilbrich, Charlottenburg, Bismarckdörferstr. 124.
- Koch, Große Frankfurterstr. 106.
- Leypold, Mühlstr. 37.
- Kausch, Rixdorf, Heidenstr. 72.
- Jemde, Friedrichsberg, Berlinstr. 89.
- Steinbach, Weidingerstr. 8.
- Stegemann, Petersburgerstr. 38.
- H. Marquardt, Poppel-Allee 44.
- Hug, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 99.
- Hall, Johannistich 5.
- Tanchert, Dögelbergerstr. 51.
- Kupich, Neue Schönhauserstr. 19.
- Demant, Vinnitzerstr. 6.
- Amppel, Waldemarstr. 32.
- Wetjke, Weidingerstr. 7.
- Robr, Belfortstr. 11.
- Haupt, Gartenstr. 31.
- Jessert, Straßburgerstr. 43a.
- S. Wölfe, Straßmannstr. 22.
- W. Vindete, Neue Königstr. 91.

- Verner, Straußbergerstr. 12.
- Kuchler, Brunnenstr. 176.
- Knapf, Grunewaldstr. 113.
- Vichtenberg, Drogenstr. 26.
- Schwerdtfeger, Schlegelstr. 31.
- Vod, Alandburgerstraße, Stadtdamm-Logen.
- Zeis, Landbergerstr. 14.
- Rehmann, Schweinmörderstr. 39.
- Reh, Sauerstr. 112.
- W. Reg, Weinbergstr. 3.
- Wenger, Straßener Allee 20b.
- W. Hoyer, Neue Königstr. 61.
- Dieterich, Preussener Allee 14.
- Steiniger, Vangstr. 105.
- Loy, Thierstr. 16.
- H. Frische, Georgenkirchstr. 41.
- Kupich, Neue Schönhauserstr. 19.
- Seibtranz, Frankfurter Allee 34.
- Lehn, Kopenstr. 87.
- Christ, Königsbergerstr. 25-27.
- Wöhle, Schöneberg, Gothenstr. 5.
- Wohle, Freystr. 3.
- Wempe, Hingelstr. 29.
- Wredemann, Schmidtstr. 8.
- Walm, Pantow, Schmidtstr. 9/10.
- Wand, Thierstr. 19.
- Hinow, Wallfadenstr. 63.
- Reil, Hühnerstr. 23.
- Geisemann, Rödernstr. 72.
- Wahle, Straßener Allee 44.
- Wahle, Wogauerstr. 26.
- Wand, Viehstr. 44.
- Janisch, Ruchstr. 6.
- Hingel, Ruchstr. 7.
- Kochnid, Belfortstr. 3.
- Kielmann, Neu-Weihenfer, Albershinastr. 4.
- Wens, Vinnitzerstr. 16.
- Richter, Landsberger Allee 130.
- Grans früher Klein, Frankfurter Allee 83.
- Krut, Vinnitzerstr. 23.
- Christian Schöndel, Albershinastr. 5.
- Jernitz, Wallfadenstr. 46.
- Wipps, Danzigerstr. 68.
- Seebik, Frankfurter Allee 110.
- Kerndsen, Oranienburgerstr. 5.
- Peters, Vinnitzerstr. 3.
- Reitte, Weidenweg 30.
- Wolke, Grüner Weg 49.
- Kleie, Rheinbergerstr. 53.
- Goldschmid, Rüdigerdörferstr. 2.
- Kadur, Straßburgerstr. 20.

- Neuendorf, Stummelsburg, Schillerstr. 24.
- Sohn, Brunnenstr. 83.
- Schulze, Ackerstr. 152.
- Kargow, Heidebellenerstr. 51.
- Berg, Straußbergerstr. 51.
- Bohr, Ruchstr. 23.
- Damaiche, Fruchtstr. 23.
- Niehödt, Ackerstr. 31.
- Schulze, Hofenstraße 50.
- Wannoch, Kallersstr. 10/11.
- Buro, Marienburgerstr. 10.
- Schubler, Gr. Frankfurterstr. 59.
- Heinrich Jodland, Stallstr. 146.
- Schmid, Vangstr. 59.
- Knopf, Vinnitzerstr. 13.
- Preh, Schliemannstr. 19.
- Richter, Stallstr. 143.
- Dargel, Ruchstr. 5.
- Welleuthin, Friedenstr. 56.
- Hammer, Freystr. 11.
- Schulze, Viehstr. 10.
- Viechmann, Rüdigerdörferstr. 24.
- Viebia, Weidenweg 44.
- Kunze, Weidenburgerstr. 59.
- Stegemann, Petersburgerstr. 38.
- Schulz, Thierstr. 39.
- Präggemann, Ruchstr. 13.
- Knapf, Vinnitzerstr. 6.
- Wende, Köpferstr. 44.
- Prehm, Brangestr. 44.
- Wreischer, Waldemarstr. 14.
- Wiesler, Viehstr. 35.
- Winnenthal, Ackerstr. 27.
- Jorn, Vinnitzerstr. 5.
- Rehmann, Hermannplatz 8.
- Verend, Rödernstr. 71.
- Kalles, Brangestr. 84.
- Kolbe, Rixdorf, Landgrabenstr. 20.
- Sempe, Reinholdsdorf, Berlinstr. 49.
- Jessat, Straßburgerstr. 43.
- Wolke, Gr. Frankfurterstr. 12.
- Wegel, Brunnenstr. 70.
- Wipps, Vinnitzerstr. 46.
- Simon, Vinnitzerstr. 12.
- Christ, Königsbergerstr. 26/27.
- Schmidt, Marienburgerstr. 30a.
- Schneider, Wilmersdorf, Berlinerstr. 28.
- Wölfe, Wilmersdorf, Berlinerstr. 45.
- Vriebe, Köpferstr. 10.
- Kochschmidt, Marienburgerstr. 5.
- Robr, Belfortstr. 11.
- Habrecht, Schmidtstr. 7.

- Koch, Färkenwälderstr. 2.
- Schneid, Vangstr. 59.
- Wülfenberg, Münchbergerstr. 29.
- Knoop, Vinnitzerstr. 13.
- Preh, Schliemannstr. 19.
- Bühner, Wilhelmstraße 18.
- Giehlfrant, Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstr. 36.
- Wölfe, Schöneberg, Gothenstr. 5.
- Niehödt, Ackerstr. 31.
- Verner, Straußbergerstr. 12.
- Wald, Rixdorf, Prinz Handbergstr. 42.
- Zyehr, Triftstr. 5.
- Reh, Sauerstr. 112.
- Rehmann, Freystr. 11.
- Wollenberg, Landsberger Allee 36.
- Neuendorf, Stummelsburg, Schillerstr. 24.
- Wölfe, Schöneberg, Kaiser-Wilmersdorf, Berlinerstr. 9.
- Reumann, Hohen-Schönhausen, Steinmann 7.
- Preh, Emanuelstr. 25.
- Zimmich, Vinnitzerstr. 7.
- Vielhahn, Köpferstr. 9.
- Hildebrandt, Neu-Weihenfer, Guffawölferstr. 153.
- Rosenberg, Kallersstr. 8.
- Wolke, Schwedterstr. 5.
- Wölfe, Brunnenstr. 96.
- Müller, Kuppenerstr. 41.
- Wabe, Bergstr. 15.
- Donau, Gartenstr. 71.
- Wohmann, Streckerstr. 39.
- Wipps, Vinnitzerstr. 13.
- Wöhler, Wilmersstr. 14.
- Wölfe, Sauerstr. 105.
- Schwertfeger, Schlegelstr. 31.
- Hacker, Ackerstr. 54.
- Wölfe, Wilmersdorf, Berlinerstr. 39.
- Reh, Sauerstr. 112.
- Wenger, Straßener Allee 14.
- Wölfe, Vangstr. 19.
- Wölfe, Wilmersstr. 77.

- Bischof, Jüdenstr. 26.
- Geppich, Stallstr. 8.
- Schmalz, Melandthorstr. 7.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 4.
- Vilge, Ludenstraße.
- Wand, Wilmersdorf, Berlinerstr. 13.
- Müller, Kommandantenstr. 55.
- Krüger, Wilmersdorf, Justusstr. 52.
- Wathella, Ostbahn 12.
- Heger, Vinnitzerstr. 38.
- Krüger, Wilmersdorf, 9.
- Jabusch, Friedenau.
- Wied, Rüdigerdörferstr. 23.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 47.
- Kantusch, Rottbuscherstr. 9.
- Schulze, Auguststr. 84.
- Hartmann, Wallfadenstr. 83.
- Reumann, Vinnitzerstr. 55.
- Wölfe, Guffaw Freystr. 8.
- Kauer, Friedrichsbergerstr. 12.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 45.
- Wölfe, Brandenburgerstr. 50.
- Wölfe, Wilmersdorf, 63.
- Wölfe, Kuppenerstr. 22.
- Schlicht, Guffawstr. 9.
- Korath, Blumenstr. 21.
- Verner, Vinnitzerstr. 24.
- Schumann, Fischerstraße 15.
- Wölfe, Ruchstr. 118.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 23.
- Wölfe, Kuppenerstr. 16.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 38.
- Wölfe, Frankfurter Allee 79.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 1.
- Kamit, Färkenwälderstr. 13.
- Vontor, Brüderstr. 5.
- Schmid, Ruchstr. 37.
- Wölfe, Ruchstr. 44/45.
- Klein, Anstammstr. 30.
- Willaat, Jüterstr. 21.
- Zetting, Vinnitzerstr. 7.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 44.
- Korn, Vinnitzerstr. 5.
- Wölfe, Brunnenstr. 189.
- Kranke, Stallstr. 102.
- Knoop, Vinnitzerstr. 24.
- Krüger, Kallersstr. 41.
- Wölfe, Weidenburgerstr. 81.
- Zimmich, Vinnitzerstr. 11.
- Kreuzer, Vinnitzerstr. 69.
- August Schulze, Auguststr. 84.
- Cito Krüger, Ebertstr. 50.
- Jan Faver, Stallstr. 12.

- Krapka, Ruchstr. 15.
- Wölfe, Stallstr. 23a.
- Bischof, Jüdenstr. 26.
- Reumann, Vinnitzerstr. 80a.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 23.
- Wölfe, Melandthorstr. 16.
- Wölfe, Turmstr. 82.
- Wölfe, Wilmersdorf, 38.
- Wölfe, Wilmersdorf, 25.
- Wölfe, Wilmersdorf, 104a.
- Schulze, Vinnitzerstr. 6.
- Wölfe, Faldensteinstr. 33.
- Wölfe, Wogauerstr. 2.
- Wölfe, Ruchstr. 2.
- Wölfe, Wilmersdorf, 3.
- Wölfe, Wilmersdorf, 73.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 73.
- Wölfe, Ruchstr. 13.
- Wölfe, Georgenkirchstr. 35.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 174.
- Wölfe, Königsbergerstr. 19.
- Wölfe, Marienburgerstr. 34.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 11.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 12.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 12.
- Wölfe, Ackerstr. 12.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 7.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 12.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 7.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 13.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 5/8.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 52.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 12.
- Wölfe, Charlottenburg, Wallstr. 22.
- Wölfe, Melandthorstr. 7.
- Wölfe, Ruchstr. 145.
- Wölfe, Wilmersdorf, 105.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 26.
- Wölfe, Ruchstr. 21.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 37.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 12b.

Achtung!

- Bäcker.
- Sohn, Melandthorstr. 29.
- Wölfe, Landsberger Allee 35.
- Gust, Straßener Allee 34.
- Wölfe, Vinnitzerstr. 2.
- Wölfe, Wilmersdorf, 28.
- Wölfe, Wilmersdorf, 32.
- Wölfe, Wilmersdorf, 32.
- Wölfe, Wilmersdorf, 14c.

Sämtliche Geschäfte, die ringfreie Milch führen, haben das rote Vereins-Plakat mit dem Namen Wiesener und dem Vereins-Stempel „Bereinigte Milchhändler Berlins und Vororte.“

Die Thätigkeit der socialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sept. 1899 bis 31. Aug. 1901.

Vorbemerkung.

Die socialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung zählte bis zum Ende des Jahres 1899 15 Mitglieder, sie stieg dann auf 22. Das ist gegenüber der aus 3 Fraktionen bestehenden „freisinnigen“ Mehrheit, die 120 Stadtverordnete umfaßt, nur eine kleine Minderheit. Aber es emte uns die Uebereinstimmung der Grundsätze und Ziele, es stärke uns das Bewußtsein, daß hinter uns und unsren Bestrebungen thätiglich die große Mehrheit der Berliner Bevölkerung steht, und daß der „Freisinn“ den Fortbestand seiner Herrschaft im roten Hause nur dem Dreiklassen-Wahlsystem verdankt.

Das Gemeindevahlrecht verdient den Namen: das elendeste aller Wahlrechte, ebenso wohl als das preussische Landtagswahlrecht. Das Gemeinde-Wahlrecht steht denen nicht zu, die nicht mindestens ein Einkommen von 600 M. versteuern. In Berlin gehen so etwa 55 000 Männer des Wahlrechts verlustig. Vom Gemeinde-Wahlrecht sind die sogenannten Schlossburgen — in Berlin etwa 10 000 Männer — ausgeschlossen. In der Gemeinde muß ferner von den Erwählten mindestens die Hälfte zu den Hausbesitzern gehören. Die Klassen-einteilung führte außerdem dazu, daß 1899 in Berlin

891 Wähler erster eben so viel Stadtverordnete wählten wie 7 740 Wähler zweiter Abteilung und 308 517 Wähler dritter Abteilung. Etwa 440 Proletarier hatten also nur eben so viel zu sagen, wie ein Reicher!

Auch die „Reform“ des Gemeindevahlrechts, welche 1900 vorgenommen wurde, hat hier nicht viel geändert. Denn es entfielen 1900 1446 Wähler auf die erste Abteilung, 26 705 auf die zweite, 804 418 auf die dritte. Das ist die Herrschaft des Gelds in der reinsten Form, der blutigste Lohn auf die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die vorgebildet der „Freisinn“ anstrebt. Trotzdem hat man auf freisinniger Seite für die Beibehaltung dieses Systems niemals so hohe Töne der Entrüstung gefunden, wie gegen das Landtagswahlrecht. Im Gegenteil: ein Führer der freisinnigen Volkspartei, der Stadtverordnete Cassel, sprach 1899 davon, daß bei Erlass der untersten Steuerstufe der Glaube entstehen könnte,

„daß in Berlin ein gewisses Eldorado vorhanden ist, in dem man zwar ein weitgehendes Wahlrecht hat.“

Und als die socialdemokratische Fraktion den Antrag stellte, daß die Stadtverordneten-Versammlung in Form einer Petition an den Landtag sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch bei den Gemeindevahlen aussprechen solle, stimmten mit nur zwei Ausnahmen die Freisinnigen dagegen und erklärten, daß sie das Wahlrecht nur denen gewähren wollten, welche über ein steuerfähiges Einkommen verfügen. Ein „Freisinniger“ erklärte sich sogar gegen das gleiche, für das Klassenwahlrecht, mit der Begründung, daß nur so die freisinnige Herrschaft in der Gemeinde aufrecht erhalten werden könne!

Das Schulwesen.

Die Socialdemokratie fordert, daß die heutigen Gemeindefschulen aus Schulen, die hauptsächlich von den ärmeren Klassen der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, zu „Volksschulen“ im wahren Sinne des Wortes werden. Nur dann, wenn die Kinder der Besitzenden nicht mehr die Vorschulen der höheren Lehranstalten, sondern ebenfalls die Gemeindefschule besuchen, wird auf gründliche Beseitigung der Mängel unseres Gemeindefschulwesens — der Ueberfüllung der Klassen, der stiegenden Klassen, des mangelhaften Lehrplanes usw. — zu rechnen sein. Angeblieh ist auch der „Freisinn“ für diese Forderung, doch fand bei der letzten Stadtberatung ein von uns gestellter Antrag, der auf die Beseitigung der Vorschulen abzielte, nicht die Zustimmung der freisinnigen Mehrheit. Gegen den Antrag führten die Freisinnigen u. a. an, daß bei Abschaffung der Vorschulen, in unsren Gemeindefschulen, wie sie heute beschaffen sind, die Kinder (der Besitzenden) dann um ein Jahr befristet teilhaftig werden!

Auf die Mangelhaftigkeit der Leistungen unsrer Gemeindefschulen wurde auch im Jahre 1900 von dem Stadtrath unsrer Fraktion aufs nachdrücklichste hingewiesen. Er führte an, daß im Jahre 1897 von den 18 870 aus den Berliner Gemeindefschulen entlassenen Kindern über 7000 — also weit über ein Drittel — das in 6 Jahren erfüllbare Penium der Volksschule trotz achtjährigen Schulbesuchs nicht erfüllt haben. Dies ungenügende Ergebnis wird durch die Ueberfüllung der Klassen verständlich, denn im Jahre 1898 war die durchschnittliche Schülerzahl einer Gemeindefschulklassen 51,12, einer Realschulklassen dagegen nur 37. Dafür betragen auch die Ausgaben der Stadt Berlin für ein Gemeindefschulland 1900 nur 64 Mark, dagegen für ein Kind der besitzenden Klassen, das ein Gymnasium besucht, 147,90 Mark.

Daß auch eine ausreichende Besoldung des Lehrpersonals zu den Vorbedingungen einer gedeihlichen Entwicklung des Gemeindefschulwesens gehört, ist von der Fraktion stets anerkannt worden. Demgemäß stimmten wir zu Beginn des Jahres 1900 einem Antrag auf Aufbesserung der Lehrergehälter zu und ergänzten denselben dahin, daß auch die Lage der Lehrpersonen durch Aussetzung zweier weiterer Altersstufen verbessert werde. Wenigstens eine von diesen Stufen fand die Zustimmung der Mehrheit.

Wir regten ferner an, daß während der Ferien von Gemeindefwegen für die Erholung der Kinder Vorkehrungen getroffen werde, deren Eltern dafür überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in dem erforderlichen Umfange zu sorgen vermögen. Es sollte unter geeigneter Leitung für gemeinsame Beschäftigung der Kinder im Freien durch Spiele, Spaziergänge, Ausflüge usw. gesorgt werden. Diese Anregung fand die Zustimmung der Stadtverordneten-Mehrheit. Der Magistrat stellte darauf auch Versuche dieser Art an, jedoch in durchaus unzulänglicher Weise.

Die von unsrer Fraktion zuerst angeregte Anstellung von Schulärzten wurde in der Berichtszeit praktisch versucht, indem wenigstens an 20 Schulen Schulärzte zur Anstellung kamen.

Auf dem diesjährigen preussischen Städtetage war zum erstenmal die Socialdemokratie vertreten und zwar durch den Genossen Singer, der als einer der fünf Delegierten der Berliner Stadtverordneten-Versammlung dorthin entsandt wurde. Er hatte dort Gelegenheit, zu Gunsten der obligatorischen Fortbildungsschule einzutreten, und rettete so wenigstens einigermaßen das Ansehen der Reichshauptstadt, da gerade die sonst tonangebenden Vertreter Berlins mit ihrer Gegnerschaft gegen diese so notwendige Maßregel auf dem Städtetage fast isoliert dastanden.

Die von uns immer wieder und wieder gestellte Forderung, daß die städtischen Volksbibliotheken und Leshallen in angemessener Weise vermehrt und ausgestattet werden, fand in der Berichtszeit teilweise Berücksichtigung. Auch der von unsrer Seite zuerst geäußerte Gedanke, daß eine städtische Centralbibliothek notwendig sei, hat im Prinzip sowohl beim Magistrat, wie bei der Stadtverordneten-Versammlung Anerkennung gefunden.

Öffentliche Gesundheits- und Krankenpflege.

Die socialdemokratische Fraktion lenkte zu Beginn dieses Jahres die Aufmerksamkeit der städtischen Behörden auf die auch in Berlin überaus große Säuglingssterblichkeit. Wir forderten, daß durch zweckmäßige und energische Fürsorge für die gesunden Mütter und Kinder — durch die Schaffung von Heimstätten für Schwangere, von Wöchnerinnen- und Säuglingsasylen, von hygienisch vollkommenen Krippen usw. — Abhilfe versucht werde. Unser Antrag, daß eine gemischte Deputation zur Vorberatung geeigneter Maßregeln eingesetzt werde, fand die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung. Ueber die Stellungnahme des Magistrats ist bisher nichts bekannt geworden.

Die Wasserversorgung Berlins beschäftigte in der Berichtszeit mehrfach die städtischen Behörden, u. a. aus Anlaß einer am 17. Dezember 1899 eingetretenen Verunreinigung des Leitungswassers in großen Teilen des Stadtgebiets. Die städtischen Behörden sahen sich schließlich zu dem Entschlusse veranlaßt, auf die Versorgung Berlins mit filtriertem Obersächsischen (See-) Wasser zu verzichten und wieder zur Entnahme des Wasserleitungswassers aus Tiefbrunnen zurückzukehren. Die socialdemokratische Fraktion konnte dabei darauf hinweisen, daß dies lange zuvor von ihr als die einzige hygienisch einwandfreie Lösung der Frage befürwortet worden war.

Auch die Fleischversorgung gab zu Erörterungen mehrfach Anlaß. Aus der Fleischschankstalt des Viehhofs — in der das „schwachsinige“ Fleisch gelocht oder gepöfelt wird, damit es dann ohne Gefahr genossen werden kann — war wiederholt gar nicht oder nur ungenügend zubereitetes und deshalb noch gesundheitschädliches Fleisch in den Verkehr gebracht worden. Das gab Anlaß zu einer Besprechung in der Stadtverordneten-Versammlung. Durchaus zutreffend äußerte sich dabei ein liberaler Stadtverordneter:

„Diese Anstalten dürfen sich überhaupt nicht in einem Privatbetriebe befinden; sie dürfen nicht einer gewissen Ausbeutung hingegeben sein.“

Leider hielt diese freisinnige Begeisterung für die von uns längst geforderte Uebernahme solcher Anstalten in städtische Verwaltung nicht lange an. In der ersten Sitzung einer auf Wunsch der Stadtverordneten eingesetzten gemischten Deputation — Frühjahr 1900 — herrschte zwar noch lebhafteste Stimmung für den Eigenbetrieb der Gemeinde. Als dann aber im Januar 1901 die zweite Sitzung stattfand, trat der socialdemokratische Vertreter allein noch für Uebernahme der Anstalt in Gemeindeverwaltung ein.

Die Unentgeltlichkeit der Desinfektion wurde auch in der Berichtsperiode von der socialdemokratischen Fraktion gefordert; es konnte auch diesmal darauf hingewiesen werden, wie aus den eigenen Verwaltungsberichten des Magistrats klar hervorgeht, daß das bestehende System der Ausbreitung der Desinfektion und damit die Volksgesundheit im höchsten Maße schädigt.

Der Plan eines „städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“ fand unsere volle Zustimmung.

Die Zustände unsrer städtischen Krankenhäuser, der Heimstätten für Geistesende usw., wurden von der socialdemokratischen Fraktion wiederholt zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht. Insbesondere gaben dazu die ständigen und berechtigten Klagen über die Ueberfüllung sämtlicher Berliner Krankenhäuser Anlaß. Nach den eigenen Mitteilungen des Magistrats fehlten schon im Jahre 1898 an der für die Berliner Bevölkerung notwendigen Zahl von Krankenhausbetten ca. 400 Betten. Es kam danach berechnet werden, daß im Jahre 1898 bereits 700, heute 1000 Betten fehlen. Von unsrer Seite wurde dies scharf gerügt, und auf die Beschleunigung der in Arbeit befindlichen Krankenhausbauten, auf sofortige Inangriffnahme neuer, auf provisorische Ausbühlmöglichkeiten gedrängt. Die Freisinnigen dagegen sahen ihre Aufgabe darin, die bestehenden Verhältnisse zu beschönigen und die vorhandenen, selbst in der liberalen Presse oft besagten Mängel als „Märchen“ zu bezeichnen. Dabei legte eine zu Ende des Jahres 1899 ergriffene Maßregel von dem schlechten Gewissen der Verwaltung deutliches Zeugnis ab.

Damals erhöhte die Charité die Verpflegungsjäge von 2 Mark auf 2,50 Mark pro Tag. Sofort folgte die Verwaltung der städtischen Krankenhäuser diesem Beispiel und gab damit das Signal zu einer allgemeinen Erhöhung. Davon hat nun die städtische Verwaltung nicht nur keinen Vorteil, sondern im Gegenteil erhöhte Ausgaben, denn die Stadt zahlt alljährlich eine höhere Summe an andre Krankenhäuser, als sie selbst in den städtischen Krankenhäusern an Verpflegungskosten vereinnahmt. Jede Erhöhung des Verpflegungssatzes bedingt also erhöhte Ausgaben. Trotzdem wurde das Beispiel der Charité befolgt, weil — sonst innerhalb zwei Tagen die städtischen Krankenhäuser überfüllt gewesen wären. Thatsächlich waren aber 2 oder 3 Tage nach Einführung der Erhöhung alle Bettungen voll davon, daß in sämtlichen Krankenhäusern Berlins kein Platz mehr frei sei, daß Kranke lange vergebliche Irrfahrten unternehmen mußten usw. Die Erhöhung der Verpflegungskosten war also eine ganz sinn- und zwecklose, den Finanzen der Stadt wie der öffentlichen Gesundheitspflege in gleicher Weise schädliche Maßregel, die nur als Keuzerung des schlechten Gewissens verstanden wird. Unfruchtbar wurde natürlich an dieser Art von Bekämpfung der Krankenhauserfüllung scharfste Kritik geübt. Wir befruchteten vielmehr, als darüber beraten wurde, wie man die in Krankenhäusern Verpflegten vor dem Verluste des Wahrechts schützen könne, die Einführung der unentgeltlichen Krankenhäuserpflege für diejenigen, welche den Unterstützungswohnsitz in Berlin erworben haben. Die endgültige Entscheidung hierüber steht noch aus. Die Erfüllung unsrer Forderung würde nicht allein die Wahlrechtsfrage in der einzig möglichen Weise lösen, sondern zugleich auch einen ungeheuren Fortschritt der öffentlichen Gesundheitspflege bedeuten.

Wie die Krankenhäuser sind auch die städtischen Heimstätten, die Irrenanstalten, die Siechenhäuser aufs äußerste überfüllt. In den Heimstätten z. B. müssen die Kranken vielfach monatelang auf Aufnahme warten, so daß ein großer Teil schon vorher verzichtet. Auch hier drängte unsre Fraktion wiederholt auf Abhilfe.

Ein besonderer Mangel der Krankenfürsorge unsrer Gemeinde ist dann weiter das gänzliche Fehlen eines städtischen Kinderkrankenhauses bei nicht genügendem Umfange der Kinderstationen in den allgemeinen Krankenhäusern. Man hat dieses wichtige Feld bisher fast ausschließlich — wie noch so manches andre — der privaten bzw. kirchlichen Wohlthätigkeit überlassen, die denn auch gerade auf diesem Gebiete in der Berichtszeit ihre gänzliche Inzulänglichkeit erwiesen hat. Die Verwaltung des Kaiserin und Kaiserin Friedrich Kinderkrankenhauses mußte zu Beginn dieses Jahres aus Mangel an Mitteln selbst die Uebernahme in städtische Verwaltung beantragen; wir drängten bei der Gelegenheit mit Erfolg auf die Beschleunigung der Uebernahme, damit rechtzeitig aus Mitteln der Gemeinde der notwendige Ausbau erfolge. Das andre in Berlin bestehende private Kinderkrankenhause ist das Elisabeth-Kinderkrankenhause in der Hasenheide, von dem kürzlich bekannt wurde, daß in ihm eine ganze Reihe von Kindern an Tripper angekränkt seien!

Daneben widmete die Fraktion besonderes Interesse auch den Wärtterverhältnissen in den städtischen Irrenanstalten. Durch die Reden unsrer Parteigenossen Antrim im Reichstoge war die öffentliche Aufmerksamkeit auf die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Krankenwärter gelenkt, und gezeigt worden, wie hierdurch auch die Kranken selbst leiden. Die Berliner städtischen Krankenhäuser machen bedauerlicherweise davon keine Ausnahme. Von uns wurde deshalb bei der Stadtberatung eine Besser-

stellung des Wärtterpersonals in Bezug auf Besoldung, Verpflegung, Arbeitsverhältnisse usw. gefordert. Bei der Freisinnigkeit fanden wir auch dafür kein Gehör. Diefelbe lehnte auch unsern Antrag ab, daß in der 3. städtischen Irrenanstalt zu Buch für das dienstfreie Wärtterpersonal — das teilweise nicht einmal eigene Schlafräume hat — besondere Erholungsräume geschaffen werden, wie sie für die Wärtzer in allen Irrenanstalten bestehen. Ja, als wir hygienische Bedenken vorbrachten gegen eine Vorlage des Magistrats, nach welcher Keller-räume des Siechenhauses zu Wohnungen für das Personal eingerichtet werden sollten, stimmte die Mehrheit nicht einmal der Nachprüfung des Projektes in einem Ausschusse zu.

Armenverwaltung.

Aus dem Gebiete der Armenverwaltung sei hervor- gehoben, daß es gelungen ist, den Frauen größere Rechte zu erkämpfen. Während bislang nur Männer als Armenkommissions- mitglieder wählbar waren, sind fortan zu Mitgliedern einer Armenkommission alle großjährigen Angehörigen eines deutschen Bundesstaates, ohne Unterschied des Geschlechts, wählbar, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und in Berlin wohnhaft sind. Die Armenpflegertinnen haben als Mitglieder der Armenkommissionen bei der Beratung und bei der Beschlußfassung dieselben Rechte wie die Armenpfleger. Da die Armenverwaltung jährlich über 40 000 Personen aus öffentlichen Mitteln unterstützt muß und die Armenkommissionen die Grundlage der Armenfürsorge bilden, so erschließt sich den Frauen ein weites Gebiet kommunaler Mitthätigkeit. Den Waiseupflegerinnen gleichfalls über ihr jetzt bestehendes Recht, Recherchen anzustellen und mitzubereiten, hinaus beschließende Stimme unzuändern, ist wiederholt, bislang aber erfolglos, von uns angeregt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Für die städtischen Arbeiter brachte die Berichtszeit einige nicht unwesentliche Verbesserungen. Zu diesen ist in erster Linie zu zählen der Gemeindebeschluß betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen.

Die socialdemokratische Fraktion hatte schon im Jahre 1897 einen ähnlichen Antrag gestellt, in welchem zwar eine Beitragspflicht der Arbeiter selbst vorgesehen war, dafür aber auch für dieselben ein Rechtsanspruch auf die Leistungen der zu errichtenden Invaliden- versorgungskasse und ein Anteil an der Verwaltung gefordert wurde. Damals erledigte die freisinnige Mehrheit den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung. Die jetzt vom Magistrat eingebrachte Vorlage entsprach, soweit das Prinzip der Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung in Frage kommt, unserer damaligen Forderung und nahm sogar von Beiträgen der Arbeiter Abstand. Es wurden auch von uns noch einige Verbesserungen durchgesetzt, so z. B. eine Bestimmung, welche den mehr als 15 Jahre im Gemeindefdienste thätigen Personen im Fall einer ohne ihr Verschulden erfolgenden Entlassung ein kleines Ruhegeld absetzt; so Bestimmungen betr. Anrechnung der früheren Arbeitszeit bei kurz dauernden Arbeitsunterbrechungen, betr. Verdoppelung der Wittwen- und Waiseengelöhner während der ersten zwei Monate, betr. die teilweise Nichtanrechnung der Invalidenrente u. s. w.

Andere Verbesserungsentschlüsse unsrer Fraktion fanden keine Mehrheit, so z. B. nicht der Antrag, ein klagbares Recht auf das Ruhegeld usw. zu gewähren. Trotzdem glaubte die Fraktion den Gemeindebeschluß im ganzen als wesentlichen Fortschritt begrüßen zu sollen und stimmte ihm daher zu.

Die Löhne und die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter erfuhren in der Berichtszeit eine Nachprüfung. Das Ergebnis derselben war der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen,

1. daß in allen städtischen Betrieben Arbeiterauschüsse eingerichtet werden;
2. daß die Arbeitszeit — mit Ausschluß der Landwirtschaft — in der Regel 10 Stunden nicht überschreitet;
3. daß die von dem betr. Ausschusse festgesetzten Löhne bezahlt werden (diese Löhne waren nach dem Prinzip festgesetzt, daß für einen im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte befähigten Arbeiter ein Mindestlohn von 3,50 M. pro Arbeitstag angemessen sei, ein Prinzip, das allerdings vom Ausschusse selbst durch viele Ausnahmen stark durchlöchert war).

Weitergehende Anträge unsrer Vertreter im Ausschusse hatten nicht die Mehrheit gefunden. Trotzdem glaubte die Fraktion in den Beschlüssen eine Grundlage sehen zu sollen, auf der späterhin weiter gebaut werden kann, und stimmte daher auch ihrerseits zu.

Auch sonst zeitigte das Wirken unsrer Fraktion, die Lage der in städtischen Diensten stehenden Personen zu verbessern, nach mancher Richtung Erfolge. Es kann im allgemeinen behauptet werden, daß durchschnittlich die Lage dieser Personen — insbesondere z. B. auch bisher die Versorgung von Arbeitsinvaliden oder von Arbeiterwitwen und -Waisen — in den Betrieben eine bessere ist, in deren Verwaltung unsre Fraktion vertreten ist; und es muß auch von diesem Gesichtspunkte bedauert werden, daß wir durch den Mißbrauch, welchen die Freisinnigkeit mit ihrer parlamentarischen Uebermacht treibt, gerade von den wichtigsten Verwaltungsdeputationen, den Deputationen der Wasserwerke, der Gasanstalten, der städtischen Krankenhäuser, der Heimstätten, denen sehr viele Arbeiter und Angestellte unterstehen, bisher ferngehalten wurden.

Aber auch ganz im allgemeinen sind die städtischen Betriebe noch weit davon entfernt, in Bezug auf sociale Fürsorge für ihre Angestellten Musteranstalten zu sein. Es traten im Gegenteil in der Berichtszeit z. B. auf den Kieselbeldern sehr erhebliche Mißstände in den Wohnungs-, Arbeits- und Lohnverhältnissen zu Tage. Es wurde festgestellt, daß in den sogenannten „Schmitterbaraden“ — d. h. den für die Wanderarbeiter geschaffenen Behausungen — teilweise verschiedene Ehepaare in einem Zimmer zusammenwohnen mußten, daß Kinder schon vom 11. Lebensjahre an bis zu fünf Stunden, beziehungsweise nach den Zeitungsmeldungen sogar bis zu sechs Stunden beschäftigt werden und für diese Arbeit täglich 25 Pfennig Lohn erhalten, daß für die erwachsenen Arbeiter überlange Arbeitszeit, überaus niedrige Löhne und keine oder nur ungenügende Sonntagsruhe bestehen usw. usw. Als von unsrer Fraktion diese Zustände scharfsten Tadel erfuhren, führte die Mehrheit diese Ausfahrungen durch Kurzen, Zwischenrufe, Gelächter, während die Beschönigungsversuche der Magistratsvertreter den üblichen Weisfall fanden. Und als dann später von uns die Ausschussvorberatung eines Bauprojektes für ein Familien- und Schmitterwohnhause auf dem Gute Pellersdorf beauftragt und dabei die Größe der Schlafräume, die Lage der Krankenzimmer usw. bemängelt wurde, antworteten weder Magistrat noch freisinnige Mehrheit. Es wurde vielmehr die Ausschussberatung abgelehnt.

Es gelang uns auch nicht, den Ausschussarbeitern der städtischen Straßenreinigung — den sogenannten Schneeschippern — eine Erhöhung ihres Tagelohns auf 3 M. an Stelle der vom Magistrat beantragten 2,60 M. zu sichern.

Bergebens bemühten wir uns, den Arbeitern, welche im Dienste von Zwischenunternehmern städtische Arbeiten verrichten, in den Submissionsbedingungen die Erfüllung gewisser Mindestforderungen seitens ihrer Unternehmer zu sichern. Während bei der Revision der Submissionsbedingungen alle Wünsche der Unternehmer in ausgiebigstem Maße berücksichtigt wurden, fanden alle Anträge, welche die Lage der Arbeiter sicherstellen sollten,

nicht die Zustimmung der freisinnigen Mehrheit. Es wurde abgelehnt die von uns beantragte Aufnahme der ausländischen Lohnkasseler in die Verträge, d. h. einer Bestimmung, welche die Unternehmer verpflichtet, die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche von den Arbeiterorganisationen anerkannt werden, für sich als bindend zu erachten. Es wurde ebenso abgelehnt, wenigstens die Gewährung der zwischen den Unternehmern und Arbeitern in Einigigkeit vereinbarten Arbeitsbedingungen in den Verträgen festzulegen. Ja man wollte nicht einmal die Unternehmer verpflichten, bei allen Neubauten den Arbeitern zweckdienliche Umkleide-, Wasch- und Erhörmis zum unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen, desgleichen für genügende, der Sittlichkeit und der Gesundheit entsprechende Aborte zu sorgen.

Bei dieser Gelegenheit wurde gegen die Annahme der „ausländischen Lohnkasseler“ unter andern angeführt, daß man ja auch den Unternehmern die Streiklausel verweigert habe, das heißt die Aufnahme einer Bestimmung, daß im Fall eines Streiks der Unternehmer an die Einhaltung der vereinbarten Termine nicht gebunden ist. Wie verhielt sich aber die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, als die Frage der Streiklausel wirklich aufgestellt wurde? Als zu Beginn des Jahres 1900 der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe seinen Mitgliedern die Verpflichtung auferlegte, Verträge künftig nur mit Streiklausel abzuschließen, brachten wir den Antrag ein, daß der Magistrat die städtischen Verwaltungsdeputationen antweisen möge, bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten die sogenannte Streiklausel nicht in die Verträge aufzunehmen.

Die freisinnige Mehrheit lehnte aber diesen Antrag ab.

Kommunale Sozialpolitik.

Als in der Diskussion über die Submissionsbedingungen ein Redner an die Mehrheit die Frage richtete:

„Wie soll denn eine Kommune wie Berlin sonst Sozialpolitik treiben...“

erschollen aus deren Munde, „Iebhafte Zurufe“:

„Braucht sie ja gar nicht!“

Das ist die freisinnig-manchesterliche Auffassung von den Aufgaben der Gemeinde; ihr steht gegenüber die sozialdemokratische Auffassung, welche gerade die sozialpolitischen Aufgaben, die Fürsorge für die, welchen es die heutige Gesellschaftsordnung unmöglich macht, selbst für sich zu sorgen, am höchsten stellt. Gerade in dieser Beziehung gab es in der Vertriebszeit für die sozialdemokratische Fraktion reiche Arbeit. Schon die vorausgehenden Ausführungen legen ja davon Zeugnis ab. Es bot sich jedoch noch mehrfach Anlaß zu besonderem Vorgehen. So entwickelte sich im Jahre 1900 aus dem auch in Berlin heimischen chronischen Wohnungselend eine akute Wohnungsnot. Die Mieter der kleinen, vom Proletariat in Anspruch genommenen Wohnungen erfuhren eine plötzliche, sehr erhebliche Steigerung, daneben zeigte sich aber geradezu ein Mangel an kleinen Wohnungen, so daß z. B. am 5. Oktober in dem städtischen Familienobdach 409 Familien mit 1672 Köpfen Unterkunft suchen mußten. Dies gab uns Veranlassung, ein Eintreten der Stadtgemeinde zu verlangen. Unser Antrag wurde von der Mehrheit verköpelt mit der Beratung der noch zu erwähnenden „König Friedrich-Stiftung“ und gemeinsam mit dieser einem Ausschusse überwiesen. Der Ausschuss hat seine Beratungen noch nicht ganz abgeschlossen, das Ergebnis derselben jedoch bereits teilweise dem Plenum vorgelegt und zwar in Gestalt eines Antrages, den Magistrat zu erlassen,

„mit gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterstützung der Stadt kleine, gute, gesunde und möglichst billige Wohnungen in erheblicher Anzahl hergestellt werden können. Die Höhe der Mieten für die Wohnungen ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung u. w. entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden.“

Gegenüber diesem Antrage befragten wir, insbesondere auch auf Grund der Erfahrungen der Freiburger Stadtverwaltung, den Bau solcher Häuser durch die Stadt selbst. Diese Forderung fand aber als „sozialistisch“ nicht die Zustimmung der Mehrheit, während der Ausschussantrag zur Annahme gelangte.

Insbesondere bedeutet auch der erwähnte Beschluß, insbesondere nach Einfügung des letzten von unserer Fraktion beantragten Satzes, einen Erfolg unserer Initiative. Weniger erfolgreich war unser Vorgehen auf andern Gebieten. Als Teilergebn der herrschenden Kohlennot trat im Winter 1900/1901 auch eine sehr erhebliche Preissteigerung des Coaks, verbunden zugleich mit Coaksmangel ein. Dies rief bei den kleinen Unternehmern eine um so lebhaftere Erregung hervor, als Gerüchte — und zwar begründete — liefen, daß von den städtischen Gaswerken an Großabnehmer Coaks in ganzen Lastladungen zu wesentlich niedrigeren Preisen abgegeben werde. Von unserer Seite wurden diese Verhältnisse in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht, und eine Ausschussberatung durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß das Gasratorium mindestens einen der Verträge, in welchen es sich zur Lieferung von Coaks an Großunternehmer zu billigen Preisen verpflichtet, noch zu einer Zeit abgeschlossen hatte, als die Coaksladungen bereits im Anzuge war. Da aber an den laufenden Verträgen nichts zu ändern war, beantragten wir, daß der Magistrat wenigstens die städtischen Werke anweise, soweit zugänglich für dieses Jahr die Coakslieferung einzustellen, damit die dadurch freiwerdenden Coaksmengen in kleinen Quantitäten im Einzelverkauf abgegeben werden könnten. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag ab.

Um bei Zeiten gegen den von unseren brandenburgischen Agrariern geplanten Milchwucher zu rüsten, beantragten wir bei der Stadtberatung, den Magistrat zu ersuchen, für eine thunlichst weitgehende Vermehrung der Milchproduktion auf den Rieselfeldern Sorge zu tragen. Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte auch diesen Antrag ab.

1899 fanden, zum Teil infolge eines zwei Jahre vorher auf unser Drängen gefassten Stadtverordnetenbeschlusses Verhandlungen zwischen Magistrat und Polizeipräsident über den Erlaß einer Polizeiverordnung betreffend die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder statt. Dabei beschränkte sich der Magistrat darauf, zu fordern, daß Kinder unter 9 Jahren eine Erwerbstätigkeit außer dem Hause nicht ausüben dürften, Kinder von 9—14 Jahren im Sommer nicht vor 5½ Uhr, im Winter nicht vor 6½ Uhr morgens und abends nicht nach 8 Uhr. Wir forderten demgegenüber, daß die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern vor Beginn der Schulzeit und nach 8 Uhr abends, ferner das Heilvieten und der Verkauf von Waren aller Art, sowie die Verwendung von Schulkindern zu Arbeiten aller Art, oder zu Schaustellungen in Theatern und sonstigen öffentlichen Lokalen, endlich das Ausfragen von Milch, Wagnern und Zeitungen durch Schulkinder verboten werde.

Zu der Diskussion beantragte der damalige Leiter des Gemeindeforschens, entgegen den tatsächlichen Feststellungen in andern Orten, aber unter dem Vorwand der freisinnigen Mehrheit, daß gerade durch die gleichzeitige Erwerbstätigkeit der Schulkinder „eine höchst arbeitskräftige, eine höchst leistungsfähige Jugend entsteht“.

Der Polizeipräsident selbst erachtete den freisinnigen Kindererwerb nicht für ausreichend, sondern hielt es seinerseits für notwendig, die abendliche Ruhezeit schon um 7 Uhr beginnen zu lassen. Die Stadtverordneten-Versammlung rügte dann das Schulkinder um ein Jahr — also auf das zehnte Jahr — hinauf, und stimmte im übrigen unter Ablehnung unserer Anträge dem Entwurf des Polizeipräsidenten zu.

Unser Antrag, daß ein Ortsstatut erlassen werde, welches den Handlungsgehilfen eine ausgedehntere Sonntagsruhe sichert, als sie heute besteht, wurde abgelehnt, weil die Unternehmer sich gegen die ortstatutarische Ausdehnung der Sonntagsruhe erklärten; die Angestellten aus nur zu befragen, hielt die freisinnige Mehrheit nicht für notwendig.

Die Bewilligung einer höheren Unterstützung an den Centralverein für Arbeitsnachweis, welche der Magistrat forderte, beantragten wir an die Bedingung zu knüpfen, daß der Arbeitsnachweis künftig kostenlos erfolge. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Dagegen wurde endlich eine alte Forderung unserer Fraktion erfüllt, indem durch Ortsstatut die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden beschloffen wurde. Nach den Bestimmungen des Statuts wird die Zahlung des Arbeitgeberbeitrags der Beiträge, wie es von uns verlangt war, nicht dem Zwischenmeister, sondern dem wirklichen Unternehmer obliegen.

Gemeinnützige Unternehmungen in den Händen privater Erwerbsgesellschaften.

Gerade in den zwei letzten Jahren wurde der Berliner Bevölkerung ausföhrlich vor Augen geführt, welche verhängnisvollen Folgen das von uns stets bekämpfte System hat, die der Allgemeinheit dienenden, auf städtischem Grund und Boden betriebenen Unternehmungen privaten zur Ausbeutung zu überlassen. Dank der Expansivität der Großen Berliner Straßenbahn und ihrem risikolosen Erwerbssinn häuften sich die Unfälle in geradezu erschreckender Weise, blieben die berechtigten Forderungen des Publikums in Bezug auf die Bewältigung des Verkehrs u. w. unberücksichtigt, traten umfangreiche Betriebsstörungen ein, die den Verkehr in ganzen Stadtteilen lahm legten, wurden die Angestellten in einen umfassenden Streik getrieben, in welchem die Sympathien der Bevölkerung einseitig auf ihrer Seite waren. Daneben setzte sich die Gesellschaft hinter dem Rücken der städtischen Behörden mit der Regierung in Verbindung und erlangte durch persönliche Beziehungen eine Verlängerung ihrer Konzession bis zum Jahre 1949 und später die Abschaffung des Accumulatorienbetriebes ohne hinreichende Entschädigung der Stadt.

Diese und andre Vorwommisse führten schließlich dazu, daß selbst die freisinnige Stadtverordneten-Versammlung mit großer Mehrheit den Magistratsanträgen zustimmte, durch welche die Errichtung eines Reges städtischer Straßen- und Untergrundbahnen vorbereitet werden sollte. Ebenso fand als erster energischer Schritt auf diesem Wege auch der Ankauf der beiden Siemens und Halske-Wagnen Billigung. Gerade bei dieser letzten Gelegenheit aber trat noch einmal die ganze Verlehrtheit des Systems in vollster Deutlichkeit zu Tage. Mit zwei Drittel Aufschlag mußte die Stadt die Aktien der Bahnen erwerben, also auf das Gesamtkapital von 6 Millionen Mark mußten 4 Millionen Aufgeld gezahlt werden, einzig und allein deshalb, weil die von der Stadt selbst verleierte Konzession nach kaufmännischer Rechnung einen solchen Wert darstellt. Die Stadt mußte also ihr eigenes Geschenk den Aktionären für 4 Millionen Mark abkaufen!

Trotz ihrer eindringlichen Sprache machten diese Ereignisse beim Kommunalfreisinn keinen nachhaltigen Eindruck. Denn, als der neue Vertrag mit der englischen Gasgesellschaft auf der Tagesordnung stand, und dieser Gesellschaft ihr einträgliches Privileg auf 10 Jahre verlängert werden sollte, hielt die freisinnige Mehrheit nicht einmal eine Ausschussberatung für notwendig, sondern nahm es sogar sehr übel, als von uns wenigstens eine gründliche Durchberatung der Vorlage im Plenum erzwungen wurde.

Ebenso stimmte die Freisinnsmehrheit auch der Neuverpachtung der Anschlagssäulen ohne Ausschussberatung zu, obwohl von uns eine solche schon deshalb gefordert wurde, weil in geradezu skandalöser Weise von den Pächtern der Anschlagssäulen, der Firma Kauf u. Hartmann, an den Plakaten Censur geübt wird.

Die Gasfrage.

Der Verbilligung des Gases und der Einführung eines Einheitspreises für Koch-, Industrie- und Leuchtgas stand die Fraktion freundlich gegenüber. Dagegen stimmte sie dem nicht zu, daß man den Einheitspreis durch Verteuerung des Koch- und Industrie-gases erziele, nachdem man jahrelang bestrebt gewesen, gerade durch die billige Ansetzung des Koch- und Industrie-gaspreises Konsumenten anzulocken.

Auch dafür trat die Fraktion ein, daß die Verwaltung der Gaswerke weniger nach fiskalischen Grundätzen geführt werde, als dies heute geschieht. Insbesondere wurde die unentgeltliche Leitung der Rohrleitungen innerhalb der Wohnungen befragt, ein Verfahren, das sicher auch durch gesteigerten Absatz sich bald als sehr rentabel erweisen würde.

Gemeindevertreter und Gemeindeforderungen.

Unser Kommunalprogramm enthält die Forderung, daß die Gemeindevertreter an Lieferungen und Arbeiten für die Gemeinde nicht beteiligt sein dürfen. „Das Amt soll nicht zur Futtertruppe werden.“ Auch diesen Standpunkt zu vertreten, hatten wir in der Vertriebszeit beantragt, und auch damit standen wir isoliert da. Es ist bisher nicht einmal gelungen, dem bestehenden Beschluß unbedingte Geltung zu verschaffen, daß die Mitglieder von Verwaltungsdeputationen Lieferungen für ihre Deputation nicht übernehmen dürfen; vielmehr ist gerade diese Bestimmung in der letzten Zeit wieder einmal im Bereiche der städtischen Deputation übertreten worden.

Steuerpolitik.

Gegen Ende des Jahres 1899 beantragte der Magistrat, die unterste Stufe der Gemeinde-Einkommensteuer, welche bei einem Einkommen von 660—900 M. in Höhe von 4 M. jährlich gezahlt wird, künftig nicht mehr zu erheben. Denn ein Einkommen in dieser Höhe stelle gewissermaßen den geringsten, zur Fristung des Lebens noch eben ausreichenden Betrag dar, und müsse deshalb steuerfrei bleiben. Ferner hätten gerade bei dieser Steuerstufe die Erhebungskosten z. B. im Jahre 1898 mehr als 50 Proz. der Gesamteinnahmen ausgemacht, waren also höher als die verbleibenden Reinerlöse.

Gegen diese Magistratsvorlage wurde von freisinniger Seite u. a. — die Fürsorge für die Steuerzahler in ihren Einkünften beschränkt würden! Vor allem aber war für die Freisinnigen ausschlaggebend der Wunsch, daß die untersten Einkommensteuerverpflichteten das Wahlrecht doch behalten und daß niemand mitraten soll, der nicht mitthutet. Dem gegenüber wurde von uns darauf hingewiesen, daß die Personen, um die es sich hier handelt, zum größten Teile der Arbeiterklasse angehören und das Mitthun dieser Steuerzahler besteht nicht darin, daß sie die 4 M. zahlen, sondern darin, daß zum großen Teil ihrer fleißigen Arbeit, ihrem Streben, ihrer Thätigkeit der Wohlstand derer zu danken ist, die in der Lage sind, höhere Steuern zu bezahlen.

Es half aber alles nichts; dieselbe Stadtverordneten-Versammlung, welche unbedenklich den gutsituierten Berliner Hausbesitzern durch Erlaß der Wassermeßmiete und durch niedrige Bemessung der Kanalisationsgebühr ein wertvolles Geschenk gemacht hatte, hielt die fernere Verteuerung der niedrigsten Einkommen für dringend notwendig und lehnte die Magistratsvorlage ab.

Auch ein von uns gestellter Antrag, welcher die Vereinfachung der bisher von den Diensthöfen bei jedem Dienstwechsel geforderten Gebühr von 50 Pfennig anstrebte, wurde von der freisinnigen Mehrheit abgelehnt, — obwohl das freisinnige Parteiprogramm solche indirekten Steuern verurteilt.

Byzantiner.

Nachdem Polizei und Verwaltungsgerichte die würdige Instandsetzung des Friedhofs der Märzgefallenen verhindert haben, mühten wahrhaft freisinnige Männer um so lauter sich zu den Toten bekennen, sie um so mehr als Märtyrer der bürgerlichen Freiheit feiern. Dreimal bot sich im Jahre 1900 dem Kommunalfreisinn die Gelegenheit, dies zu thun. Alle drei Mal aber machte nur ein kleiner Haufen von dieser Gelegenheit Gebrauch, während z. B. die beiden Mehrheitsparteien — die „Alte Linke“, welcher die freisinnigen Reichstags-Abgeordneten angehören, und die „Freie Fraktion“ — durch Schweigen in sehr bereicherter Weise ausdrückten, daß auch sie zu denen gehören, die da meinen, es sei für unsre jetzigen Verhältnisse das Beste, man spräche nicht mehr davon, es könnte ja irgendwo mißliebig empfunden werden.“

So charakterisierte unser Vertreter das Verhalten der Herren. Verbundenlich ist das freilich nicht! Der „Kommunalfreisinn“ kennt eben — trotz aller Abweilungen, die aufrechte Männer zu vornehmer Zurückhaltung veranlaßt hätten — kein höheres Streben, als das, bei jeder möglichen Gelegenheit sich mit äußerlicher Verschämtheit der Krone gefällig zu erweisen. Daran änderte auch nichts das belannte Schreiben des Oberhofmeisters der Kaiserin, Freiherrn von Mirbach, das im November 1899 den Stadtverordneten als Antwort auf eine Geburtsstagsgratulation zuging.

Vielleicht noch nie zuvor ist einer Vertretung der Bürgerchaft für einen Glanzwunsch in solcher Weise gedankt worden. Dessen ungeachtet wurden bald darauf bei der Regulierung des Schloßplatzes bedingungslos alle Wünsche der Krone erfüllt. Nachdem wenige Jahre zuvor für mehrere Millionen Grundstücke erworben worden waren, die angeblickt im Interesse des Verkehrs zur Verbreiterung des Schloßplatzes notwendig waren, wurde jetzt ein nahezu ebenso großer Streifen des Schloßplatzes ohne jedes Entgelt zur Anlage einer gärtnerischen Anlage vor dem Schloße geopfert. Und als in der betreffenden Beratung ein Mitglied der freisinnigen Mehrheit nur daran zu erinnern wagte, daß der neue Plan früheren Gemeindebeschlüssen widerspreche, erregte er bei seiner eignen Partei zunächst „Murre“, später sogar „Andauernde Murre und Zurufe“ — wie ein Sozialdemokrat, der der Mehrheit unangenehme Wahrheiten sagt.

Als im Mai 1900 der österreichische Kaiser nach Berlin kam, wurde dies dem Magistrat in einem Telegramm mitgeteilt, in welchem mit erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck kam, daß der Besuch ausschließlich der Kaiserin und dem Kaiser galt. Das hinderte Magistrat und Stadtverordnete nicht, nahezu 100 000 M. aus städtischen Mitteln zum Empfang des Gastes zu opfern. Bei der hiernit vorgenommenen Anschuldigung des Pariser Plages verwandte der Stadtbaurat mit Recht Motive aus dem alten Hygiene.

In ganz besonderer Weise wollten der Magistrat und die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit ihre monarchische Ueberzeugung und ihre Liebe zu dem angestammten Herrscherhause aus Anlaß der Zweihundertjahrfeier des Königsreichs Preußen — im Januar dieses Jahres — betätigen. Zunächst sollte zu Ehren dieses Ereignisses eine „König Friedrich-Stiftung“ errichtet werden, die gleichzeitig zur Linderung der Wohnungsnot dienen sollte. Für beide Zwecke zusammen hielten Magistrat und Stadtverordnete eine Million Mark für ausreichend! Die Vorlage erregte aber im höchsten Maße das Mißfallen der Hausagrarier, da nach ihrem Wortlaut die Stiftung selbst Häuser mit billigen und gesunden Wohnungen für Kinderbewohnte bauen bezw. erwerben sollte. Die Hausagrarier waren damit einverstanden, daß die Mittel der Stiftung dazu verwendet werden, Personen, die nicht in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen, vor der Exmission zu schützen — also mit andern Worten: den Hauswirten Mietsausfälle zu erzeigen! Sie wollten aber nicht zugeben, daß ihnen durch die Stiftung eine Konkurrenz bereitet werde. Der Profit stand ihnen höher, als das sonst so eifrig betonte monarchische Gefühl, als die Liebe zu dem angestammten Herrscherhause. Als dann in dem vorberathenden Ausschusse wohl eine Würdigung, nicht aber die gänzliche Beseitigung der betreffenden Bestimmung durchgeführt werden konnte, forderte einer der Hausagrarier im Plenum seine Freunde auf, deshalb gegen die ganze Vorlage zu stimmen!

Ferner beantragte der Magistrat aus Anlaß der Zweihundertjahrfeier, an die Schüler der ersten Gemeindeforschulklasse eine Schrift des Stadtkontrollinspektors Dr. Jonas zu verteilen: „200 Jahre preussischer Geschichte“. Die Schrift den Stadtverordneten vor ihrer Beschlußfassung vorzulegen, hielt man nicht für notwendig oder angebracht, und die freisinnige Mehrheit erklärte sich auch damit durchaus einverstanden. Nachdem stellte sich dann heraus, daß tatsächlich niemand im Magistrat oder der Stadtverordneten-Versammlung die Schrift vor der Veröffentlichung ganz gelesen hatte und daß dieselbe — die im übrigen zu eine Art papierne Siegesallee ist — ganz unqualifizierbare Beschimpfungen der deutschen Arbeiterchaft enthielt, Beschimpfungen, die schließlich auch die Vertreter des Magistrats und der Mehrheit unumwunden preisgeben mußten.

Es ist wohl unnötig zu sagen, daß gegen diese und noch so manche andre byzantinische Manifestation von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion, die sich gerade auch in dieser Beziehung einseitig mit der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung, energische Verwahrung eingelegt wurde. Allerdings vergeblich. Die Korrektheit unseres Standpunktes, die Vergeblichkeit ihres Liebeswerbens wurde aber auch den „Freisinnigen“ gerade zum Schlusse der Vertriebszeit in recht nachdrücklicher Weise klar gemacht: der Wahl des Stadtrats Kaufmann zum zweiten Bürgermeister wurde die königliche Bestätigung verweigert, wie die Zeitungen meldeten, weil im Jahre 1887 Kaufmann's Thätigkeit für die deutschfreisinnige Partei zu seiner Entfernung aus dem Reserveoffizier-Corps Veranlassung gegeben hatte!

Der große Unfong und die Mannigfaltigkeit der Thätigkeit in der Gemeindeverwaltung gestattet es nicht, diesen Rechenschaftsbericht auf alle Einzelheiten auszu dehnen. Das Gegebene genügt jedoch wohl, ein Bild von der Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion innerhalb der Gemeindeverwaltung zu geben.

Es zeigt dies Bild auch, so hoffen wir, welche Bedeutung eine ihrer sozialen Pflichten betonte Gemeindevertretung für das Gemeinwesen gewinnen könnte. Es zeigt, wie notwendig es ist, unsre Fraktion zu stärken, welche für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie mit emsigem Fleiß und unbeeinträchtigt durch alle Anfeindungen für das Wohlergehen der großen Massen der Bevölkerung, gegen die Interessenpolitik einer kleinen, aber durch das Klassenwahlrecht bevorrechteten Minderheit gekämpft hat. Auch in Zukunft wird die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung in diesem Kampfe nicht erlahmen. Sogar der Wähler aber wird es sein, bei den kommenden Wahlen die Reihen der Fraktion durch neue Streiter zu stärken, damit sie mit vermehrter Wucht ihren Kampf führen kann!

Darum auf zur Wahl!

Sich die Sozialdemokratie!

Das Agrarprogramm der dänischen Socialdemokratie.

Der Kopenhagener „Socialdemokraten“ veröffentlicht seit einigen Monaten in einer Reihe von Artikeln eine sehr ausführliche Darstellung der Principien und Forderungen der Socialdemokratie Dänemarks auf Grundlage des Programms der Partei. Von besonderem Interesse sind unter anderem auch die drei letzterehenen Artikel, die sich mit der Agrarfrage befassen. Die diesbezüglichen Programmpunkte lauten:

„Fideikomisse und Pfandhof-Güter werden eingezogen, und andre zum Kauf ausgebotene Ländereien werden vom Staat angekauft. — Heide- und andre unbenutzte Flächen werden vom Staat in Besitz genommen und, so weit es möglich ist, bearbeitet und kultiviert. — Der Staat überträgt die Bearbeitung der in seinem Besitz befindlichen Ländereien, so weit sie sich zum Anbau eignen, Landarbeitern und hilft diesen dazu, daß sie sich das Gebrauchsrecht der nötigen Betriebsmittel erwerben. — Der Staat sucht den landwirtschaftlichen Betrieb dadurch zu helfen, und den Uebergang des Grund und Bodens in den Besitz des Staates dadurch zu erleichtern, daß er die Aufnahme von Prioritätsdarlehen durch eine Staatshypothekbank ermöglicht. — Der Staat sucht in möglichst größter Ausdehnung den genossenschaftlichen Betrieb in der Landwirtschaft einzuführen, und zwar in der Weise, daß den beschäftigten Arbeitern der Ertrag nach Abzug der entsprechenden Beiträge für die Allgemeinheit zu gute kommt. Ein Teil des staatlichen Grund und Bodens wird zu landwirtschaftlichen Versuchsbetrieben benutzt. Dort werden auch landwirtschaftliche Schulen errichtet, zu denen Gärtner und Landarbeiter freien Zutritt haben. Der Staat erläßt Vorschriften und führt die Aufsicht über die Errichtung, Einrichtung und Benutzung der Wohnräume der Landarbeiter und Dienstkleute.“

„Oftentendete Programmpunkte“ heißt es dann, „geben teils die Reformen an, die wir unter den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen in Hinsicht auf die Landwirtschaft und die in der Landwirtschaft tätigen Personen vom Staate verlangen. Wie alle unsre übrigen Programmpunkte haben sie eine doppelte Bedeutung; sie bezeichnen teils Mittel, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bessere Lebensverhältnisse für die ausgebeuteten Klassen zu schaffen, teils Mittel, um die Entwicklung vorwärts zu bringen und der socialistischen Gesellschaftsordnung entgegenzuführen, in der alle Ausbeutung aufhört.“

„In Dänemark wie in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise ist seit Jahrzehnten die Landbevölkerung der Zahl nach im Rückgang begriffen, während die industriell tätige Bevölkerung zunimmt; 1880 wohnten noch 74 Proz. der Bevölkerung Dänemarks auf dem Lande, 1890 69 Proz. und 1901 nur 60 Proz. Der Großbetrieb konnte sich innerhalb der dänischen Landwirtschaft teils infolge natürlicher Hindernisse, teils infolge geschicklicher Maßnahmen nicht in dem Maße entwickeln, als das z. B. in England der Fall ist. Aber der Kapitalismus hat trotzdem die Landwirtschaft durchdrungen. Der Bauer produziert schon seit Jahrzehnten nicht mehr Bedarfsartikel für den eignen Bedarf, sondern Waren für den Markt. Er braucht vor allem bares Geld, denn er ist dem Kapitalismus tributpflichtig geworden. Umspannt vom Kapitalismus und durchdrungen vom Kapitalismus wird die dänische Landwirtschaft dem Punkt entgegengetrieben, wo nur der Socialismus den Knoten lösen kann.“

Neben diesen Bauern, die bekanntlich es verstanden haben, ihre wirtschaftliche Lage durch genossenschaftliche Unternehmungen nicht unwesentlich zu bessern, giebt es in Dänemark noch ein etwa 300 000 Köpfe umfassendes Landproletariat, das sich aus Häuslern, Landarbeitern und Dienstknechten zusammensetzt. Von den 192 000 Inhabern von Häuslerwirtschaften, die mehr oder minder infolge ihres unzureichenden Grundbesitzes genötigt sind, Lohnarbeit zu verrichten, besitzen 78 774 weniger als 1/2 Tonne Hartflorn (1 To. Hartflorn = 28 Dektar), sind also fast ausschließlich darauf angewiesen, ihr Brot als Lohnarbeiter zu verdienen. Sie sind zum kleineren Teil in der Industrie oder ähnlichen Erwerbszweigen tätig, zum weitesten größten Teil aber als Landarbeiter. Die Inhaber der Häuslerstellen bilden den größten Teil der Landarbeiterklasse. Außerdem giebt es noch ca. 178 000 Dienstknechte, Knechte und Mägde.

Die Löhne dieser Landarbeiter und Dienstknechte sind sehr gering. Nach einer 1897 vom „Staatlichen statistischen Bureau“ vorgenommenen Untersuchung betrug der Jahreslohn für Knechte 226 Kr., für Mägde 140 Kr.; der Tagelohn für männliche Arbeiter bei Selbstbelohnung im Frühjahr und Sommer durchschnittlich 1,17 Kr., zur Erntezeit 2,26 Kr., und im Winter 1,26 Kr.; für weibliche Arbeiter 1/3 dieser Löhne. Lohnkämpfe, während welcher die großen Unzufriedenheiten sich mit Fanatismus und Brutalität den beschwerlichsten Forderungen entgegenstellen, werden immer häufiger. Auf diesem Wege eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen, das wird den Arbeitern namentlich auch noch durch Bezug billigerer Arbeitsstoffe aus Schweden und in neuester Zeit durch den Import der noch billiger arbeitenden Polen erschwert. Dabei klagten die Grundbesitzer immer mehr über die „teure Arbeitskraft“.

Die Arbeit aber entwickelt sich durch die Einführung der Maschinen immer mehr zur Saisonarbeit. Bereits um die Mitte der 80er Jahre betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit in 44 Kirchspielen durchschnittlich drei Monate pro Jahr für die bei den Bauern tätigen Landarbeiter und höchst wahrscheinlich hat seitdem eine Zunahme der Arbeitslosigkeit stattgefunden.

Wie sehr die Landbevölkerung dem Kapital dienstbar ist, das zeigt folgende Berechnung. Die Gesamtsumme der Hypothekenschulden, die gegenwärtig auf der dänischen Landwirtschaft lasten, beträgt ca. 1700 Millionen Kronen. Es ist eine ungeheure Steuersumme, die die Landwirtschaft Jahr für Jahr durch die Verzinsung dieser Schuld an das Kapital, das heißt an die Kapitalisten, deren einzige Verbindung mit der Landwirtschaft darin besteht, daß sie die Werte, die die Landarbeiter und Bauern erzeugen, verzehren, bezahlen muß. An Staats-, Amts- und Gemeindesteuern zahlen die dänischen Landbesitzer insgesamt etwa 20 Millionen Kronen jährlich, die wesentlich der Allgemeinheit zu gute kommen. Die Steuer, die den kapitalistischen Nichtbauern alljährlich in den Schoß geworfen wird, beträgt mindestens das dreifache. Alle Steuererleichterungen, welche die Landwirte fordern, sind verschwindend gering gegenüber dem, was das Kapital sich aneignet und aller Vorteil, den die Landwirtschaft möglicherweise durch die höchsten sogenannten Schutzzölle erreichen könnte, würde nichts sein gegenüber dem Gewinn, der ihr aus der Befreiung vom Druck der kapitalistischen Ausbeuter erwachsen würde, wenn zum Beispiel ein im Sinne des Allgemeinwohls geleitetes Staatswesen den Bauern Grund und Boden und Betriebsmittel, die jetzt in vielen Fällen nur nominal sein eigen sind, zur Verfügung stellen würde.

Der Tribut der Landwirte an die Kapitalisten ist so groß, daß er vollkommen ausreichen würde, um den Lohn jedes männlichen Landarbeiters in Dänemark um ca. 500 Kronen jährlich zu erhöhen, also um eine Summe, die den jetzigen Durchschnittslohn verdoppeln würde.

Das würde selbstverständlich das Ende der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Uebergang zum Socialismus voraussetzen.

Geriichts-Beilage.

Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Anklage wegen Schandvollstehetretung zu Grunde, die gestern vor der sechsten Verfassungs-Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schankwirt Schmidt verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte am 25. Mai d. J. sein Vereinszimmer einer geschlossenen Gesellschaft zum Zwecke einer Geburtstagsfeier überlassen. Zu den Geladenen gehörte auch ein Soldat, der sich einmal aus dem Vereinszimmer in das Schanklokal begab, sich dort vom Wirt zwei Dekarbinnen geben ließ, sie sofort bezahlte und an Ort und Stelle verzehrte. Hierfür wurde dem Wirt ein polizeiliches Strafmandat zugestellt. Das Schöffengericht bestätigte das Strafmandat mit folgender Begründung: Der Angeklagte habe dem Soldaten, der allerdings zu den Geladenen des Gastgebets gehörte, nach Ablauf der Polizeistunde Speisen verabreicht, und hierfür Zahlung in Empfang genommen. Der Soldat sei hier-

nach nicht bloß eingeladener Gast des Geburtstagsfestes, sondern auch Schankgast des Angeklagten gewesen, und der letztere habe die Polizeistunde überschritten. Die Strafe sei nur auf eine Mark bemessen worden. Vor der Verurteilung bestritt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, die Richtigkeit der Auffassung des Schöffengerichts. Eine geschlossene Gesellschaft bleibe immer eine solche, auch wenn ein Geladener sich für eigene Rechnung vom Lokalhaber etwas verabfolgen lasse. Es bestehe keine Verordnung, die sich im gegenteiligen Sinne anlasse und der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden. Das Verfassungsgericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Die Polizei gegen die Arbeiter-Gesangvereine. Der Parteigenosse Schneidermeister Herzog war als Vorsitzender des Gesangvereins „Freundschaft“ in Vöckum von der Polizei aufgefordert worden, ihr die Statuten und ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, weil der Verein auf öffentliche Angelegenheiten gemäß § 2 des Vereinsgesetzes einzuwirken bezwecke. Herzog bestritt dies und klagte im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksauswahlgang wies indessen die Klage zurück und führte unter anderem aus: Wenn das Verhalten eines Vereins oder seines Vorstandes ergebe, daß er sich in den Dienst einer politischen Partei stelle, dann sei anzunehmen, daß er auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Das wäre aber hier der Fall. Der Verein „Freundschaft“, der sich schon einmal aufgelöst habe, hätte zwar bei der Neugründung die frühere Bestimmung, wonach er sich in den Dienst der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiterklasse stelle, nicht wieder in das Statut aufgenommen. Auch gehöre der Verein nicht mehr, wie früher, dem Arbeiter-Sängerbund Westfalens an, der als politischer Verein gelte. Er habe sich aber tatsächlich in den Dienst der socialdemokratischen Partei gestellt, und das wäre maßgebend. In Betracht komme zunächst, daß dreizehn dem Gericht abgeschrieben eingereichte Lieder des Vereins „Freundschaft“ politischen Tendenz hätten und geradezu für die socialistische Propaganda bestimmt seien. Dann habe sich der Verein an einer Meißener Beteiligung. Und schließlich sei Herzog zugleich Vorsitzender des socialdemokratischen Volksvereins in Vöckum, dem die meisten Mitglieder von „Freundschaft“ ebenfalls angehörten. Der Kläger legte Verurteilung ein, und sein Vertreter Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht erzielte vor einigen Monaten beim Ober-Verwaltungsgericht einen Beweisbeschluss. Die Polizeiverwaltung wurde zur Einreichung eines von dem Verein benutzten Liederbuches veranlaßt. Dieses enthält außer den 13 abgeschrieben mitgeteilten Liedern mit politischer Tendenz eine Anzahl Lieder ganz darmloser Natur. Festgestellt wurde weiter, daß „Freundschaft“ auch noch das Liederbuch „Vorech“ benutzte, welches der patriotische Kölner Männergesangverein gleichfalls in Benutzung hat. Bezüglich der Meißener erhielt das Gericht den Bericht eines Polizeikommissars, wonach Herzog, der die Meißener leitete, eine Pause habe machen lassen und die Sänger herbeigerufen habe. Die Liederbücher seien dann aus dem im selben Lokal befindlichen Schrank des Vereins „Freundschaft“ entnommen und die Stimmen von Herzog unter den zum Gesang anstretenden Personen, Mitgliedern des Gesangvereins, verteilt worden. — In der neuen Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht beantragte Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, der Gerichtshof möge die Benutzung des von der Polizeiverwaltung eingeklagten Liederbuches ablehnen, weil es nur infolge einer Unredlichkeit in die Hände der Polizei gelangt sei. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf wandte sich der Anwalt in juristischen Ausführungen gegen die Rechtsauslegung des Vorderrichters und bestritt, daß der Verein „Freundschaft“ als solcher sich an der Meißener beteiligt habe. — Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Verfügung der Polizei infoweit auf, als dadurch die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses gefordert wird, und erklärte die Einforderung des Statuts für gerechtfertigt. Der Vorsitzende Geheimerat Lechow führte u. a. aus: Das Material genüge nicht zur Rechtfertigung der Annahme, daß der Verein „Freundschaft“ auf öffentliche Angelegenheiten gemäß § 2 des Vereinsgesetzes einzuwirken bezwecke. Gleichwohl habe die Polizei, wenn auch nicht ein Mitgliederverzeichnis, so doch ein Statut vom Vorsitzenden verlangen dürfen. Sie habe gewünscht, daß der Verein vor seiner Neugründung dem Arbeiter-Sängerbund Westfalens angehöre und daß, wie dessen Satzungen, auch sein Statut damals jene bedeutsame Bestimmung enthielt, wonach er sich in den Dienst der um ihre Existenz und um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiterklasse stellen wolle. Es sei ihr Recht gewesen, sich das Statut zu beschaffen, um festzustellen, ob beides wirklich nicht mehr der Fall sei.

Der § 1 des Vereinsgesetzes und der Gesang. Eine bedeutungsvolle Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Vier dänisch gestimmte Leute, Frees und Genossen, hatten in Hadersleben eine Feier veranlaßt, wo geessen, getrunken und gesungen werden sollte. Frees und seine Freunde wurden als Veranstalter einer Versammlung, die bezweckt habe, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, in zweiter Instanz vom Landgericht Hadersburg zu Geldstrafen von je 30 Mark verurteilt, weil sie die Versammlung nicht polizeilich angemeldet hätten. Hierdurch hätten sie den § 1 des Vereinsgesetzes verletzt haben. Begründend wurde ausgeführt: Die meisten der zu der Feier Eingeladenen und Erschienenen seien Mitglieder des norddänischen Kommunalvereins, der dänische Interessen verfolge. Und die in dänischer Sprache verfaßten Lieder, die vor der polizeilichen Auflösung der Versammlung verlesen und beschloßnahmt worden seien, würden mit Vorliebe in dänischen Versammlungen gesungen. Daraus sei zu schließen, daß durch Meinungsanstausch und durch Abhängen von dänischen Liedern das Zusammengehörigkeitsgefühl der dänisch Gesimmten gestärkt und das Interesse für Dänemark wach erhalten werden sollte. Somit sei bezweckt worden, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. — Das Kammergericht sprach die Angeklagten auf ihre Revision hin frei, indem es ausführte: Die Vorinstanzen hätten den Begriff des Erörterens verkannt. Wenn feststeht, daß der Zweck der Feier neben der Pflege der Geselligkeit zugleich der gewesen sei, durch Austausch der Meinung und durch Abhängen dänischer Lieder die Zusammengehörigkeit der dänisch Gesimmten zu stärken und das Interesse für Dänemark wachzuhalten, so folge daraus noch nicht, daß die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezweckt worden sei. Unter einem Erörtern im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes sei die Unternehmung und Auseinandersetzung einer bestimmten Sache nach ihrem Grund und Wesen zu verstehen. In dem Singen von Liedern könne somit ein Erörtern im Sinne des § 1 nicht gefunden werden; auf die Tendenz der Lieder komme es hierbei nicht an. — Wenn ein Verein politische Lieder gemeinschaftlich singe, so könne man darin eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes finden, nie aber eine Erörterung im Sinne des § 1.

Prügelnder Schuttmann. Wegen schwerer Körperverletzung im Amte verurteilte die Königsberger Strafkammer den Schuttmann Albert Sawitzki zu sechs Monaten Gefängnis und sprach ihm die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren ab. Sawitzki hat in der Nacht zum 31. Januar ds. J. den Studiosius Nier in Polizeipräsidium in dem dunklen Gange nach der Wachtstube und auch in dieser selbst wiederholt mit Faustschlägen ins Gesicht und Genid traktiert. Auch beim Verlassen der Wachtstube erhielt der Student hintertäts Faustschläge und wurde dann durch Fußtritte die Treppe hinuntergestoßen. Der Student hat dem „Schuttmann“ zu seiner tohen That nicht die geringste Veranlassung gegeben.

Gewerkchaftliches.

Für die streikenden Glasarbeiter gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Jungbierfahrer 12,45. Arbeiter von Behnke u. Wölff 13. Höpfer 1. Statthalter „Gimigiet“ 6. Stadtfabrik Höder 9,80. Spranger, Tischler 14,90. Dachdecker 50. Raffener, Verwaltungsbüro Berlin, 10,55. Zwei Weltende 3. Parich u. Wulff 1. Ein junges Ehepaar 1,10. Droschkentaxi 50. Streikende Arbeiter 3. Maurerverband (Ver-

malung Berlin) 500. Kolonie Wilhelmshöhe 3,60. Statthalter „Grand Schwanz“ 3. Tischlerei Körner 16. Tischlerei Glöckel 3,60. Uebernahme der Firma Antonenmacher 5. Tischlerei Hübner, Kraft u. Co. 10,25. Metallfabrik Großstadt, Werkstatt 7, 13,55. Tischlerei Hartmann, Wilmersdorf 44. 5. Dreher und Werkzeugen von P. Löwe 24,70. Brauer (Verwaltung Berlin) 50,45. Ferd. Bahsch 53. Tischlerei Görlisch 10. Veronal 9. E. Hermann 40,55. Tischlerei Müller 31,80. Liste 2822. Liste 7,55. Liste 4277. Danthe, 6,95. Liste 2821. Reuthe, 6,30. Liste 2823. N. G. Wolf, 14,40. Weizer u. J. G. Wolf 3. Stadtfabrik Non 4,90. Buchdruckeri Poh u. Gortch, 3. Rate, 13. Liste 1430. Zach 6,10. G. Meyer, Bülowstr. 35, 2. Rate 13,15. Widdauerwerkstatt Dittie 7,75. Tischlerei Krause 10,70. Schumacher, Verwaltung Berlin, 100. Buchdruckeri Hillenarbeiter, 2. Rate 66,70. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsbüro Berlin, 1000. Steinbildhauer Berlin 3,25. Buchdruckeri G. Hüllig 8. Stadtfabrik Heinz u. Sohn 13,20. Glaskleber, Uthen a. Conto 40. Tischlerei von Uulst, 3 Treppen, 4,05. Raffenerwerkstatt Jönig 7,95. Verband deutscher Glaskleber 50. Verband der Bauarbeiter, Zohlfeld III, 100. Formschneider u. Höpfer 10. Widdauerwerkstatt Höpfer 8. Tischlereiverein Solidarität 12. Verhüll u. Meyer 4. Botterfeldt Fortuna 3,90. Schlichter 5,63. Tischlerei Baumgarten 8,55. Bierdruckapparatfabrik 3,30. Kaviarfabrik Röhner u. Co. 10,45. Stadtfabrik Höder 9,80. Genossen u. Stadtfabrik 5. Metallfabrik Hülle 8,55. Schleiter von Schöninger u. Groß 3,50. J. G. H. Sool I. II. U. V. 30,30. Quandt 12,25. Tischl. Meyer, Wilmersdorf 12,5. Rate 9,55. Delegierten des Handwerks aus der Röntgenstraße 15,90. Ralerei der Bonzeisen Glaskleberwerke 4. Kolonie Knautschou 3,19. Verband der Kopalsteine und Pappschneider 25. Victoriastraße 16,65. Spinnwagen 3. Tischlerei Daubmann 3,50. Tapezerei auf Viken 50. Herrschneider von Verion 15. Sattler von Beyer u. Co. 9,70. Tischlerei Riemann 3,75. Metallarbeiter von Klamm 41,90. Handwerkskammer, 2. Rate 200. Firma Glenside, Wilmersdorf, 16,30. Tapezierwerkstätte Schumann 5. Ausgezeichnete Paul Schneider 1. Tischlerei Stern u. Seeliger, 4. Rate 10,80. Bauhilferei Schulz 5. Droschkentaxi 50. Ueberich Franzpender Formner Wintermaier 1,90. Schürzschneider Schülle 10. Metallfabrik Grötsch, Werkstatt 1-6, 10,55. Tischlereihaft Jarius 6,20. Tischlerei Segal 5,45. Zimmerer, Zählstelle Wilmersdorf 20. Glasarbeiter, Regellub „Apollo“ 5. Vorgesandener von Handwerker 12,25. R. u. R. 4. Männerquartett Verion 6. Posterei Berlin 22,50. Buchdruckeri G. U. 9,25. Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin 500. Tischlerei Berndt 21. Stadtfabrik Ernst Beyer 10,50. Bereinigung der Maler 16,40. Dach 5,10. Stadtfabrik Reiff, 2. Rate 10. Agitationskommission der Metallarbeiter 11,45. Kupfer-schmiede 30. Schulz und Gärtner 1. Pianofortfabrik Lehmann u. Co. 22,70. Tischlerei Weiser 8,50. Buchdruckeri Emil Hüllig Kraft 6,50. Jungbierfahrer 4,85. Wegener 12,85. Tischlerei W. Kimmel 3. Rate 50. Giesecke durch Brühner 18. Wenzel 14,65. Holzarbeiter-Verband Berlin 3. Rate 500. Verfabrikation R. Hading 15. Dr. S. H. Frau Dr. Hoffmann 25. Holzarbeiter-Verband Berlin 1000. Metallfabrikerei von Kaiser 15,55. Jinen von 5. Rühl der Buchdruckeri M. B. 1. Radspitzer 50. Tischlerei Union 20,95. Liste 1441. G. Trach 12,55. Starpiel durch Brühner 1,02. Käfte Wite 4229 12,10. Bildhauer „Graulich“ 4,25. Tischlerei Meyer, Wilmersdorf 18, 10. J. G. Wolf 6,85. Weizer von Firma J. G. Wolf 6,40. Stadtfabrik Höder 9,80. Buchdruckeri R. Hobing, Verfabrikation, 20. Tischlerei A. Höder 5,30. „Hydro“, Stralau, außer einzelnen 6,70. Stiller Berlin 20. Mineralwasser-Arbeiter, 2. Rate, 25. Wöfer 41,55. Tapezerei 50. Tischlerei Stehr u. Wente 6,50. Tischlerei Stern u. Seeliger 12,35. Metallpolierer Metallfabrik „Drend“ 4,10. Liste 4238. Paul Rung, 10,30. Tischlerei Lufst 7,95. Tischlerei Hübner, Kraft u. Co., 4. Etage, 14,60. Tischlerei Görlisch 10. Tischlerei Gardt 2,20. Buchdruckeri Poh u. Gortch 12,50. Steiniger, Bau Wilmersdorfstraße, 8. Formner von Gaidach 11,35. Bildhauer, Verwaltung Berlin, 50. Metallfabrik Wöhner u. Sawach 11. Veronal 9. E. Hermann 39,05. Eisenarbeiten G. Bronaus 3. Tischlerei Hartmann 11,15. Glasarbeiter B. 18,85. Franzpender Kuerbach 3,45. Tischlerei Schulz u. Co. 6,70. Kranter Nagel-schmied 1. Zelleramting Ueberich von Richter 11,50. Schneider-Verband, Verwaltung Berlin 100. Veronal Buchdruckeri Jandzweck 10. Tischlerei D. Schulz 11,15. Arbeiter-Sängerbund Berlin 200. Stadtfabrik Spinal 32,45. Hochreit Ringstraße 12. Restauration, 2,45. Schriftmaleri Bonnet Hüttenwerke 6,50. Stadtfabrik Heims u. Sohn 12,25. Metallfabrik Ring 42,85. Zwei Bildhauerwerkstätten 8. Krippelle 5,30. Liste 2803. Wöfer 23,25. Zwei Bildhauerwerkstätten 8. Kettwig 0,40. Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Berlin 500. Bildhauer 12. Buchdruckeri G. Hüllig 8,50. Buchdruckeri H. Unger 9,65. Kunsthilferei Oskar Frig 30. Malervereingung 10,45. Verein deutscher Schuhmacher, Verwaltung Berlin (darunter Schäftebranche 10,05) 50. Handfläch „Hülger“ 4,50. Schlossermeister der Firma Schäfer 10. Liste 4234 4,95. Kunz 3,05. Bergolder, Filiale Klona 20. Bergler 25 1. Dähler, Eisenarbeiter 5. „Drapferverein Nordost“ 5. Glasarbeiter (darunter Statthalter „Derzen-Wh“ und Korkmacheri Schiefinger) 16,40. Vitrographen und Steinbruder, 3. Rate, a. Conto 248,05. Spandauer Gewerkschaftsverband 50. Buchdruckeri Hillenarbeiter, Filiale II 11,55. Agitationskommission der Schiefer 9,40. Stadtfabrik Höder 8,55. Liste 4222. Kopalsteine (Ergaut) 7. Einsieger H. D. Wittig 15,50. Verband der Bauarbeiter, Verbands-Zählstelle I 40. Jahrbucharbeiter-Verband 27,80. Tischlerei Hübner, Kraft u. Co. 9,95. Dachdecker, Verwaltung Berlin 3,80. Klempner Werkstatt Dietrich, IV. Rate 13. Thomas, Wilmersdorf, 20. Wite 11,65. Buchdruckeri G. Hüllig Kraft 7,50. Buchdr. Buchdr. Jürgens 6. Bauhilferei Haber 7,10. Tischlerei Brunel 4. Weizer der Firma J. G. Wolf 3,15. Wöfer 4,35. Uhrmacheri Branche 95,45. Jugendlicher Friedrichsbergerstraße 3. Handfläch Herrmann 8,30. Sattler 109. Malervereingung 9. Sattler 29,90. Brauer 68,90. Gelpengerein „Thunian“ 2. Veronal der Firma E. E. Hermann, 4. Rate 24,80. Tischlerei und Korkmacheri Filiale III 48,90. Uthen Dittie (darunter Postkassan 10,80) 28,30. Tischlerei Singer 30. Bergolder, Filiale Stendal 20. Haber, Viken 9,75. Statthalter „50“ 5. Vehm. Feuererleug 5. Buchdruckeri und Buchbinderi von Jürgens 20. Bergolder auf Viken a. Conto 100. Stappert 9,95. Stereotyperei, Viken 64,55. Holzarbeiter-Verband Berlin 500. Gaupt 10,30. Flammenbaum 24,70. Tapezerei, Verwaltung Berlin 50. Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin 500. —

Schriften-Eingang.

Die Weidbegünstigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Richard Calwer, Mitglied des Reichstags. Berlin, Kladderbücherei Verlag für sociale Wissenschaften. Preis 3 M., gebunden 4 M.

Die Schädigung des weiblichen Körpers durch schlechte Kleidung. Von Dr. med. Julius Thierich-Weipzig. Verlag von Hermann Walthers, Berlin. Preis 1 M.

Notgeber für Stellungsuchende. Von Johannes Rudolf Gütthel. Verlag von J. R. Gütthel, Berlin N., Friedrichstraße 88. Preis 1 M.

Eine neue rationale Methode zur Bekämpfung der Unge-schuldhaft. Von Dr. med. G. Simon, Neunkirchen, Höttingen, Gendebach & Rupprecht. Preis 1 M.

Wie wurde ich verrückt? Intimes aus der Sprechstunde eines Arztes. Von Dr. med. Kadur. Teil I. Hamburg, Verlag für populäre Psychologie. Preis 1 M.

Der Socialdemokrat Johannes Wedde als literarische Größe. Von Johs. Derm. Waller. Hamburg, Alfred Junken. Preis 1 M.

Buchführungs-Unterricht (Methode Gütthel). Bierter Kursus. Verlag von J. R. Gütthel, Berlin N., Friedrichstraße 88. Preis je 1,00 M.

Geldverkehrsbericht des Konsumvereins Weipzig-Plagwitz und Umgegend. G. M. b. H. 1900/1901.

Der Verkehr in Wertpapieren. Ein Handbuch für alle Interessierten von Georg Bernhardt. Zweite Auflage. Verlag von Witten & Co. Preis 2 M.

Die Handpflege. Ihre Begründung und Organisation in Hand-pflegevereinen. Von Prof. Dr. med. Max Fiebig. Jena, Gustav Fischer. Preis 75 Pf.

Zeemanns-Kalender für das Jahr 1902. Zweiter Jahrgang. Preis 30 Pf. Hamburg, Verlag „Der Seemann“.

Fransenprivilegien in England und wozu dieselben führen. Eine Warnung von zwei englischen Juristen. Ins Deutsche übersezt mit einem Vorwort von E. Belfort-Bar. Weipzig, Th. Harters Verlag. 1 M.

Die Arbeiterwohnungsfrage. Von Dr. Ludwig Singheim. Stuttgart, Ernst Reinisch Verlag. 1,00 M.

Die Krankenpflege. Monatschrift für die gesamten Zweige der Krankenpflege und Krankenbehandlung. Herausgeber Prof. Dr. med. Martin Wundeloh-Berlin. Verlag von Georg Reimer in Berlin. Best 1 des ersten Jahrganges. Preis halbjährlich 6 M.

Wider den Brotwucher. Ein Leitfaden im Kampfe gegen Erhöhung der Lebensmittelpreise und für Fortführung einer volkfreundlichen Handels-vertragspolitik. Von Hermann Schöler. Berlin, Verlag Hugo Steinig. Preis 2 M.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kautabakfabrikate verhängt. Den Knebelrevers (Verjagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kautabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothhard & Comp., F. C. Lereche, Salfeld & Stein.

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
 wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel
 gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
 Wiederholung an sämtliche Krankentafeln. 2431L.

Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**
 136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:
 Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder
 täglich für Damen und Herren.

Schweizer Uhren-Industrie.
 Nur 15 Mk.



Allen Hochwürdigen, Offizieren, Voh., Kohn- u. Vorkommanen, sowie Jedem, der eine gute Uhr braucht, zur Nachricht, dass wir den Allein-Verkauf der neuartigen, auf der Pariser Weltausstellung mit dem höchsten Preise prämierten Original-Schweizer Gold-Remontoir-Uhren „System Glashütte“ übernommen haben. Diese Uhren besitzen ein unabweisbares Präzisionswerk, sind genau reguliert und erprobt, und leisten wie für jede Uhr eine dreijährige schriftliche Garantie. Die Gehäuse, welche aus best. Gold mit Sprungboden (Zwennit) bestehen, sind hochschön, praktisch ausgestattet und aus dem vorerwähnten, absolut unverwundlichen amerikanischen Goldblech-Metall hergestellt und außerdem noch auf elektrischem Wege durch ein edles Gold überzogen, das sie selbst von Fälschungen von einer echt goldenen Uhr, die 200 Mark kostet, nicht zu unterscheiden lässt. Diese Uhren tragen sich wie Gold, sind bei starker Gefahr für eine goldene Uhr und behalten immer ihren Wert. Jede Uhr wird mit Uhrwerkzeugen, die der Fabrik geliefert, und diese Uhren aller Gattung einzeln, haben wir den Preis für Herren- oder Damen-Uhren auf nur 15.- Mark, sowie für Kinder (jeder 12.-) herabgesetzt. In jeder Uhr ein Gehörtastchen gratis. Hochsehr, moderne Gold-Remontoir-Uhren für Herren und Damen (auch Goldketten) à 3.-, 5.-, 8.- und 12.- Mk. Jede nicht verwendende Uhr wird ausnahmslos zurückgenommen, daher kein Risiko! Der Verkauf anderer Uhren, sowie die Uhuhr, ein. Reparaturen und Nachstellungen bürden für die Wahrheit unter Ausschluss. Sendung gegen Nachnahme oder vorherige Selbstentbindung. Bestellungen sind zu richten an das Uhren-Versandhaus „Chronos“, Basel I (Schweiz). Preise nach der Schweiz: 20 Fr., Vorkonten 10 Fr.

J. Baer,
 BERLIN N. 10230
 26, Badstrasse 26,
 Ecke Prinzen-Allee,
 u. 37 Schliemannstrasse 37

Elegante Kinnsemmen-Anzüge, Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge

empfehlen, wie bekannt, in reichster Ausführung und streng festen Preisen: Herren- u. Knaben-Garderobe. Arbeitssachen. Grosses Stofflager zur Anfertigung nach Mass.

Dr. med. Woerlein's Magentrank.
 Das beste Genussmittel für den Magen, Unentbehrlich für jede Haushaltung. Preis 1.- Mk., 1,50 Mk. und 3.- Mk. Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerleins, prakt. Arzt. Fabrikant Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.

Erhältlich bei:

- Berlin O. Dr. H. Bernard, Einhornapotheke, 19, Kurstr. 34/35; Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, 2, Königsstr. 69.
- Berlin N. G. A. Festerberg, Drog. u. Parf., Pfaffenstr. 97; Hugo Barth, Drog. u. Parf., Brunnenstr. 18.
- Berlin NO. Richard Loofe, Radf. C. Hildrich, Neue Königsstr. 19; Franz Dabl, Neue Königsstr. 85.
- Berlin SW. Franz Schwarzlose, Droguerie, Leipzigerstr. 56; C. R. Heiniger, Droguerie, Kochstr. 3; Gustav Nettig, 29, Belle-Alliancestr. 91; Ernst Wilt, Weirich, 61, Blücherstr. 1; C. F. Auer, 48, Friedrichstr. 249; Johannes Topa, Import-Haus, 48, Friedrichstr. 240-1.
- Berlin W. R. Horn, Droguerie, Potsdamerstr. 5; Max Eckert, Adler-Droguerie, Gumnstr. 1, Ecke Alvenslebenstr. 26a; W. Köppen, Droguerie, Alvenslebenstr. 26a; C. A. Winkler Nachf., Droguen-Vandlung, Kurfürststr. 139; Bruno Zindow, 30, Rollendorfsplatz 8; Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 70.
- Berlin NW. G. A. Festerberg, Drog. u. Parf., Vossenstr. 39.

Anker Brikets



Sie besten der Gegenwart!

Prüfen Sie bitte:

Möbel- u. Holzwaren-Fabrik
 von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,
 empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 Mk. 22079*
 Anerkannt geübene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

R. Schrödter, Frankfurter Allee 197,
 empfiehlt reichhaltiges Lager zu billigen Preisen in:
 Brautschleier, 2 Meter lang und breit, Myrtenkränze von 1,50 Mk. an, feine Korsetts, Strümpfe, Unterröcke, fertige Wäsche, Glacé-Handschuhe, Fichus etc. 24320*

Künstl. Zähne
 ohne Entfernung der Wurzel
 Schmerzloses Zahnziehen.
 Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.
 Teilzahlung per Woche 1 Mk.



Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 23182*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Zahnärztl. Institut
 83 I. Wrangelstrasse 83 I. 21972*
 Für Kinder Zahngelübte gratis.
 Zahnrestauration, Plomben, Kinnsemmen.
 Spec.: Völlig schmerzloses Zahnziehen.

Arm u. Reich
 Alles gleich; jeder raucht sie mit Vergnügen! 500 Stk. im so sehr beliebten Cigarillos verleihe ich jetzt für nur 7 Mk. 1000 Stk. nur 13 Mk. frei ins Haus. Ferner verleihe 200 Stk. hochvolle, große 5-6 Stk. Cigarren, garantiert rein überfein, h. Aroma und Brand, für nur 7 Mk. 80 Stk. frei ins Haus! Ueber 2000 Anerkennungs-schreiben! Keinen Pfennig Risiko, da ich nicht gefallende Fabrikate austausche oder vollen Betrag zurückerhalte. Versand gegen Nachnahme.
R. Tresp, Cigarrenfabrik,
 Neuhadt (Westf.) 6, Danzig, T. 2

Brauerei Germania
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin O. 34
 Frankfurter Allee 53
 Teleph. Amt VII 2645

empfehlen für 1,50 frei Haus

- 18 Fl. 4/10 Lagerbier (23169*)
- 15 Fl. 1/2 Lagerbier
- 15 Fl. 4/10 Pilsener Art
- 15 Fl. 4/10 Münchener Art
- 15 Fl. 00 Weissbier
- 20 Fl. Doppel-Weissbier.

Grösstes Möbel-Kaufhaus
 für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf **!!Credit!!**
 bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
 Kompl. Einrichtungen von Mk. 300 bis Mk. 5000 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
 S. Kommandantensstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
 Bitte die Grossen Schaufenster zu beachten

Eugen Joachims Möbelfabrik
 Neue Königsstrasse 59, nahe Alexanderplatz.
 Großer Möbelspeicher. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den constantesten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verfeinert und gebrannter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brantleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein tolloftes Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch höhere Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Ladeneinrichtungen bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150, 200, 300 bis 10 000 Mk. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Kuschelstühle 35, Vertikale mit Watte 21, Stühle 3, alle Kissen Kissenmöbel, Aufbaum- und Rahagami feuerfeste Kleiderbügel, Vertikale 30 Mk., Kuschelstühle mit Sprungfeder, Matratze 38, elegante Säulenträume 45, Bücherschränke, Salongarnituren 105, Büffets aller Art, feidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Günstige Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. (22012*)

Metzners Korbwaren-Fabrik.
 Berlin, Andreassstr. 23. Pappwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle. Teilzahlbar, gut haltbar.

Kinderrwagen, Grösstes Lager
Kinderbettstellen. Berlins. Musterb. gratis.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung diene ich schon seit 15 Jahren aus und ist meine Konkurrenz gar nicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

Neueste Nachricht!
 Vollständige Wohnungseinrichtung für Markt 250. (24462*)

Sofas	von Markt 30 an
Vertikale mit Federboden und Kissen	30
Wäschräume	100
Wandelsofas	90

Eberhardts Möbelfabrik, Berlin O., Holzmarktstr. 21.

Mandarinmandamen
 Echt chinesische
 Preis: beliebige Teilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Anker-Briketts
 sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,**
 Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29.

Künstliche Zähne
 ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn-u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderstr. 21

Teilzahlung monatlich 10 Mk. liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß, auch das Beste allerbilligste Preise. Best. Garderobe wird vorrätig. Schneidermeister, **Tompowski, Neanderstr. 16. 11**

Arkonabad Lohtannin-Bäder.
 34, Anflamerstr. 34 (Schrägüber der Zionskirchstrasse).
 Dampfen u. medizinische Bäder sowie russisch-römische u. vorzügliche Kastenbäder (Rechenbäder) mit Einpackung, Massage u. Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Orts-, Junungs-, Fabrik- und freien Hilfs-Krankentafeln Berlins und Umgegend. (117979*)

Quijensstädtisches Klubhaus
 Annenstraße 16. Inhaber H. Grube. (Altes Gewerkschaftshaus.) Saal für Festlichkeiten u. warme Speisen, keine Preise. Täglich. Braten 60 Pf., 75 Pf. Weißbier-Ausbeute. (2235L*)

CARL ZOBEL
 Berlin SO., Köpnickstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.
 Beste Herren- und Knaben-Moden der Gegenwart. Auch für sehr korpolente Figuren die reichste Auswahl. Eleganteste Massanfertigung. Werkstatt im Hause. Sehr billige aber feste Preise. Nur prima Arbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen. Katalog gratis und franko.

Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1901.

Central-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2, SW. 19. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtichbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Amthausstr. 12.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenstr. 82.
Bielefeld „Volksrecht“ Schürerstr. 20.
Böckum „Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung“ Märkisches Volksblatt, Ruchr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Höhe 4.
Bremen „Bremser Zeitung“ Fohannstr. 21/22.
Breslau „Breslauer Volksblatt“ Neue Graupenstr. 6.
Crefeld „Crefelder Volksblatt“ Neue Graupenstr. 6.
Düsseldorf „Düsseldorfer Volksblatt“ Fohannstr. 2.
Erfurt „Erfurter Volksblatt“ Fohannstr. 14.
Görlitz „Görlitzer Volksblatt“ Fohannstr. 5.
Halle „Halle'sches Volksblatt“ Fohannstr. 120.
Hamburg „Hamburger Volksblatt“ Fohannstr. 11.
Hannover „Hannoversches Volksblatt“ Fohannstr. 11.
Köln „Kölnischer Volksblatt“ Fohannstr. 11.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Fohannstr. 10.
München „Münchener Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Potsdam „Potsdamer Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Regensburg „Regensburger Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Stuttgart „Stuttgarter Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Wien „Wiener Volksblatt“ Fohannstr. 10.
Zürich „Zürcher Volksblatt“ Fohannstr. 10.

Gewerkschaftspressen Deutschlands.

IV. Quartal 1901.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

- Altenburg „Correspondenz für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“, Wilhelmstr. 2, portiere.
Berlin „Die Ameise“, Organ der Porzellanarbeiter-Verbandes, SO, Engelstr. 15 II.
Bielefeld „Bielefelder Zeitung“, Reanderstr. 3.
Die Einigkeit, Organ der Betriebsräte, Centralstationen Deutschlands, Adalbertstr. 19 II.
Halle „Halle'sche Zeitung“, Schützenstr. 58.
Der Gewerkschaftsgeist, Fohannstr. 58.
Der Steinmetz, Fohannstr. 58.
Der Tischler, Engelstr. 15.
Düsseldorf „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, Fohannstr. 12.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Fohannstr. 21/22.
Crefeld „Der Textilarbeiter“, Fohannstr. 14.
Görlitz „Schuhmacher-Fachblatt“, Fohannstr. 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Fohannstr. 15 II.
Deutsche Bäder-Zeitung, Organ des Bäder-Verbandes, St. Neumarkt 28, I.
Der Arbeiter (für Bau- und Hilfsarbeiter), Bremerstr. 15, pt.
„Glas auf!“ (für Former), Hamburg-Glück, Fohannstr. 11.
Der Grundstein (für Maurer), St. Georg, Neue Bremerstr. 19 I.
Hilfsarbeiter-Zeitung, Elmshorn, Fohannstr. 21, Haus 8 II.
Nachricht für Schneider, Fohannstr. 18a.
Der Säckel, Fohannstr. 18.
Verbands-Anzeiger für Maler etc., Fohannstr. 17.
Der Zimmerer, Fohannstr. 28 I.
Karlruhe „Glas-Zeitung“, Fohannstr. 8a.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht“, Fohannstr. 19/21.
Leipzig „Der Tabakarbeiter (für Cigarrenarbeiter)“, Fohannstr. 19/21.
Leipzig „Schwebel“, Graphische Presse, Schwebel, Fohannstr. 9.
Lobitz „Dresdener Volksblatt“, Fohannstr. 34.
München „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Fohannstr. 9.
Stuttgart „Buchhändler-Zeitung“, Fohannstr. 30.
Der Handschuhmacher, Fohannstr. 21 II.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6.
Langenbissau „Der Proletarier aus dem Untengebirge“ Ober-Langenbissau 2, Beitz.
Saalfeld „Härtner Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bautz „Die Nord-See“ Neue Wilhelmshavenstr. 38.
Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Cassel „Der Wegweiser“ Fohannstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel“ Fohannstr. 10.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Fohannstr. 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Fohannstr. 37.
Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Furtichbachstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

- Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Fohannstr. 32.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin „Die Fackel“ Fohannstr. 11.
Görlitz „Der Bauernfreund“ Fohannstr. 9.

Wochenblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

- München „Süddeutscher Postillon“ Fohannstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtichbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Berlin „In freien Stunden“ Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Fohannstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspressen Deutschlands.

IV. Quartal 1901.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

- Altenburg „Correspondenz für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“, Wilhelmstr. 2, portiere.
Berlin „Die Ameise“, Organ der Porzellanarbeiter-Verbandes, SO, Engelstr. 15 II.
Bielefeld „Bielefelder Zeitung“, Reanderstr. 3.
Die Einigkeit, Organ der Betriebsräte, Centralstationen Deutschlands, Adalbertstr. 19 II.
Halle „Halle'sche Zeitung“, Schützenstr. 58.
Der Gewerkschaftsgeist, Fohannstr. 58.
Der Steinmetz, Fohannstr. 58.
Der Tischler, Engelstr. 15.
Düsseldorf „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, Fohannstr. 12.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Fohannstr. 21/22.
Crefeld „Der Textilarbeiter“, Fohannstr. 14.
Görlitz „Schuhmacher-Fachblatt“, Fohannstr. 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Fohannstr. 15 II.
Deutsche Bäder-Zeitung, Organ des Bäder-Verbandes, St. Neumarkt 28, I.
Der Arbeiter (für Bau- und Hilfsarbeiter), Bremerstr. 15, pt.
„Glas auf!“ (für Former), Hamburg-Glück, Fohannstr. 11.
Der Grundstein (für Maurer), St. Georg, Neue Bremerstr. 19 I.
Hilfsarbeiter-Zeitung, Elmshorn, Fohannstr. 21, Haus 8 II.
Nachricht für Schneider, Fohannstr. 18a.
Der Säckel, Fohannstr. 18.
Verbands-Anzeiger für Maler etc., Fohannstr. 17.
Der Zimmerer, Fohannstr. 28 I.
Karlruhe „Glas-Zeitung“, Fohannstr. 8a.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht“, Fohannstr. 19/21.
Leipzig „Der Tabakarbeiter (für Cigarrenarbeiter)“, Fohannstr. 19/21.
Leipzig „Schwebel“, Graphische Presse, Schwebel, Fohannstr. 9.
Lobitz „Dresdener Volksblatt“, Fohannstr. 34.
München „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Fohannstr. 9.
Stuttgart „Buchhändler-Zeitung“, Fohannstr. 30.
Der Handschuhmacher, Fohannstr. 21 II.

Monatlich dreimal erscheinend.

- Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die deutschen Bäcker und Konditoren, Pflaster- und Lebensmittel-Verbands, Rauerstr. 4b.

Alle 14 Tage erscheinend.

- Berlin „Der Courrier“, Centralorgan für die Interessen der im Handel, Transport und Verkehrs-gewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO, Engelstr. 15.
Correspondenzblatt des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, N. Wilsdorfstr. 39.
„Deutscher Maschinen- und Feiler“, Organ der Maschinen- und Feiler Deutschlands, SO, Fohannstr. 55.
„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen häuslichen Betrieben, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.
„Federarbeiter-Zeitung“, S. Tiefenbachstr. 38.
„Sattler- und Tapezierer-Zeitung“, SO, Engelstr. 15.
„Steinmetz-Zeitung“, NW, Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reinholdstr. 7.
„Solidarität“, Publikationsorgan der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft, Weichstr. 35.
„Zeitschrift für Graveure und Eisenre“, Kottbuser Damm 8.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung“, Brückenstr. 31.
Hamburg „Barbier- und Friseur-Zeitung“, Cossamaderstr. 15/17.
Correspondenzblatt der Tapezierer, Handlungsgesellen-Blatt, Valentins-lamp 92.
Der Schiffszimmerer, Glück, Fohannstr. 5.
Der Arbeiter-Zeitung, Organ für die Interessen der Arbeiter und ihrer freien Vereinigungen, Margaretenstr. 60, I.
Der Kupfermeister, Glück, Fohannstr. 6, I.
Der Seemann, St. Pauli, Fohannstr. 116.
Der Beruf der Eisenbahner, Fohannstr. 15.
Hannover „Der Proletarier (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen), Schillerstr. 5, II.
Offenbach „Portefeuille-Zeitung“, Schloßstr. 3, I.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtichbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin „Der Adressen-Schreiber“, Organ des Centralvereins der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten, Wallstr. 57 part.
Der Bäder, Organ für die Interessen der Bäder-Gesellen Berlin und Umgegend, Fohannstr. 101.
Der Bureau-Angestellte, N. Antonaplatz 3 II.
Der Elektromonteur, S. Fohannstr. 94.
Der Fleischer, SO, 33, Fohannstr. 148.
Gewerkschaft, Organ der Räter Betriebsräte, Centralstationen, W. Winterfeldstr. 20.
Bereits-Richtungen für alle in der Wäsche- und Brauwarenbranche, Dampfwaschereien und Plättereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, NO, Fohannstr. 48.

Obige Zusammenstellung veröffentlicht wir zu Beginn jeden Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adress- oder sonstige Veränderungen bitten wir und deßhalb Bemerkung mitteilen zu wollen. Berlin, den 8. Oktober 1901. Der Parteivorstand.

Zur Frage der Schwesternpflege.

Die wir auf Grund der von Herrn Stangenberger herausgegebenen Broschüre in Nr. 205 unseres Blattes berührten, geht uns aus Frauenkreisen folgende Zuschrift zu:

Kürzlich wurde im „Vorwärts“ auf eine Broschüre von Johannes Stangenberger „Unter dem Deckmantel der Barmherzigkeit“ hingewiesen, die sich gegen die Schwesternpflege in den Männer-Abteilungen öffentlicher und privater Krankenhäuser richtet. Neben der kurzen Inhaltsangabe wurde die Richtigkeit einiger Behauptungen des Verfassers anerkannt, während der Hauptgegenstand der Broschüre, nämlich Verdächtigungen gegen die Sittlichkeit der Krankenschwestern, einer Kritik nicht unterzogen wurde. Zunächstlich wären dieser Ansicht auch kaum einer Widerlegung wert, wenn nicht die Beschuldigungen in der Form, in der sie vorgetragen werden, den Uneingeweihten leicht veranlassen könnten, ihnen Glauben zu schenken. Der Verfasser bemüht sich, an der Hand einiger Beispiele, die er von Patienten erhalten haben will, nachzuweisen, daß die Krankenschwestern — wohlverstanden nur die nicht-religiösen Verbänden angehörenden — die ihnen anvertraute Pflege von Männern dazu mißbrauchen, um den schändlichsten Sinnen-lust zu fröhnen, und daß die männlichen Patienten sich nur mit größtem Widerwillen weiblicher Pflege unterwerfen. Er behauptet ohne weiteres, daß ein Mädchen, die sich solchen Verrichtungen, wie sie in den Krankenhäusern verlangt werden, unterzieht, dadurch geradezu aus der bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Kreise aller noch auf Ehrbarkeit und Sittlichkeit Wert legenden Menschen ausscheidet. Zur Erklärung sei gesagt, daß diese Verrichtungen, die so furchtbare Folgen nach sich ziehen, darin bestehen, Männer zu baden, bei ihrer ärztlichen Untersuchung hilfe-reiche Hand zu leisten, kurz, ihre Geschlechtsteile zu sehen, ja sogar — horribile dicta — hier und da anzufassen. Nun weiß ja ein jeder, daß die Kerze nicht in dieselbe Lage den Frauen gegenüber kommen; also, wenn das allein genügt, so können auch sie offenbar keinerlei Anspruch auf Ehrbarkeit und Sittlichkeit machen. Aber wir brauchen gar nicht so weit zu gehen: Herr J. Stangenberger sagt nämlich selbst, daß fromme Schwestern, die dieselben Verrichtungen ausführen, an ihrer Moral keinen Schaden nehmen und zwar deswegen, weil sie das Kreuzschlüssel abgelegt haben. Die Behauptung, daß das Kreuzschlüsselgebilde die Moral vor allen Anfechtungen schützt, ist an sich so lauslich, daß sie zur Charakterisierung der Logik des Verfassers genügt; es ist ja doch eine so bekannte Tatsache, was für eine sichere Schutzwehr der Moral das Kreuzschlüsselgebilde zuweilen für katholische Geistliche und Mönche bildet. Und wenn das Weib die Eigenschaften, die bei dem intimen Verkehr mit dem andern Geschlecht in die Erscheinung treten, unter keinen Umständen abstreiten kann, so wird sie wohl die katholische Schwester, die ja schließlich immerhin auch ein Weib ist, auch nicht abstreiten können; also widerlegt der Verfasser sich selbst. Und für uns besteht wohl kein Zweifel, daß Pflichtgefühl und Larmherzigkeit ebenso ausgebildet sein können, wo der Glaube fehlt, als wo er vorhanden ist; diese Eigenschaften, deren allerdings Krankenschwestern im höchsten Grade bedürfen, sind unabhängig von der Religion. Aber treulich, sollten sie auch da gedeihen können, wo man für die Dienste, die man seinen Nebenmenschen leistet, schände Vergütung amimmt? Nach des Verfassers Meinung nicht! Die weltlichen Schwestern degradieren sich, weil sie auch essen wollen und sich Heiden, weil sie ihre Sittlichkeit für die stupende Summe von 350 M. jährlich außer freier Station zum Opfer bringen. Dem in männlichen Pfleger, für deren Ausbildung Stangenberger plädiert, nimmt er es — berechtigterweise — allerdings nicht übel, wenn sie für ihre Arbeit auch Vergütung verlangen; aber er scheint nun einmal den Grundsat, „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“ überall zu vertreten.

Da ich Herrn Stangenberger bereits sich selbst widerlegen ließ, so will ich nur noch in Kürze einigen von ihm angeführten Thatsachen entgegenreden. Erstens besteht in vielen Krankenhäusern, speziell hier in Berlin, auch für weltliche Schwestern die vom Verfasser empfohlene Vorschrift, daß sämtliche Verrichtungen, die sich auf die Geschlechtsteile beziehen, weder von Schwestern, noch in deren Beisein ausgeführt werden; es stößt an sich durchaus nicht auf praktische Schwierigkeiten, diese Bedingung überall, auch bei sonstiger völliger Weibehaltung der Schwesternpflege durchzuführen; vielmehr genügt hierzu ein ganz geringes, zur Verrichtung der groben Arbeiten so wie so erforderliches Wärterpersonal, wie es sich thatsächlich in den hiesigen häuslichen Krankenhäusern verhält. Das aber nur nebenbei! Denn wir persönlich halten jede Prüderie für absolut unangebracht; so wenig, wie die Sittlichkeit der jungen Mädchen dadurch leidet, wenn sie erfahren, daß nicht der Storch die kleinen Kinder bringt, so wenig leidet sie dadurch, wenn sie den Bau der männlichen Geschlechtsorgane zu sehen bekommen. Und wenn der Verfasser behauptet, daß es für die Patienten höchst peinlich sei, von Schwestern nodend gesehen zu werden, so wird diese Behauptung einfach durch die Erfahrung widerlegt. Im großen und ganzen ziehen auch Männer weibliche Pflege vor, wie auch ihre Ueberlegenheit die allgemeine Anerkennung der Kerze gefunden hat, die sich anfänglich naturgemäß ebenfalls gegen diese Kreuzung sträubten, weil sie von denselben eingewurzelten Vorurteilen beherrscht waren, mit denen der Verfasser operiert. Wenn, was sich natürlich jeder Beurteilung entzieht, vereinzelte Ausschreitungen wirklich vorkommen sollten, so kann dies so wenig genügen, um die ganze Institution in Ruin und Vogen zu verdammen, wie man etwa wegen einzelner Justizräther mit der ganzen Rechtspflege kann aufräumen wollen. Im übrigen kann man die Anschuldigungen des Verfassers bezüglich der Ausbildung von männlichen Pflegern nur voll und ganz unterschreiben; aber es ist aus gewissen sozialen Gründen sehr unwahrscheinlich, daß es in nächster Zeit möglich sein wird, ein den Schwestern in der Bildungstufe einigermaßen gleichwertiges männliches Pflegepersonal heranzubilden. Der Verus erfordert eine so weitgehende Selbst-opferung, daß nur eine unverhältnismäßig höhere Vergütung als in andern Berufen Männer veranlassen könnte, ihn zu ergreifen; daß dies so viele Frauen trotz der geradezu elenden materiellen Verhältnisse des Berufes thun, hat seinen Grund darin, daß ge-bildete Mädchen in der Krankenpflege einen der wenigen Erwerb-zweige finden, die ihnen eine sozial angesehenen Position verschaffen. Auf die großen Schäden einzugehen, die gerade durch dieses äußere Ansehen in den Statuten der weltlichen Schwestern-verbände haben einreisen können, ist hier nicht der Ort. Sie liegen auf ganz andern Gebieten, als wo Stangenberger sie sucht. Hier handelt es sich nur darum, die Schwestern gegen gänzlich un-berechtigte Angriffe in Schutz zu nehmen und das Publikum darüber aufzuklären, daß es den von Stangenberger behaupteten Un-ziemlichkeiten in Krankenhäusern durchaus nicht ausge-setzt ist.

Soziale Rechtspflege.

Vom Arbeitsverhältnis der Schlächter. Bei der Arbeitsvermittlung im Schlächtergewerbe Berlins wird in den weitaus meisten Fällen eine Engagementskarte verwendet, wonach die Ent-laffung an jedem Sonntag bis zu einem bestimmten Zeitpunkt er-folgen kann. Bisher war es üblich, als Schlächtertermin 12 Uhr mittags festzusetzen, neuerdings wird als solcher auch 10 Uhr vormittags bestimm-t. Der Schlächter S. war nun unter der Bedingung vom Schlächtermeister H. engagiert worden, daß er Sonntags bis 10 Uhr vormittags entlassen werden dürfe. Er wurde an einem Sonntag um 11 1/2 Uhr entlassen, als er von einem Besuch der Amdschaft ins Geschäft zurückkehrte, und beanspruchte demnach wegen Vertragsbruchs eine achtstündige Lohnentschädigung. In der Verhandlung vor der Kammer VI des Gewerbegerichts gab der Kläger zu, daß er nicht gleich zum Kommissionär gegangen sei, sondern sich zum

Agenten Hennig begeben und dort ein paar Glas Bier getrunken habe. Er betonte hierbei aber, daß dies so üblich sei. Wenn man darauf rechnet, eine Stellung vom Agenten nachgewiesen zu erhalten, müsse man trinken und ruhig warten, bis man „geholt“ werde. — Der Gerichtshof wies den Kläger ab und Gewerbebericht Dr. Leo führte begründend aus: Bei Verletzung einer gesetzlich oder vertragmäßig fixierten Kündigungsfrist durch Entlassung komme es für die Beurteilung eines Entschädigungs-an-spruches nicht sowohl auf die Verletzung des Vertrages selber an, als darauf, daß hierdurch ein Schaden ent-standen sei; der Kläger wolle nun in Höhe eines Wochen-lohns geschädigt worden sein. Es wäre zu untersuchen, ob durch die formell feststehende Verletzung der vertraglichen Kündigungsfrist, indem Kläger kurze Zeit nach 10 Uhr entlassen sei, ihm wirklich ein Schaden entstand. Durch die Bedingung, die eine Entlassung bis 10 Uhr für statthaltig erklärte, habe ihm die Mög-lichkeit geboten werden sollen, den Kommissionär, der bis 2 Uhr nach-mittags Karten betreibe, rechtzeitig zu erreichen. Der Kläger hätte nun zwischen der Entlassung und 2 Uhr ganz be-hoaglih den Kommissionär erreichen können, um wegen einer Stellung vorzusprechen. Statt dessen sei er aber bei dem Agenten Hennig eingeleitet und habe dort ein paar Glas Bier getrunken. Das sei eine schädliche, wahrscheinlich beabsichtigte (?) Ver-zögerung, auf welche einzig und allein der Schaden, wenn ein solcher entstand, zurückzuführen wäre. Für eine vom Ge-fellen sich selbst zu-gefügte Schädigung sei der Meister nicht verantwortlich zu machen. Somit müsse der Schadensersatz-Anspruch des Klägers als unberechtigt verworfen werden. — Nachträglich kam noch ein Vergleich auf 3,50 Mark zu stande. Diese Entscheidung ist schon deshalb fehlerhaft, weil absolut nicht nachgewiesen ist, daß der Kläger seine Beschäftigungslosigkeit während der ganzen nächsten Woche verschuldet hat. Hebrigens ist auch der Agent Hennig, bei dem der Kläger thatsächlich war, ein Arbeits-vermittler, und wenn des Klägers Behauptung zutrifft, dann hat er mit dem Trinken einiger Glas Bier im Lokale Hennigs seiner Absicht, Arbeit vermittelt zu erhalten, in üblicher Weise gedient. Ueber diese Behauptung ist gar nicht Beweis erhoben worden.

Etwas vom andern geleisteten Arbeit. Die Näherin S. hatte sich geweigert, von ihr gelieferte Arbeit in der Werkstatt ihrer Arbeitgeberin, der Schneiderin Riese, zu ändern. H. S. wollte die Änderung in ihrer eigenen Behausung vornehmen, wo sie gearbeitet hatte. Frau Riese ging darauf nicht ein, sondern überließ die Bormahme der ihr nötig erscheinenden Reparaturen zwei andern Arbeiterinnen und zahlte der Näherin S. nichts für die betreffenden Sachen. Es kam infolge dessen zu einem Rechts-streit vor dem Gewerbegericht. Nach einer Beweisvernehmung wies die Kammer I die Näherin mit ihrem Lohnanspruch ab. Ge-werbebericht Dr. Leo führte begründend aus: Nach der Beweis-aufnahme sei die Arbeit der Näherin derart minderwertig gewesen, daß die Beklagte verlangen konnte, die Näherin solle die Ände-rungen in ihrer Betriebswerkstätte vornehmen. Die Frage, ob der Arbeiter verlangen dürfe, die notwendigen Ände-rungen selber vorzunehmen, lasse sich nicht allgemein beantworten. Es gebe Fälle, in denen sich der Arbeiter als ein in so hohem Grade schlechter Arbeiter erweise, daß man von einer Ver-besserung des Fehlers durch ihn einen noch größeren Schaden befürchten müsse. In solchen Fällen sei der Arbeitgeber nicht verpflichtet, ihm die Arbeit noch einmal anzuvortragen. Das treffe nun hier zu. Zum mindesten habe die Beklagte aber verlangen können, daß die Näherin die Reparatur unter ihren Augen vollziehe. Da die Näherin dies verweigert habe und die anderweite Reparatur Kosten in Höhe des vollen Lohnes verursacht habe, so könne die Näherin nichts beanspruchen. Wenn es sich dagegen nur um kleine Mängel handelte, dann habe natürlich der Arbeiter ein Recht darauf, diese selbst zu beseitigen, damit ihm nicht der Arbeitslohn ver-lustet werde.

Ein nobler Unternehmer. Der in der Gutfabrik von Silber und Brandt beschäftigte Maschinist J., der vertraglich eine Vergütung der Ueberstunden nicht zu verlangen hatte, sollte eines Sonnabends eine Arbeit verrichten, von der voranzusehen war, daß sie die ganze Nacht in Anspruch nehmen würde. Er ging schließlich auch darauf ein, nachdem er gehört hatte, daß es „warm Abendbrot“ geben solle. Dies bestand nun in drei gekochten Eiern. J. sprach darüber laut seine Enttäuschung aus. Es kam deshalb zu einer erregten Aussprache mit dem Reffen des Fabrikanten Brandt. Brandt selber, der hinzukam, meinte zu J., er könne ja in 8 Tagen — der Kündigungsfrist — aufhören. J. wollte nun gleich gehen, erklärte sich aber auf einen Einwurf Brandts sofort bereit, die Kündigungsfrist inne zu halten. Jetzt bestand aber Brandt darauf, daß er sein Grundstück verlasse. Am Montag meldete sich J. wieder zur Arbeit, indessen vergeblich. Er klagte nunmehr beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung von 24 M. Die Kammer II unter dem Vorsitz des Dr. Voigt sprach ihm das Geld mit folgender Begründung zu: Wenn auch der Kläger in seiner Erregung griegert habe, er werde gleich gehen, so habe er doch diese Erklärung sogleich widerrufen und sich für die Zeit der Kündigungsfrist zur Verfügung gestellt. Es komme weder von einer sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Kläger selber die Rede sein, noch habe ein Grund zur sofortigen Entlassung vorgelegen. Für die Annahme einer vertragsmäßigen

Fortdauer des Arbeitsverhältnisses spreche außerdem, daß dem Kläger an jenem Sonnabend seine Papiere (Zeugnis, Invalidenliste etc.) nicht ausgehändigt worden seien.

Versammlungen.

Der Verband der Portefeinler hielt am Dienstag eine ordentliche Generalversammlung ab. Nach einem Vortrag von P. Schmidt über die Abfassung der Heimarbeit erstattete Hennig den Vorstandsbericht. Die Mitgliederzahl hat sich von 513 im vorigen Quartal auf 614 erhöht, doch müssen von diesen 75, größtenteils wegen Beitragsrückständen, gestrichen werden. Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im verfloffenen Quartal insgesamt 1196,99 M., die Ausgaben 725,72 M. betragen, so daß ein Kassenbestand von 471,27 M. verbleibt. Dem Kassierer wird einstimmig Decharge erteilt. Die Agitationskommission hat 40 Berichts-Sitzungen veranstaltet.

Der Socialdemokratische Wahlverein für Altdorf hielt am Mittwoch, den 9. Oktober, bei Lankner eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach dem vom Genossen Müller gegebenen Kassenbericht betrug die Einnahme 904,60 M., die Ausgabe 288,05 M., zur Hauptkasse abgeführt 521,36 bleibt Bestand 100,19 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Berufs- und Altersstatistik der Mitglieder ergab, daß beschäftigt sind in der Metallindustrie 232, Holz-

industrie 209, Gangeverbe 258, Bekleidungsindustrie 26, Lederbranche 31, Lebens- und Genussmittelbranche 62, Handels- und Transportverbe 48, Graphische Gewerbe 29, Papierbranche 19, Arbeiter 154. Verschiedene Berufe 20. Das Alter der Mitglieder beträgt bei 67 18—25 Jahre, bei 329 25—30 Jahre, bei 431 30 bis 40 Jahre, bei 171 40—50 Jahre, bei 28 50—60 Jahre, bei 5 60 bis 70 Jahre. Das Alter nicht angegeben hatten 99 Mitglieder. Auf Petitionslisten sind nach dem vom Genossen Jäger gegebenen Bericht bisher 33 448 Unterschriften in Altdorf eingelaufen, hiervon bei der Agitationsstour im Kreise 998. Die Hälfte der Unterschriften rühren fast von Frauen her, ebenso haben bürgerliche Kreise einen Teil dazu beigetragen. Aus dem Bericht des Expediteurs ging hervor, daß der Abonnementstand des „Vorwärts“ 2339 beträgt. Nach dem Bericht des Bibliothekars waren 302 Bände im Werte von 900 M. vorhanden. Die auf der Tagesordnung stehende Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Emil Böse, 2. Vorsitzender: Ferd. Henning, Kassierer: Paul Stieler, Schriftführer: Paul Hoffmann, Beisitzer: Aug. Häbner. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen Burck, Hendrichs, Köppler. Bibliothekar blieb Genosse Burck. In die Lokalkommission wurden die Genossen Reiskopf, Müller und Schröder delegiert. Zu der am 27. Oktober stattfindenden Generalversammlung des Central-Wahlvereins wurden als Delegierte die Genossen Henning, Busch, Hendrichs gewählt. Aufgenommen wurden 33 Mitglieder. Der gesamte Bestand beträgt 1126.

Ziehung: 26. bis 30. Oktober, 1. u. 2. November d.J.
Lose à 3 Mark { Porto u. Liste } bei
Alex. Hessel, Dresden, Weissgasse 1.
General-Debitleur,
Verkaufsstellen in Berlin:
Neubauer & Co., W., Friedrichstrasse 198—99,
Oscar Bräuer & Co. Nachf., W. Friedrichstr. 181,
Ludw. Müller & Co., C., Breitestrasse 5,
Carl Heintze, W., Unter den Linden 3,
Emanuel Meyer jun., C., Stralauerstrasse 54, Carl Leipzig, C., Rosenthalerstrasse 53, Hugo Rendelmann, W., Friedrichstrasse 205, M. Mühlheim, SW. 19, Julius Hahlo, W., Friedrichstrasse 100, H. Miles, Sebastianstrasse 77, J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51, R. Schumacher, NW., Unter den Linden 43, sowie in allen durch Plakate kenntlichen Loshandlungen.

Grosse Meissner Geld-Lotterie
Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark**
Prämie **60000**, Haupt-Gewinne **40000, 20000, 10000**,
2 à 5000, 5 à 3000, 20 à 1000, 30 à 500, 50 à 300, 150 à 100, 400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mark.
13160 Geld-Gewinne 375,000 Mark baar Geld ohne Abzug.

J. H. Garich, Wästen-Fabrik.
Stallschreiberstrasse 22.
Kein Händler. Lang-jähr. Fachmann.
Billigste Bezugsquelle!
Preis 1. Wiederverkauf.
— Preisliste gratis —
Hüte wie nebenstehend mit Ständer u. Rod 12,50 ohne 8,50 ohne 5,50
Hüte schon von 2,50 an
Hüte nach Maß, keine Anprobe mehr nötig, bis 3,00 mehr — Antertragung unter eigener Leitung, daher Garantie für prima Qualität. (11533)*
Geschäftszeit 8—8, Sonntags 9—10.

Das beste aller **Syftenmittel** sind infolge des angenehmen Geschmacks und Spizwegerichsft-Bonbons.
Nur allein zu haben bei **Gustav Behm, Berlin O., Frankfurter Allee 120.** G. N. Prentzel, Prinz Handjerystr. 47. G. N. Prentzel, Hermannstr. 227.

Graumann's Festsäle (früher Renz) Naunynstrasse 27. [21908]*
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im Dezember, Januar, Februar und März noch an Vereine zu vergeben. **Antag, Zilbeher und Neujahrstag** noch frei. **Gustav Graumann.**

Andreas-Fest-Säle, Andreas-Strasse 21, am Andreasplatz.
Sonnabend, 2. November, wie auch Wochentage zum **Wadenball 1902** noch frei. Die Säle sind neu decoriert, die Parkettböden auf Sprungfedern erbaut. Scheinwerferbeleuchtung bei Polonaisen in über 100 verschiedenen Farben, drehbaren ca. 600 Projektions-Bilder nach Wahl für die Pausen setzen den Vereinen und Gesellschaften unentgeltlich zur Verfügung. Hochachtungsvoll **Carl Stechert, Telefon: Amt VII Nr. 5323.**

Achtung! Allen Vereinen und Gesellschaften zur Nachricht, daß ich das früher **Wiltische Lokal Andreas-Garten, Andreasstr. 26,** übernommen habe und als **Gastwirtschaft und Logierhaus** weiterführen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und stehen die Säle, Vereinszimmer sowie Saalbahn noch für einige Tage, auch Sonnabends, frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und gutgepflegte Biere meinen werten Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lade ich zu recht zahlreichem Besuch freundlichst ein. **Franz Merkowski, Amt 7. 945.**

Restauration, Lortzingstr. 24, Ecke Graunstrasse. [21790]*
Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. Um freundlichen Zuspruch bittet **Carl Koblenzer.**

Franke's Speisehalle
Neue Grün-Strasse 39 (zwischen Kommandanten- und Zeydelstrasse).
Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte | Speisezeit ununterbrochen von vor- zum Preise von 10—30 Pf. | mittags 8—10 Uhr abends
Bier 1/2 10 Pf., 1/3 5 Pf., Kaffee 5 Pf., Milch 5 Pf.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Windscheidstrasse 29, Ecke Stuttgarter Platz (am Stadthausplatz Charlottenburg).
Neu eröffnet! Erstes Abstinenterheim.
Ausgang von nur alkoholfreien Getränken.
Kein Trinzwang! Vereinszimmer — Um gereigten Zuspruch bittet **Adolf Gilmeister, 25152***

Tabakarbeiter-Genossenschaft HAMBURG.
Vertreter: **Udo Stangenberg.**
Fabriklager und Verkaufsstelle: Mantenselstr. 110.
Verkaufsstelle **Rixdorf: R. Krüger, Panierstr. 10.** [24972]*
Südend: **F. Weber, Grünauerstrasse 1.**
Süd-Osten: **E. Kunze, Grünauerstrasse 4.**
Osten: **P. Arnoldi, Straußbergerstrasse 34.**

Sonntag, den 13. Oktober: Gr. Wurst- u. Wellfleisch-Essen.
Es ladet ergeben ein **Der alte Freund auf Pichelswerder.** [25461]*

Heinzelmann & Co., Berlin, Brandenburgstr. 44. Cigarren-Fabrik.
Billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer. Preisliste von 20 M. an. Bei guten Referenzen entsprechender Kredit. [24908]*

Zähne vorzüglich, festsitzend, Garantie, Teilzahl. Plomb., Kammern, Zahns., Umarm., schmerzlos. Goldstein, Oranienstr. 123.
Achtung! Für Arbeiter! Achtung!
Gelegenheitskäufe in guter getragener Herren- und Knaben-Garderobe, im Verkauf verfallener Garderobe, Uhren, Ketten, Ringe. Großes Lager in Winter-Paletots und Weiten nur allein bei **L. SOMMERFELD** [25556]*
Oranienstrasse 195
— Ecke Heinrichs-Platz, Eingang Mariannenstraße (im Keller). —

36 Mark elegante Winter-Paletots.
30 Mark hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mark schwere Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14, 1 Et. kein Laden 1 Et.

Teppiche
Trachtstücke à 3,75, 5, 8, 10—300 M.
Stets Gelegenheitskäufe in Teppich., Gardinen, Portieren, Möbelstoffen, Tischdecken etc.
Bradt-Katalog mit ca. 450 Abbildungen,
sowie **Extra-Liste** für besondere Gelegenheits-Angebote gratis und franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
E. Strohmangel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alle Defekte angefertigt werden. [24078]*

Möbel
einzelne sowie ganze Wirtschaften in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Berliner Möbel-Halle „Norden“ [24240]*
Ackerstr. 120 (am Gartenpl.)

Buchen- u. Eichenholz
ist als Feuerung besser wie Kohlen. In den billigsten Preisen liefert daselbe schnellst verkümmert. [24082]*
W. Jonentz, Bärsvaldstr. 61.

Schönheit der Zähne ist eine Zierde.
Max Guckel, Lausitzer Platz No. 2, Zahn-Atelier. Beltrönen und wachselndem Zahn. Zahne, tadellose Ausführ. v. 3 M. an, Plomb. v. 2 M. an. Reine Extraktzahn. Schmerz. Zahnziehen. Kitzung gestattet, Woche 1. 2 M. [24078]*
Um Stillen in entfernen, tritt bei Kitzung vorzugen!

Alhambra Wallnertheater-Strasse 15
Jeden Sonntag und Dienstag: **Großer Extra-Ball** bei doppelt so billigem großen Orchester. Anfang 8 Uhr. **A. Zamelst.**

Zum Leydecker Sophien-Strasse 34.
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag **Ball.**
Eintritt frei nur Garderobe. Anf. Sonntags 4 Uhr, Wochentags 9 Uhr.

Gesellschaftshaus Weinmünderstr. 42.
Tägl. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: **Ball.**
Säle für Gesellschaften, Vereine, foudant zu vergeben. [24382]*

Urania Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen. [24392]*
O. F. Walter.

Johannisthal. Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung. Saal für Vereine u. Versammlungen.

Buss' Salon, Or. Frankfurter-Strasse 85.
Empfehle meinen Saal mit schönen Nebenzimmern noch einige Sonnabende, Buftag zu Festlichkeiten, eintägige Wochentage zu Versammlungen. [24362]*
Otto Theel.

Engl. Garten. Alexanderstrasse 27 a.
Säle im November, sowie der Totensonntag und 1. 2. Weihnachtstagen zu Festlichkeiten noch zu vergeben. [22000]*

Filz-Hüte
in größter Auswahl für Damen und Kinder, ganz zu ungarischer anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte.
W. A. Peschke, Berlin, 1. Gehöft Sünowstr. 30.
2. Gehöft Sünowstr. 39.
Eiane Strich u. Filzfabrik d. d. Weichholzräumen
Gebr. 1871. Fernspr. Amt 9. 6341

Herren-Anzüge, Paletots u. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert
J. Aurbjerg, Landbergerstr. 13 prt. Teilzahlung gestattet.

Roh-Tabak 2501L*
E. Nauen, Templinerstr. 3.

Roh-Tabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise.
J. Wienert Nachf. L. Lehmann
23 Rosenthalerstr. 23. *

Roh-Tabak
24410* **Max Jacoby, Streifergstr. 52.**

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! Vorzügliche Qualität.
Sämtliche [24402]*
Fabrikations-Utensilien.
Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck, 185 Brunnenstr. 185.

Roh-Tabak, Sämtliche Utensilien zur Cigarren-Fabrikation
offertiert in der größten Auswahl zu den billigsten Preisen
W. Hermann Müller, 22 Alexanderstraße 22.

Arbeits-Anzüge
für jeden Industriezweig, kauft man billig bei [23432]*
Adolf Wecker
3. Mühlendamm 3.

Von der Reise zurück
Dr. med. B. Lasker, Alexanderstrasse 42.
Spezialarzt für Haut- und Beinleiden.

Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstr.
40 Verkaufsräume. Größtes Institut seiner Art in Berlin. 40 Verkaufsräume.
Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Herbst- und Winter-Paletots und -Anzügen von Mk. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge. Herren-Schlafröcke, Joppen, Pelerinen-Mäntel. Alles fabelhaft billig. Ein Posten Teppiche, Herren- und Damen-Stiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Winter-Saison zum Verkauf gestellt und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. [2544L]*
Bitte genau auf Hausnummer 72 zu achten.
Poliz. konz. Leihhaus.
Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2.
Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin

Aus der Frauenbewegung.

Proletarierinnen!

Jede einzelne unter uns Arbeiterfrauen, jede, die sich einmal betruht worden ist, was Wissen und geistige Ausbildung im weiteren Leben bedeutet, hat häufig genug die tiefen Schäden unserer heutigen Jugendbildung bitter empfunden. Welche Mutter wünschte nicht, ihren Kindern bieten zu können, was sie selbst so schmerzhaft erduldet hat, eine wahrhaft wertvolle und einseitige, geistige und seelische Erziehung für den Kampf des Lebens! Von einem solchen Ideal der Jugendbildung sind wir heute allerdings noch sehr, sehr weit entfernt, und — wie in allen Fragen des öffentlichen Lebens — wird es auch hier nur Schritt für Schritt in stetigem, zähem Kampfe vorwärts gehen.

Unsre Sache aber ist es, die Sache der Frauen, der Mütter des Proletariats, unser Interesse für die Fragen der Erziehung und Schule überall zu bekunden, wo sich nur irgend dazu die Gelegenheit bietet, unsre Sache ist es, öffentlich für unsre Ziele einzutreten, die Aufmerksamkeit der Schulbehörden, der Gesellschaft immer von neuem auf unsre Wünsche und Forderungen hinzuwenden.

Sind der eingreifendsten unter den Problemen, die die Jugend-erziehung für den modernen Pädagogen bietet, ist die Frage, ob Knaben und Mädchen nicht überall gemeinsam den Schulunterricht genießen sollten, ob nicht in der, mit geringen Ausnahmen, noch durchweg in der Schule geübten künstlichen Trennung der Geschlechter die Keime zu schweren seelischen Schädigungen, zu einer verhängnisvollen geistigen Entfremdung von Mann und Weib gelegt seien. Ueber dieses interessante und wichtige Thema der Geschlechtertrennung in der Schule wird Mittwoch, den 10. d. Mts., im „Eiskeller“, Chausseestraße, unser Genosse Robert Seidel aus Zürich in öffentlicher Versammlung referieren.

Proletarierinnen, kommt zahlreich in diese Versammlung! Beweise jede einzelne, die es möglich machen kann, durch ihr Erscheinen, daß es ihr Ernst ist mit dem Interesse für die Schule, mit dem Kampf um die Erziehung einer wahrhaften Jugendbildung.

Näheres über die Versammlung wird am Dienstag im Annoncen-Teil des „Vorwärts“ noch einmal bekannt gegeben werden.

Die Vertrauensperson

Versammlungen.

Die Reorganisation der Partei im fünften Wahlkreise ist nunmehr endgültig vollzogen worden. Nachdem am 3. Oktober eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins der Reorganisation im Prinzip zugestimmt hatte, wurden in einer außerordentlichen Generalversammlung am vergangenen Freitag die einzelnen Bestimmungen des Statuten-Entwurfs der Fünfer-Kommission gründlich durchberaten und mit einigen Änderungen angenommen. Der Verein behält den Namen „Sozialdemokratischer Verein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis“ bei. Nach dem § 6 gehören zum Vorstande außer dem Vorsitzenden, dem Kassierer, dem Schriftführer und ihren Stellvertretern noch die sieben Abteilungsleiter, zwei Vertrauensmänner (die die äußeren Agitationsarbeiten des Vereins besorgen), zwei Mitglieder zur Pressekommision, zwei Mitglieder zur Lokalkommission und ein Mitglied zur Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Wahlen zum Parteitag, zu Partei- und Provinzialkonferenzen, sowie die Wahl von besonderen Wahlkomitees werden nach § 9 in Generalversammlungen

des Vereins vorgenommen. Und § 10 schreibt vor: „Schluss Begründung einer zweckmäßigen Organisation wird der Verein in 7 Gruppen eingeteilt, deren lokale Abgrenzung der Vorstand festsetzt. Jede dieser Gruppen wählt durch Stimmenmehrheit einen Abteilungsleiter, welcher jedoch von der nächsten Generalversammlung zu bestätigen ist. Die Abteilungsleiter erstatten dem Vorstande über ihre Tätigkeit Bericht und sind demselben verantwortlich. Die Leitung des Vereins sowie alle Partei-Angelegenheiten liegen dem Gesamtvorstande ob.“ Das sind die wesentlichsten Veränderungen des bisherigen Zustandes. — Eine längere Debatte rief die Bestimmung des § 5 hervor, daß der Teilnahme der Mitgliedschaft des Vereins verlustig gehen solle, wer gegen die Interessen der sozialdemokratischen Partei oder gegen sonstige allgemeine Interessen der Arbeiter grüßlich und geistlich verstoße. Verschiedene Redner wünschten die Streichung der gesperrt gedruckten Stelle aus dem Kommissionsentwurf, die Mehrheit entschied sich aber für den Vorschlag der Kommission. In den § 7 wurde auf Antrag Diekmanns folgende Bestimmung aufgenommen: „Die Vorstandsmitglieder des Wahlkreises müssen einer gewerkschaftlichen Organisation der modernen Arbeiterbewegung angehören, wo für deren Beruf eine solche besteht.“

Eine starkbesuchte Volksversammlung tagte am Freitag in der Gombrows-Geuerlei in Charlottenburg, in der Reichstags-Abgeordneter W. Heine über den Milchkrieg referierte. Der Vortrag, in dem der Redner für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Agrarier plädierte und darauf hinwies, daß alle an dem Milchkrieg Beteiligten auch die Verpflichtung haben, die Petitionskisten gegen den Brotwucher zu unterzeichnen, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich außer mehreren Milchhändlern auch der freisinnige Herr Dr. Bernstein, der ebenso wie der Referent das wucherische Treiben der Agrarier sehr zu-treffend kennzeichnete und für eine gemeinschaftliche Belämpfung des modernen Raubrittertums eintrat. Der Redner erinnerte sodann an die Versprechungen, die der Landtags-Abgeordnete Ring vor der Wahl gegeben hat und daß dieselben mit seinem Verhalten in tristem Widerspruch stehen. Nachdem noch die Genossen Siegrist und P. Sirch auf die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen hingewiesen und zur regen Beteiligung aufgefordert hatten, wurde einstimmig eine den Verhandlungen entsprechende Resolution gegen den Milchrieg beschlossen.

Die Fensterputzer Berlins hielten am Mittwoch eine Versammlung in Feuersteins Festhallen ab. Auf der Tagesordnung stand Stellungnahme zu den Lohnforderungen bei der Firma Grauns. Nachdem George den Bericht von der Kommission erstattet hatte, ergriff der Vorsitzende vom Verein der selbständigen Fensterputzer, Herr Luhn, das Wort und erklärte, daß die Forderungen gerecht seien. Kollege George forderte die Versammlung auf, nun in den Kampf mit den Selbständigen zu treten. In der Diskussion kam es zu lebhaften Debatten und Auseinandersetzungen. Unter anderem wurde behauptet: Bei der Glaser-Zinnung beginne die Arbeitszeit um 6 Uhr morgens und ende um 6 Uhr abends. Dabei gebe es nur eine Pause von ¼ Stunden. Der Lohn betrüge 15—16,50 M.

Die Lithographen hielten am 8. d. Mts. eine Mitglieder-versammlung des Verbandes der Lithographen und Stein-drucker ab. Nach einigen Mitteilungen gab der Kassierer Dähelt die Abrechnung vom letzten Quartal, wonach sich die Einnahme auf 2082,90 M. belief. Davon gingen an die Hauptkasse 987,73 M. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 548 M. bezahlt, sonstige Ausgaben waren 547,17 M. Der Mitgliederbestand betrug 463 gegen 461 im letzten Quartal. Hierauf gab Gundlach einen Bericht über die Statistik der Perforant-

lithographen. Es wurde beschlossen, diese Resultate in einem Flugblatt zur Agitation zu verbreiten und andre Städte zur Aufnahme einer gleichen Statistik zu veranlassen.

Lichtenberg. Eine Generalversammlung hielt der social-demokratische Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg am Donnerstag, den 10. d. Mts., bei Höllich ab. Genosse Grauer machte zunächst einige Mitteilungen aus der eben beendeten Gemeindevertreter-Sitzung. Redner erwähnte, daß die geforderten 100 000 M. für den Bau einer evangelischen Kirche abgelehnt sind, er gedachte des Terraingeschäfts mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen und überbrachte die von der Versammlung mit Beifall aufgenommene Kunde von der Errichtung eines Gewerbegerichts. Genosse Grauer gab hierauf den Kasienbericht der Zeitungsredaktion, wonach eine Einnahme von 7025,84 M. und eine Ausgabe von 6926,97 M., also ein Gewinn von 98,84 M. im letzten Halbjahr zu verzeichnen ist. Verbreitet wurden 5739 Exemplare und eine Agitationsnummer in 8000 Exemplaren. Der Expeditur wurde einstimmig ent-lasst und die Genossen Liefegang und Seidel in die Zeitungskommission gewählt. Der Vertrauensmann hatte per April/September eine Einnahme von 1907,72 M. gegen-über einer Ausgabe von 1790,41 M., mithin einen Kasienbestand von 117,31 M. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben: An den Kreis-vertrauensmann: 517,85 M., Ankauf der Expedition 861,87 M., zur Agitation 411,00 M. Einstimmig wurde der Vertrauensmann Lahn ent-lasst, und da er nach 4jähriger Tätigkeit eine Wiederwahl ablehnte, Genosse Bell, Frankfurter Allee 177, einstimmig zum Vertrauensmann ge-wählt. Genosse Kreil berichtete als Wahlvereins-Kassierer über eine Ein-nahme im letzten Halbjahr (bei einer Mitgliederzahl von 602) von 774,05 M., der eine Ausgabe von 590,34 M. gegenübersteht, mithin bleibt ein Bestand von 184,31 M. Davon sind an den Kreis ab-geführt 100 M., für die Vereinsbibliothek 175,25 M., für Broschüren (Gratisverteilung an die Wahlvereins-Mitglieder) 103,40 M. und für Rechtschutz, Agitation, Versammlungen usw. 212,60 M. Auch dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Gewählt wurden: Bell, zweiter Vorsitzender, Trinkl, erster, Lahn, zweiter Schriftführer, Kette, Lenz, Bedemeher, Revisoren. Lokalkommission: Trinkl, Kette, Bloß. Abteilungsleiter: Lahn, Bedemeher, Bloß und Grauer. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden gewählt: Lahn, Kreil, Lenz, Wulf, Trinkl, Bloß, Kummer und Liefegang.

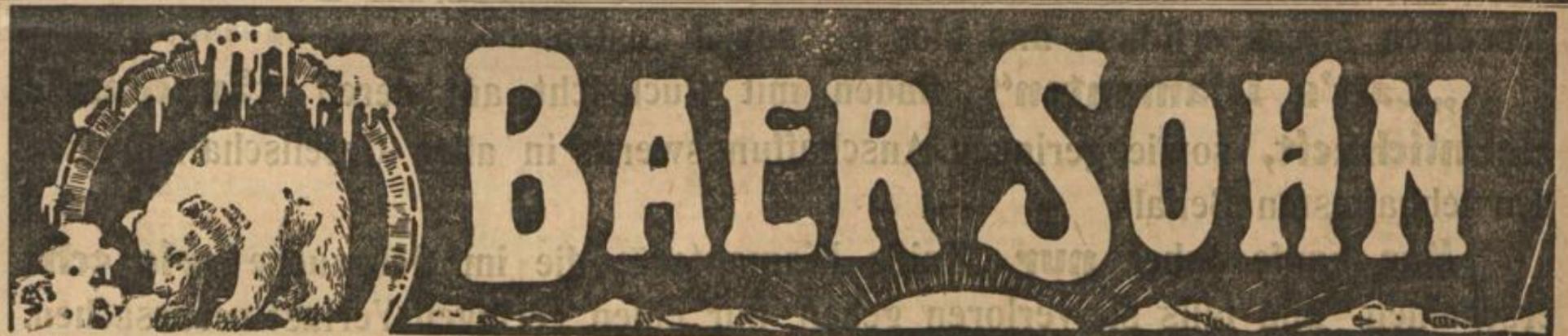
Genosse Stadthagen erstattete dann einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht über die Verhandlungen des Parteitages.

Berichtigung. Bezugnehmend auf den Bericht über die öffent-liche Versammlung des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises in der Nr. 237 des „Vorwärts“ erlaube ich mir als Vorsitzender der Ver-sammlung zu bemerken, daß der beim Punkte Pressekommision gestellte Antrag nicht vom Genossen Wegener herrührt, daß selbiger politisch mit dem Antrag nichts zu thun hat. Der Antrag trägt keine Namensunterschrift. Gustav Seiler.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend 7 Uhr Vortrag des Genossen Dr. Friedberg über „Die Schwindsucht und ihre Ver-tauschung“ im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. — Die Unterrichts-turse für das Wintersemester beginnen morgen. Eröffnung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. (Näheres siehe Lehrplan unter Inseraten). Zu zahlreicher Beteiligung laden wir hierdurch nochmals ein.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Sonntag: Aderstr. 123 bei Diele von 3—6 Uhr.

Bildungsverein der Barbiers. „Macht ist Wissen und Wissen ist Macht“. Montag, den 14. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenfahler-straße 57: Sitzung. Gäste willkommen.



Chausseestrasse 24a u. 25 Zwischen Invalidenstr. u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. **11 Brückenstrasse 11** Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rangestr.). **Gr. Frankfurterstr. 20** Ecke Koppensrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

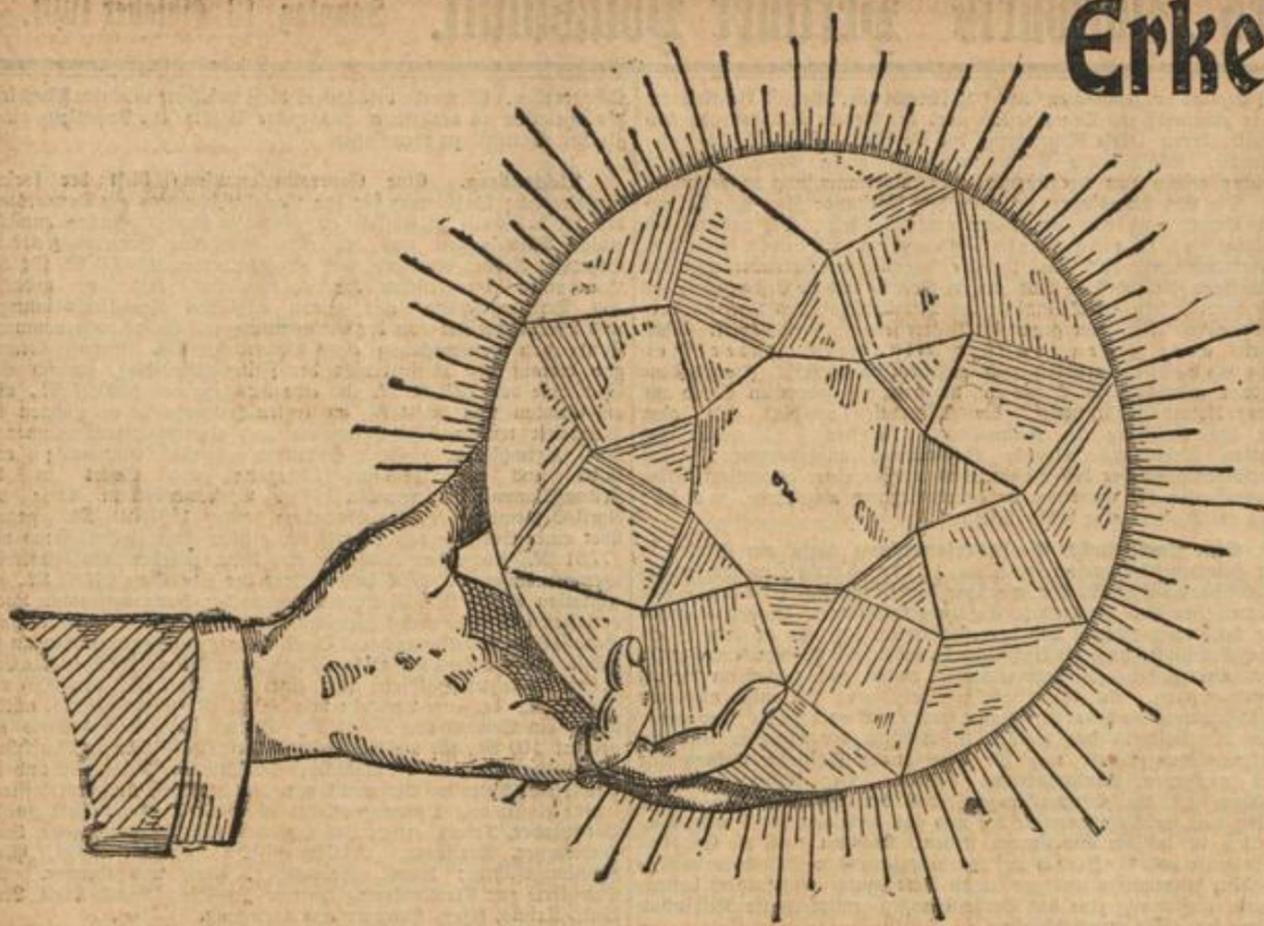
Lieferanten an die preussische Armee. Lieferanten an ausländische Gesellschaften. Lieferanten an Vereine. Lieferanten an Institute. Lieferanten an Garderoben-Geschäfte. Lieferanten an Waaren-Häuser.

Warme Winter-Kleidung.

Besonders günstige Angebote:

Winter-Paletots	Glatte Doubles mit warmem, schön gemust. Plaidfutter 15,—, 12,—, 8 Mk. 50	Winter-Anzüge	Buckskins in modernen Farben 25.— 15.— 9 Mk.	Winter-Joppen	Guter Loden mit warmem Futter und zweireihig. sehr breitem Brust-überschlag 6 Mk.
Winter-Paletots	Cachemire-Eskimo, weiche Webarten mit elegantem Futter 25,—, 20 Mk.	Gehrock-Anzüge	Orépe-Stoffe in vielen, sehr geschmackvollen Dessins 21 Mk.	Pelz-Joppen	Sehr schwerer, watterfester Loden mit dickem, warmem Futter. Sehr prakt. Façons. 12 Mk.
Winter-Paletots	Reinwollene Melton-Cheviots in vornehmer Ausführung 30 Mk.	Winter-Hosen	Schwarzer Satin-Kammgarn, haltbare Waare 27 Mk.	Knaben-Mäntel	Guter Loden oder Tuch-Besug mit Zirbelfutter 25 Mk.
Regen-Mäntel	Echt alixarinfarbige Eskimos in allen modernen Farben und sehr eleganter Verarbeitung 38 Mk.	Schlaf-Röcke	Schwarzer reinwollener Cork-serow mit guten Zuthaten 40 Mk.	Jünglings-Paletots	Guter Loden und Däffelbesug mit Hamsterfutter 27 Mk.
Wetter-Havelocks	Doppelt Stoffgewebe mit innerer Gummierung. Echt engl. 2reihig. mit Sammetkragen 18 Mk.		Starke, schwere Velours in vielen soliden Streifen 3 Mk. 50		mit und ohne Pelserine. Solide praktische Auswahl von 3 Mk. an.
	Schwarz Paramatta, vorzüglich gummiert, absol. wasserdicht, frei. mit Sammetkragen, echt englisch 24 Mk.		Sehr gute, prima gewirnte Buckskins 6 Mk.		in Pyjak-Mantelform. Entzückende Auswahl von 4 M. 75 an.
	Praktischer Cheviot und Loden in verschiedenen Farben 6 Mk. 75		Grauer o. mittelbrauner Double m. Tuchbesatz in mehreren Façons 8 Mk. 50		Double mit starkem, warmem Futter 8 Mk.
	Warmer poröser Loden in modern. Farben, Schutz gegen Regen und Sturm 15 Mk.		Sehr elegantes molliges Velour-gewebe mit angewebtem Futter und Verschnürungen 18 Mk.		Cheviot und Eskimo in vielen Farben, m. gutem Plaidfutter 15 Mk.

Grösste Auswahl. Billigste Preise. Die 18. Preisliste 1901/1902 wird auf Wunsch kostenlos versandt. **Feste Preise. Baar-Verkauf.**



Erkennen Sie einen

**echten
Diamanten,
wenn Sie ihn
sehen?**

Wir glauben kaum!

Kommen Sie, um sich zu überzeugen!

Wozu echte Diamanten kaufen, wenn

Tait's Diamanten

denselben Zweck erfüllen, und blos $\frac{1}{50}$ soviel kosten.

„Tait's Diamanten“ finden mit Rücksicht auf deren **täuschende Ähnlichkeit**, sowie geringen Anschaffungswert in allen Gesellschaftskreisen den lebhaftesten Beifall.

Man kaufe daher **nur** „Tait's Diamanten“, die im Gebrauche **wie echt** erscheinen, und falls sie verloren gehen, nur einen geringen Verlust verursachen.

22 Special - Gegenstände 22

6
Mark
pro
Stück.

6
Mark
pro
Stück.

Postbestellungen werden gewissenhaft und prompt ausgeführt.

Jeder hier abgebildete Gegenstand wird nach Empfang von 6,30 Mark oder gegen Nachnahme von 6,50 Mark franco versandt.

Nichtkonvenientes wird bereitwilligst umgetauscht.

Tait's American - Diamond - Palace

Berlin W.
Friedrichstr. 169.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89.

BERLIN.

Frankfurter Allee 110.

Detail.

Engros.

Abteilung Tapiserie.

Küchen-Tischdecke, weiss, vorgezeichnet	55 Pf.
Küchen-Paradehandtuch, grau vorgezeichnet	19 Pf.
Stuben-Paradehandtuch, weiss, fertig ausgestickt	95 Pf.
Besenvorhang, mit angewebter Kante, vorgezeichnet	115 Pf.
Klammerschürzen, aus Fischerleinen, vorgezeichnet	52 Pf.
Frühstücksbeutel, aus Fischerleinen, vorgezeichnet	10 Pf.
Tischläufer, weiss, mit Hohlraum, fertig gestickt	135 Pf.
Bürstentasche, aus rotem Friess, vorgezeichnet, zweitellig	23 Pf.
Tischdecke, aus Javastoff, vorgestickt, inkl. Stückwolle	240 Pf.
Schuhe, aus Canevas, vorgestickt	38 Pf.
Staubtuchbeutel, fertig gestickt	25 Pf.
Topflappen Stück 6 Pf.	15 Pf.

Brautschleier mit gestickter Bordüre und Blumen
2,75, 3,—, 3,50, 4,—, 5,25, 6,—

Tändelschürzen, weiss, mit Stickerei	60 Pf.
Tändelschürzen, mit buntem Besatz	53 Pf.
Tändelschürzen, mit Besatz, dunkel, blau, mode, rot	38 Pf.

Schwarze Tändelschürzen in Alpacca, Wolle und Seide.

Schildschleifen, in vielen Farben	25 Pf., 35 Pf., 45 Pf., 60 Pf.
Vorsteckschleifen, in vielen Farben	40 Pf., 50 Pf., 55 Pf., 60 Pf.
Kragen mit Regatte, in vielen Farben, aussergewöhnlich preiswert	80 Pf., 120 Pf., 135 Pf., 150 Pf.
Tüllbarben, weiss, crème, beure	55 Pf., 75 Pf., 85 Pf.
Lavalliers, in Seide	45 Pf., 60 Pf., 75 Pf.

Abteilung Tricotagen.

Normal-Hemden für Herren in 8 Grössen	75 Pf., 85 Pf., 1,00 Mk.
Normal-Hemden für Herren in guter Ausführung und 3 Grössen	1,10, 1,20, 1,30 Mk.
Normal-Hemden für Herren in dunkelgrau, neu praktisch	1,35, 1,50, 1,65 Mk.
Normal-Hemden für Herren in vorzüglicher, 1/2 wollener Qualität	1,85, 2,00, 2,25 Mk.
Normal-Hemden für Herren, beste Qualität, nicht einlaufend	2,40, 2,65, 2,95 Mk.
Normal-Hemden für Herren, reine Wolle	3,50, 3,75, 4,00 Mk.

sämtliche Qualitäten in Schulterchluss und auf der Brust zum Knöpfen vorrätig.

Normal-Hemden für Knaben in allen Grössen	1,00, 1,25, 1,50 Mk.
Normal-Hosen für Herren, gute Qualität	75, 80, 95 Pf.
Normal-Hosen für Herren zum Ueberknöpfen	1,00, 1,25, 1,35 Mk.
Normal-Hosen für Herren, schwere Qualität	1,50, 1,60, 1,75 Mk.
Normal-Hosen für Herren, Prima, 1/2 Wolle, nicht einlaufend	1,85, 2,00, 2,15 Mk.
Normal-Hosen für Knaben in 4 Grössen	1,00, 1,10, 1,25, 1,40 Mk.
Normal-Damen-Jacken mit langen Aermeln	90 Pf., 1,00, 1,10 Mk.
Unter-Tailen für Damen mit und ohne Aermeln.	

Abteilung Strümpfe.

Kinder-Strümpfe schwarz plattierte Wolle, gute Qualität, Grösse I	25 Pf.
Kinder-Strümpfe schwarz plattierte Wolle, prima Qualität, Grösse I	35 Pf.
Kinder-Strümpfe schwarz, reine Wolle, feines Gewebe, Grösse I	50 Pf.
Kinder-Strümpfe schwarz, bunt, geringelt, Wolle, Qualität extra, Grösse I	30 Pf.
Damen-Strümpfe aus naturfarbiger, grau und braun melierter Wolle	27, 45, 60 Pf.
Damen-Strümpfe schwarze Wolle, gestrickt, deutsche Länge	43, 60 Pf.
Damen-Strümpfe in feinen wollenen und baumwollenen Geweben	20 Pf. bis 1,50 M.
Herren-Schweiss-Socken aus bestem Material gefertigt, Paar	45 bis 60 Pf.
Herren-Socken naturfarbig, grau und braun meliert	15, 25, 35, 50 Pf.
Herren-Socken naturfarbig, reine Wolle, garantiert	75 Pf., 1,00 M.
Tricot für Kinder rosa gestrickt und Normalstoff, Grösse I, von 20 Pf. an.	

Abteilung für Leinen- und Baumwollwaren.

Infolge grosser Abschlüsse sind die Preise dieser Artikel erheblich billiger geworden und bieten einzelne Rest-Bestände grosse Vorteile beim Einkauf.

Hervorragend billiges Angebot für Damenhüte.

Damen-Hüte

in grösster Auswahl, garniert und ungarniert.

Ungarnierte Formen Stück 65 Pf., 75 Pf., 1,10, 1,20 M.

Garnierte Hüte 1,75, 2,50, 3,00, 4,50, 10,00 M.

Eigenes Atelier im Hause. Bestellungen werden sofort angefertigt.

*** * * * *** **Man verlange Rabattmarken.** *** * * * ***

Am Sonnabend ist das Geschäft bis 10 Uhr abends geöffnet.

